

# POLITISCHE STUDIEN 440

Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen

 Hanns  
Seidel  
Stiftung

62. Jahrgang | November-Dezember 2011 | ISSN 0032-3462 | € 4,50

/// IM FOKUS

## DER EURO IM STRESSTEST

**Mit Beiträgen von**

Horst Seehofer | Theo Waigel | Georg Fahrenschon | Theodor Weimer | Norbert Walter



/// C. BERND SUCHER Politische Studien-Zeitgespräch mit dem Theatermann zu Kultur und Gesellschaft

/// EDMUND RATKA Bilanz und Perspektiven des „Arabischen Frühlings“

/// DETLEF MERTEN Staat und Gesetz bei „Michael Kohlhaas“ und „Prinz Friedrich von Homburg“

[www.hss.de](http://www.hss.de)



„Dass unter den Mitgliedern der EU Krieg heute als nahezu unmöglich gilt, ist das unbestreitbare VERDIENST des Friedenswerkes der Europäischen Integration.

## FRIEDEN IST WICHTIGER ALS SCHULDEN

Aufgrund der schwerwiegenden Schuldenkrise einiger EU-Staaten steht das Europäische Einigungswerk gegenwärtig vor einer ernststen Belastungsprobe. Besonnene Kräfte der politischen Eliten Europas arbeiten ungeachtet des zweifellos noch steinigem Weges zu einer finanziellen Sanierung der in Schieflage geratenen Partnerstaaten an der Entwicklung einer tragfähigen langfristigen Konsolidierungsstrategie der Europäischen Währungsunion. In deren Mittelpunkt stehen die Stabilität des Euro und die konsequente Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Sie tun dies zum einen im Lichte der erwarteten positiven Konsequenzen stringenter Stabilitätspolitik auf die Vertiefung der Kohärenz der Gemeinschaft. Sie tun dies zum anderen aber auch im Bewusstsein der Gefahr der Eskalation einer „EU-ropäischen“ Entsolidarisierungsdynamik für den Fall, dass Abweichungen von der Stabilitätskultur auch in Zukunft nicht früher und effektiver sanktioniert werden können.

Diese verantwortungsvolle Strategie der strikten Achtung der sensiblen Stabilitätsmechanismen ist umso bedeutsamer, als in der aufgeheizten Diskussion die epochale Bedeutung des europäischen Integrationsprozesses bereits auf der Strecke zu bleiben droht. Dass in der von ursprünglich 6 auf mittlerweile 27 Staaten angewachsenen Gemeinschaft – einem Gebiet, das über Jahrhunderte Austragungsort zahlreicher Kriege war – gewaltsame militärische Auseinandersetzungen als Instrumente nationaler Politik heute als nahezu unmöglich gelten, das ist das unbestreitbare Verdienst des Friedenswerkes der Europäischen Integration. Das darf auch in Zeiten von Schuldenkrisen nicht in Vergessenheit geraten.

*Reinhard Meier-Walser*

**Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser**  
**Chefredakteur der Politischen Studien und Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung, München.**



58

# INHALT

19

## IM FOKUS

- 16 EUROPA IM STRESSTEST?**  
Einführung  
**HANS ZEHETMAIR**
- 19 DER EURO HAT ZUKUNFT – DAS CASINO NICHT**  
Mangelnde Haushaltsdisziplin und ausufernde Spekulationen gefährden den Euro  
**HORST SEEHOFER**
- 30 BISHERIGE ENTWICKLUNG UND AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN**  
Projekt Europa  
**THEO WAIGEL**
- 35 DER EURO IN DER KRISE?**  
Gefahrenzone Europa  
**GEORG FAHRENSCHON**
- 44 MEHR MUT ZUR WEITERENTWICKLUNG**  
Eurokrise  
**THEODOR WEIMER**
- 54 DIE ZUKUNFT DER GEMEINSCHAFTSWÄHRUNG**  
Deutschland einig Euroland?  
**NORBERT WALTER**



35



70

## POLITISCHE STUDIEN-ZEITGESPRÄCH

- 06 WIEVIEL KULTUR BRAUCHT EINE GESELLSCHAFT?**  
Politische Studien-Zeitgespräch mit dem Theaterkritiker und Autoren  
**C. BERND SUCHER**

## ANALYSEN

- 58 BILANZ UND PERSPEKTIVEN DES „ARABISCHEN FRÜHLINGS“**  
Der beschwerliche Weg zur Freiheit  
**EDMUND RATKA**
- 70 STAAT UND GESETZ BEI „MICHAEL KOHLHAAS“ UND „PRINZ FRIEDRICH VON HOMBURG“**  
Zum 200. Todestag des deutschen Dichters und Publizisten, Heinrich von Kleist  
**DETLEF MERTEN**

## PERSÖNLICHKEITEN

- 81 ERÖFFNUNG DES FESTKOLLOQUIUMS ZUM 50. TODESTAG UND 110. GEBURTSTAG VON HANNS SEIDEL**

Aufbruch in eine neue Zeit  
**HANS ZEHETMAIR**

- 85 REDE DER LANDTAGSPRÄSIDENTIN**  
Hanns Seidel zum Gedenken  
**BARBARA STAMM**

- 90 POLITISCHE BILDUNG**  
Aktuelle Bedeutung und künftige Herausforderungen  
**URSULA MÜNCH**

## AKTUELLES BUCH

- 100 MIT ROHSTOFFEN AUS DER ARMUT**  
Hoffnung für „die unterste Milliarde“  
**SILKE FRANKE**

## RUBRIKEN

- 03 EDITORIAL**
- 103 REZENSIONEN**
- 115 ERRATUM**
- 116 JAHRÜBERSICHT**
- 122 ANKÜNDIGUNGEN**
- 124 IMPRESSUM**

/// Politische Studien-Zeitgespräch

## WIEVIEL KULTUR BRAUCHT EINE GESELLSCHAFT?

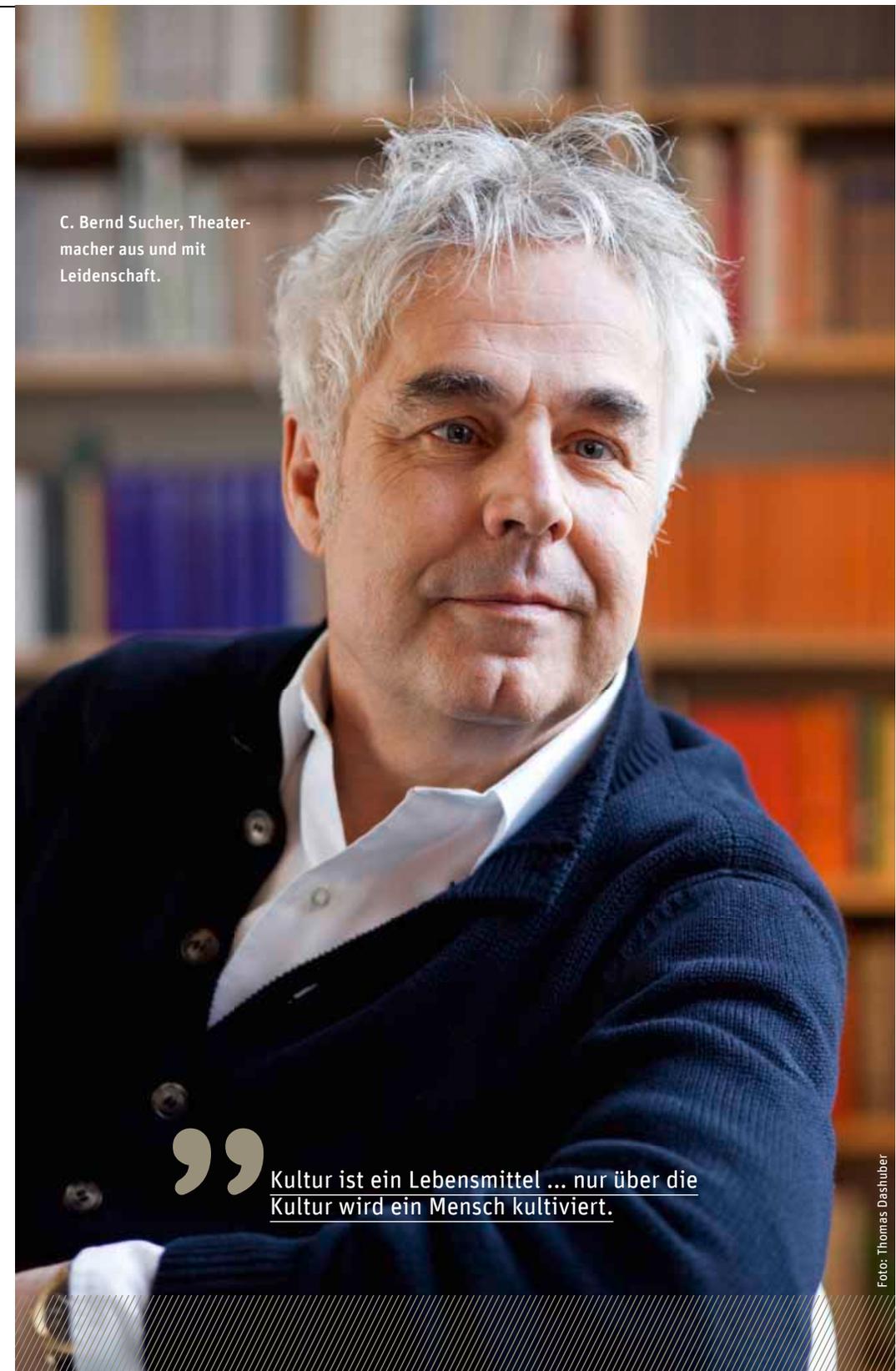
**C. BERND SUCHER** /// geboren in Bitterfeld, studierte in Hamburg und München Germanistik, Theaterwissenschaft und Romanistik und promovierte über Martin Luther und die Juden. Von 1980 bis 1997 war er verantwortlicher Redakteur für Sprechtheater bei der Süddeutschen Zeitung. Seither arbeitet er als Autor für verschiedene Publikationen und für das Fernsehen (BR und Arte). Er unterrichtet u. a. an der Deutschen Journalistenschule in München. Seit 1998 konzipiert und leitet er den Studiengang Theater-, Film- und Fernsehkritik an der Bayerischen Theaterakademie August Everding in Kooperation mit der Hochschule für Fernsehen und Film (HFF).

**Politische Studien:** Wenn vom Standort Deutschland die Rede ist, meint man hier zu Lande meist die wirtschaftlichen Gegebenheiten, nicht die geistigen und kulturellen. Sorgen Dichter, Denker, Musiker und Theatermacher nicht für Konjunktur in Deutschland?

**C. Bernd Sucher:** Kultur als Standortfaktor spielt wirklich nur dann eine Rolle, wenn es um Ausschreibungen für große Firmen geht. München ist sicherlich auch deshalb attraktiv, weil die Stadt viel Kultur anbietet. Die Staatsoper und ihre Festspiele sind finanziell ein wichtiger Faktor dieser Stadt, und die Pinakotheken ziehen viele Besucher an. Über Kultur wird eine Stadt auch für Arbeitnehmer attraktiver und erleichtert somit dortigen Unternehmen auch die Aquirierung von Arbeitskräften. Das

glaube ich schon. Ob Städte über ihre Kultur finanziell als Standort interessant werden, das glaube ich nicht. Das Land der Dichter und Denker wird im Land viel weniger wahrgenommen als außerhalb. Die Franzosen zum Beispiel, die schon seit Jahrhunderten sehr germanophil sind, haben ihre Erneuerung im Theater- und Musikbereich über deutsche Regisseure gestaltet, das heißt, sie haben für die bedeutenden Festivals in Avignon und Paris das deutsche Regietheater nach Frankreich geholt, vor allem Regisseure wie Thomas Ostermeier, Andrea Kriegenburg oder Frank Castorf. Also das Land der Dichter, Denker und Theatermacher kommt sozusagen im Ausland weit besser zurecht als in Deutschland selber. Das gilt aber nicht für die Literatur. Deutsche Literatur ver-

C. Bernd Sucher, Theatermacher aus und mit Leidenschaft.



”

Kultur ist ein Lebensmittel ... nur über die Kultur wird ein Mensch kultiviert.

kauft sich im Ausland nicht so gut wie Theater. Es sind vor allem die darstellenden Künste, die Renommee machen.

**Politische Studien: Haben Sie eine Erklärung, warum dies in Deutschland viel weniger gesehen wird?**

**C. Bernd Sucher:** Warum der Umbruch in der Theaterlandschaft in Deutschland weit weniger wahrgenommen wird als im Ausland, liegt daran, dass jedes Stadttheater machen kann, was es will. Das subventionierte deutsche Theatersystem garantiert allen die Möglichkeit, auch Theater zu machen, das die Zuschauer zum Teil gar nicht wollen. Bei uns ist es kein großes Problem, ein leeres Theater mit tollen Inszenierungen zu haben, die die Kritiker hoch bejubeln, auch wenn kaum Geld in die Kasse kommt. Das Gleiche ginge in England und Frankreich nicht. Dort gilt, ein Haus, das kein Geld einspielt, wird geschlossen. In Frankreich gibt es nur fünf finanziell gut ausgestattete Nationaltheater, davon sind vier in Paris und eines in Straßburg. Alle anderen Häuser müssen sich mehr oder weniger über den Verkauf von Plätzen und über Sponsoren oder Mäzene finanzieren. Das Regietheater, für das uns viele im Ausland bewundern, ist nur in einem System wie unserem möglich.

**Politische Studien: Literatur, Theater und Musiktheater sind Ihrer Meinung nach unverzichtbar für die Gesellschaft, unabhängig vom Einspielerfolg. Dies sieht nicht jeder so, vor allem jene, die rechnen können. Was haben Sie denen zu sagen?**

**C. Bernd Sucher:** Erst mal müsste man ihnen klar machen, dass die Kultur ein Lebensmittel ist. Ein Lebensmittel, das nicht im Bauch ankommt sondern im

Hirn. Vielleicht auch im Herzen. Dann würde ich mit Schillers Ausführungen über die ästhetische Erziehung des Menschen argumentieren. Der Mensch findet sozusagen nur durch die Schönheit zur Freiheit, also nur über die Kultur wird ein Mensch kultiviert. Das Schöne ist im Denken Schillers immer gepaart mit dem Wahren. Man findet Wahrheit über die Kunst, über die Kultur.

Man kann zwischen zweckgebundener Kultur und einer repräsentativen unterscheiden, einer Kultur, die praktisch nur sich selbst genügt und einer anderen, die den Menschen formt. Ich glaube, dass Kultur – also Literatur, Musik, bildende Kunst und Theater – den Menschen im besten Fall formt und ihn dazu bringt, ein aufgeklärter Mensch zu sein. Selbst zu denken und nicht von außen manipuliert werden zu können – dazu stimulieren Kunst und Kultur. Das ist ein politischer Vorgang, der in Theatern und über das Lesen, selbst über das Anschauen von Bildern funktioniert. Der Mensch ist eigentlich nicht nur dann Mensch, wenn er spielt, so wie Schiller es formulierte, sondern er ist nur ein Mensch, wenn er denkt. Sicherlich ist Kultur a priori etwas, was den Menschen dazu verleitet oder dazu verführt, über sich selbst und über die Gesellschaft nachzudenken.

**Politische Studien: Das klingt einleuchtend. Und dennoch kann man sich natürlich fragen, ob Literatur und Theater in dem Sinne, wie Sie es hier verstehen, tatsächlich noch zu uns durchdringen kann. Sind die digitalen Medienmächte nicht viel stärker, prägender oder formender für den Menschen?**

**C. Bernd Sucher:** Ihre Frage ist schwierig zu beantworten. Nein, Literatur und Theater kommen nicht dagegen an. Um

Kultur in den öffentlich-rechtlichen oder den privaten Medien unterzubringen, braucht es Menschen, die daran glauben, dass dieses Segment seine Berechtigung hat. In Bayern sind wir verwöhnt, steht doch der Kulturauftrag in der Bayerischen Verfassung. Und der Bayerische Rundfunk engagiert sich da sehr. Aber ich glaube, das Problem liegt nicht bei den Medien. Natürlich surfen jetzt alle bei Youtube. Um das zu ändern und jungen Menschen Lust auf das zu machen, was wir beide unter Kultur verstehen, muss man bereits in der Schule beginnen. Bei den Studenten, die zu mir in den Unterricht kommen, alle mit Abitur und oft mit abgeschlossenem Studium, merke ich, dass in der Schule vieles versäumt wurde, was diesen jungen Menschen Lust auf Literatur, Theater und Musik machen würde. Sie sammeln ihre Creditpoints, ihre Noten, sie wollen irgendwie gut über die Runden kommen, wie auch immer. Aber keiner der Lehrer scheint es zu schaffen, Schüler zum Lesen, zum Hinschauen auf Dinge zu verführen, die nicht im Lehrplan stehen. Wenn im Lehrplan nur ein Brecht, ein Max Frisch und ein Lessing stehen, dann lesen sie einen Lessing, einen Frisch, einen Brecht und kommen dann relativ ungebildet – ja ich glaube das Wort ist richtig – aus der Schule und wenn man es dann im Studium nicht schafft, das nachzuholen, was in der Schulzeit versäumt wurde, dann bleiben

sie so ungebildet, wie sie sind und werden natürlich jetzt nicht plötzlich ihre Lust an Wagner oder Proust oder wem auch immer entdecken. Um diesem Dilemma zu entgehen, muss man in der Schule etwas machen. Und man müsste die Verantwortlichen in allen Fernsehsendern, Radiosendern, Zeitungen und selbst bei YouTube dazu bringen zu überlegen, ob die Konsumenten der Sendungen, der Filme, der Hörfunkbeiträge wirklich so dumm sind, wie die Produzenten und Redakteure meinen, dass sie es seien.

Wenn die Medienmacher kapieren würden, dass ihre Klientel keineswegs so dumm ist, wie sie sie einschätzen, dann würde sich etwas tun. Da aber die meisten Menschen in diesen Institutionen keineswegs gebildeter sind als die Menschen, die sie versorgen, ist es, wie es jetzt ist. Als ich zur Süddeutschen Zeitung kam, war Bedingung, dass man schreiben konnte. Das Wichtigste aber war, dass man ein abgeschlossenes Studium hinter sich hatte. Die Zeitungsverleger waren damals sehr erpicht, nur Menschen einzustellen, die promoviert waren. Ob diese promovierten Menschen jetzt besonders intelligent sind, das sei dahin gestellt, aber sie hatten zumindest ein Studium beendet und irgendetwas im Rucksack. Wenn sie jetzt

„Das Problem liegt nicht bei den Medien. Um jungen Menschen Lust auf Kultur zu machen, muss man bereits in der Schule beginnen.“



**Das System der Vergrößerung von Instituten, um Gelder zu generieren, führt zu einer Mittelmäßigkeit. Für wirklich gute Ergebnisse darf man aber den Elitegedanken nicht verpönen.**

die gleiche Redaktion durchforsten, egal ob es die AZ oder Die Zeit oder die SZ oder der Bayerische Rundfunk ist, haben die wenigsten ein Studium hinter sich. Sie haben die Journalistenschule absolviert, oder sie waren Hospitanten und fingen danach einfach an. Ich glaube wirklich, dass dieser Niveauabfall, wenn ich es so ausdrücken darf, bei den Machern anfängt und nicht bei den Konsumenten.

**Politische Studien: Nun lehren Sie selbst, d. h., Sie versuchen bei jungen Leuten das nachzuholen, was in der Schule versäumt wurde. Sie lehren an der Ludwig-Maximilians-Universität und der Theaterakademie August Everding und an der Hochschule für Fernsehen und Film. Haben Sie es jetzt mit der jungen Generation sehr schwer aufgrund dessen, was Sie eben gesagt haben, oder haben Sie den Eindruck, es ist der Hunger da und Sie haben ein leichtes Spiel?**

**C. Bernd Sucher:** Nein. Ein leichtes Spiel hat man nicht. Man muss den Menschen ihren verdrängten oder vergessenen intellektuellen und kulturellen Hunger bewusst machen. Der Hunger ist da, aber das Hungergefühl ist abhanden gekommen – kein Appetit. Lehrende müssen also Hunger provozieren. So etwas funktioniert zum Beispiel über

Impertinenz. Ich habe meine Studenten zur Weißglut gebracht, indem ich sie mit ihren literarischen Lücken konfrontiert habe. Und irgendwann hatten sie genug von meiner Besserwisserei. Sie fanden diese nervig und kamen dann zu mir und sagten, dass das, was ich wissen würde, sie sowieso nie wissen werden, aber sie nicht immer so bescheuert dastehen möchten. Daraus entwickelte sich dann ein Kurs (den gibt es immer noch), in dem man wie in einem literarischen Salon Bücher liest. Nicht die Bücher, die jetzt in den Bestsellerlisten sind, sondern eher die Klassiker. Dazu die Werke von Joyce, Beckett, Pirandello zum Beispiel. Das hat funktioniert. Dann habe ich die Studenten motiviert, zu jedem gelesenen Roman selbst etwas zu schreiben und gemeinsam daraus eine kleine Broschüre zu machen. Diese Broschüre wird für zwei Euro verkauft, wie ein Programmheft. Die Möglichkeit, etwas über einen gelesenen Roman zu publizieren, hat die Studenten motiviert. Aber so ganz freiwillig funktioniert es nicht. Ich habe einmal in meinem Leben Nachhilfeunterricht im Gymnasium gegeben. Ich habe die Schüler nur mit Lakritze ruhig bekommen. Jetzt ist die Lakritze das Publikationsversprechen, die Broschüre. Sonst geht es nicht.

**Politische Studien: Geht es mit Studenten, die das Künstlerische zu ihrem Beruf machen wollen, wie die Studenten in der Theaterakademie, leichter?**

**C. Bernd Sucher:** Nein, das habe ich zuerst auch gedacht. Die Studenten besuchen Seminare bei den Theaterwissenschaftlern, an der Hochschule für Fernsehen und Film, sie studieren Kunstgeschichte, etc. Sie wissen, Herr Höfling, diese ganzen Institute sind sehr erpicht, möglichst viele Studenten zu haben, möglichst auch noch Doktoranden. Mir ist es nicht nur einmal, sondern mehrfach so gegangen, dass ich Menschen eine Seminararbeit nicht abgenommen habe und um Überarbeitung bat. Viele davon kamen dann nach einem Semester und zeigten, dass sie von anderen Dozenten für dieselbe Arbeit eine gute Note und einen Schein bekommen hatten. Da sind sie aufgeschmissen. Dieses System der Vergrößerung von Instituten, damit Gelder generiert werden können, führt dazu, dass man mittelmäßige Dinge gut finden muss, damit das System funktioniert. Man wagt heutzutage kaum mehr zu sagen, dass man wirklich gute Ergebnisse nur dann bekommt, wenn man den Elitegedanken nicht ganz aufgibt. Was macht es für einen Sinn, viele Studenten auszubilden, von denen man weiß, dass sehr viele von ihnen später auf der Strecke bleiben werden? Man sät flächendeckend, aber die Ernte bleibt – verglichen mit dem Aufwand – eher bescheiden. Meine Idee war immer, dass man die Spreu vom Weizen trennen muss. Ich wünschte mir mehr Mut bei der (Aus)Wahl. Dass es in Bayern immer noch relativ gut geht, der Elitegedanke nicht verpönt ist, gefällt mir sehr.

**Politische Studien: Die Theaterakademie, an der Sie lehren, ist berühmt allein schon durch ihren Namensgeber. Hier scheint die Ausbildungswelt in Ordnung zu sein, wenn man die Qualität der Auf-**

**führungen im Prinzregententheater sehen kann. Oder meinen Sie, auch hier bedarf es einer Reformierung der zukünftigen Ausbildung von Dramaturgen, Schauspielern, Maskenbildnern etc.?**

**C. Bernd Sucher:** Ich finde es schön, dass Sie mit dem Namensgeber angefangen haben. Es war ein großer Coup von August Everding, diese Theaterakademie zu gründen. Aber wir müssen uns nichts vormachen und er hört uns wahrscheinlich im Himmel zu. Er hat diese Theaterakademie gegründet, um das Prinzregententheater zu bekommen. Das Prinzregententheater hat er nur über diesen kleinen Umweg bekommen. Als das Prinzregententheater endlich umgebaut war, hat er es mit einer Wagner-Oper eröffnet. Es ging ihm vor allem um das Haus und darum, wieder selbst inszenieren zu können. Es war ein Ort, an dem wieder Theater stattfinden sollte. Diese Idee ist bis heute geblieben. Alle Nachfolger von August Everding sind zuvor Intendanten gewesen, und zwar von Musiktheatern. Der Focus liegt auf dem Musiktheater. Daher war die Gründung der Akademie nur mit Partnern möglich, und der wichtigste Partner war die Hochschule für Musik, die jetzt Hochschule für Musik und Theater heißt. Die meisten Studenten sind an dieser Hochschule eingeschrieben, weil die Akademie selber keinen Hochschulstatus hat. Das führte dazu, dass diese Akademie immer wie ein Theater geführt wurde, nie wie eine Hochschule. Die Ausbildung war immer sehr, sehr praktisch, aber leider ist es bis jetzt nie gelungen, alle Studiengänge zu einer Ausbildung zu verpflichten, die auch etwas mit Bildung zu tun hat und nicht nur mit praktischer Theaterarbeit. Viele der Dozenten und Professoren sind eigentlich primär daran interes-

siert, praktische Theaterarbeit zu leisten. Ich glaube, so schön wie diese Aufführungen waren und so gut auch diese Schauspielausbildung ist, letztendlich fehlt es all diesen Studenten, übertrieben gesagt, an einer theoretischen Grundlage. Ich fände es notwendig, alle Studiengänge zusammenzuführen und zum Beispiel ein ganzes Semester über Schnitzler, Lessing, Albert Ostermaier oder Elfriede Jelinek zu gestalten. Wehrt sich aber auch nur ein Studiengangleiter, ist die Idee bereits gescheitert.

Letztendlich müsste es das Ziel sein, langfristig aus der Akademie eine eigenständige Hochschule zu formen. Dies hat schon August Everding gedacht, als er merkte, wie schwierig die Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern ist. Wir müssten aus diesem Verbund raus. Wir können Lehrer aus den einzelnen Hochschulen behalten, aber die Akademie muss eigenständig werden. Momentan sind die meisten Studiengänge an der Hochschule für Musik und Theater untergebracht, die Dramaturgen bei den Theaterwissenschaftlern der LMU und die Kritiker an der Hochschule für Fernsehen und Film. Der größte Kooperationspartner, die Musikhochschule, hat natürlich auch den größten Einfluss. Nicht wenige Quereilen – manche durchaus läppisch – ha-

ben ihren Ursprung in diesem Verbund. Was auch immer diese Theaterakademie macht, immer müssen diese Partner auftauchen. Auf jedem Plakat haben sie dann alle Kooperationspartner, in allen Programmheften. Dabei werden die finanziellen Mittel – mit Ausnahme der Regie-Professur – von der Theaterakademie gestellt, nicht von den Kooperationspartnern. Die Kooperationspartner braucht man im Wesentlichen nur, weil die Akademie keine Hochschule ist und die Studenten irgendwo eingeschrieben sein müssen. Die Studenten zahlen ihre Studiengebühr an den Hochschulen, an denen sie eingeschrieben sind, aber alles, was sie in ihrer Ausbildung geboten bekommen, kommt aus den Mitteln der Theaterakademie. Das ist schon ein seltsames Konstrukt. Ich glaube, es wäre an der Zeit, sich zu überlegen, was wir mit dieser Akademie wollen. Ist sie konkurrenzfähig gegenüber anderen Instituten? Kann sie sich in Deutschland behaupten und gegenüber der Schweiz und Österreich, wo es ja auch solche Schulen, Akademien und Hochschulen gibt?

**Politische Studien:** Das wäre durchaus im Sinne von Everding gewesen, der mit der Einrichtung eines Studium Generale an der Akademie liebäugelte.

**C. Bernd Sucher:** Der Fortschritt wäre sozusagen, wenn man diesen Verbund wieder aufkündigen würde. Wenn das

”

**Langfristig und um konkurrenzfähig zu sein, fände ich es notwendig, alle Studiengänge zusammenzufassen und aus der Theaterakademie eine eigenständige Hochschule zu formen.**

nicht sofort geht – es würde sicher Jahre dauern – müsste nur der Präsident der Akademie so gestützt und geschützt werden, dass er selbst etwas durchsetzen kann.

Meine Vision wäre, der Ausbildung mehr und dem Repräsentativem, den Aufführungen weniger Gewicht zu geben. Bislang werden von der Öffentlichkeit ja nur die Operaufführungen der Theaterakademie wahrgenommen. All das, was im Schauspiel stattfindet, findet weder in der Öffentlichkeit die angemessene Würdigung noch in den Feuilletons. Bei den Operaufführungen kommt hinzu, dass sie erstens unendlich viel Geld verschlingen und zweitens keineswegs Studentenaufführungen sind. Auch das muss man fairerweise sagen. Im Orchester sind keine Studenten, viele Sänger sind keine Studenten, die Regisseure kommen von überall her. Es sind keine Studentenproduktionen. Es sind einige studentische Sänger und Schauspieler in diesen Produktionen, aber das meiste Geld verschlingen professionelle Künstler. Die Akademie braucht diese Musiktheateraufführungen, das steht außer Frage. Aber würden sie an Charme, an Frische und Authentizität verlieren, wenn sie ausschließlich von Studenten getragen und nur im Notfall Profis hinzu engagiert würden?

**Politische Studien:** Das stimmt. Ich sehe mir im Prinzregententheater auch nur die Operaufführungen an. Man läuft als Zuschauer schon Gefahr, ähnliche Maßstäbe anzusetzen wie für die Staatsoper. Manche Aufführungen gelingen auch wirklich gut.

**C. Bernd Sucher:** Genau, aber es kann nur gelingen, weil es diese ganz andere Politik in der Besetzung und in der Produktionsweise gibt, andererseits verliert

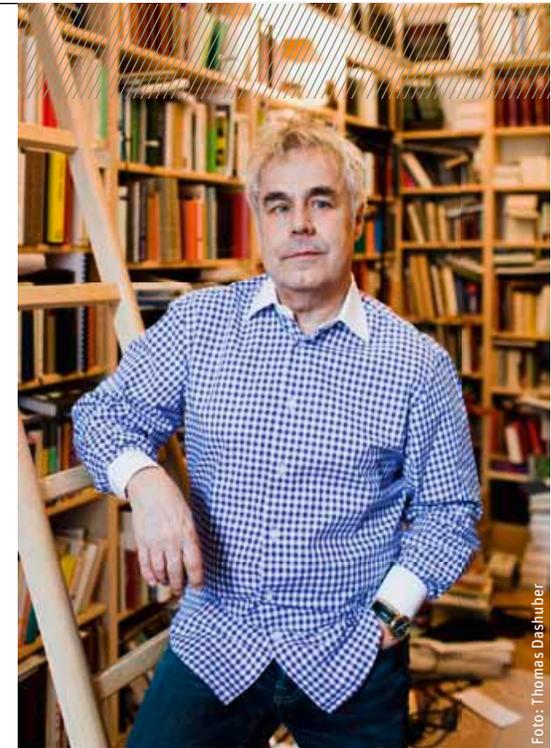


Foto: Thomas Dasher

**Die Ausbildung hat für den Leiter der Theaterakademie immer Vorrang vor der Praxis.**

sich damit auch der ganze Charme eines Ausbildungsinstituts. Ich glaube nicht, dass die Theaterakademie dem renommierten Nationaltheater, dem Bayerischen Staatsschauspiel und dem Gärtnerplatztheater mit studentischen Produktionen, wie gut die auch immer besetzt sind, Konkurrenz machen muss. Brauchen wir das wirklich? Wäre es nicht viel gescheiter, wenn wir dieses viele Geld in mehr Projekte stecken würden, die die Studenten viel nötiger bräuchten? Wenn man bedenkt, dass so eine Opernproduktion, die ja nur viermal aufgeführt wird, ein Vielfaches des jährlichen Etats des Kritikerstudiengangs kostet, dann kann man sich zwar trotzdem über diese Aufführung freuen, bloß fragt man sich natürlich, welchen Ertrag bringt dies eigentlich für die Studenten. Die drei bis fünf Studenten, die da mitsingen, lernen nicht so viel, gemessen an dem finanziellen Aufwand.

”

**Der Kulturstandort Deutschland wird an dem Ort, an dem Deutschland diskutiert, dem Bundestag, nicht verhandelt.**

Die Bühne des Prinzregententheaters den Studenten und das lieber häufiger!

**Politische Studien: Nirgendwo sonst wie im kulturellen Bereich wird so häufig und frühzeitig über strukturelle Veränderungen nachgedacht. Ich habe den Eindruck, Innovation in Kunst und Kultur geschieht ständig, im Vergleich zu einer gewissen Beharrlichkeit in der Gesellschaft, in der Wirtschaft, ganz zu schweigen von der Politik. Um wieder zur Literatur zurückzukommen: Braucht man Meisterwerke wie das Glasperlenspiel von Hesse, um wieder unkreatives Denken und Handeln zu erkennen und neue Lösungen oder Ideen zu entwickeln? Sorgen Literatur und Theater bzw. Kunst im Allgemeinen für die wesentlichsten Entwicklungsschritte in der Gesellschaft?**

**C. Bernd Sucher:** Ich glaube, im Glasperlenspiel von Hesse und im Dr. Faustus von Mann steckt noch ein bisschen mehr. Beide Autoren sagen in ihren Werken ja nicht, dass wir einen Stillstand brauchen, sondern, dass es eine Gesellschaft mit ihrer ganzen Bildung, mit ihrer ganzen Kultur, Kultiviertheit und kulturellen Errungenschaft bisher nicht geschafft hat, die Barbarei zu verhindern. Und dieser Gedanke bleibt aktuell, d. h. diese beiden Romane zwingen dazu, darüber nachzudenken, ob

wir mit dem, was wir erreicht haben, zufrieden sein können. Das Gute an der Kunst – da haben Sie völlig recht –, ist, dass diese Kunst immer wieder versucht, Tabus zu brechen. Immer wieder. Als Grass die Blechtrommel schrieb, waren alle erschrocken, als Rosa von Praunheim seine ersten Filme machte, dachte man, irgendwie geht die Welt unter. Letztendlich waren diese Tabubrüche aber ganz wichtig und mit einer Verspätung von zehn bis fünfzehn Jahren hat die Gesellschaft nachgezogen. Wenn man bedenkt, heute werden homosexuelle Ehen akzeptiert. Von Praunheim thematisierte dies Ende der 60er-Jahre. Innerhalb von dreißig Jahren gab es einen Umbruch im Denken, der nicht stattgefunden hätte, wenn es nicht in der Kultur diese Tabubrüche gegeben hätte. Die beiden Romane von Hesse und Mann waren zu ihrer Zeit auch Tabubrüche und waren wichtige politische Stellungnahmen, selbst wenn sie sehr zurückgenommen formuliert waren. Aber man konnte es ja entziffern, man konnte es ja dechiffrieren. Nein, die Kultur muss ständig dagegen sein, um neue Denkräume zu öffnen. Der zerbrochene Krug von Kleist zeigt anhand einer Komödie, eine „zerscherbte“ Gesellschaft in einer Welt, die am Zerschlagen ist, letztendlich zu einer Zeit, als keiner noch daran dachte. Der Krug steht für die Welt und die zerbricht. In dieser Gerichtsverhandlung wird klar, dass auf nichts mehr Verlass ist. Und zum

Schluss geht auch die Moralvorstellung zugrunde, als der Gerichtsrat Walter seine Eve küssen darf. Und dann steht diese arme Marthe Rull da, mit ihrem zerbrochenen Krug und fragt, was sie damit machen soll. Der zerbrochene Krug als Metapher für die Gesellschaft. Und da sagen alle, das wisse man jetzt auch nicht, aber der nächste Gerichtstag sei dann und dann in Utrecht (erinnert uns das nicht an die heutige Zeit?). Also zu einer Zeit als noch keiner darüber redete, dass die Gesellschaft zerbricht, dass es keinen Verlass mehr auf staatliche und kirchliche Institutionen gibt, erklärt Kleist anhand eines solchen Stückes die Welt. Und just deshalb muss man eben Kleist in der Schule lesen.

**Politische Studien: Haben Sie in Erinnerung, ob im Deutschen Bundestag ein großer lebender Literat oder Schriftsteller eine Rede halten durfte?**

**C. Bernd Sucher:** Nein. Aber das ist ein wunderbarer Gedanke. Wenn zum Beispiel Albert Ostermaier Gedichte vortragen dürfte oder Die Ermittlung von Peter Weiss im Bundestag aufgeführt würde. Ich darf Sie erinnern, dass Elisabeth Bergner, eine Freundin Arthur Schnitzlers, die Novelle Fräulein Else am 7. Februar 1926 im Plenarsaal des Berliner Reichstags las, sozusagen eine Uraufführung. Was erstaunlich ist, denn dieser Text hat ja nicht bloß individuelle psychologische Aspekte. Da Else aus dem jüdischen Großbürgertum stammt, reflektiert und kritisiert Schnitzler auch die sozialen und politischen Verhältnisse. Ihre Frage, Herr Höfling, führt uns zurück zum Beginn unseres Gespräches: Der Kulturstandort Deutschland wird an dem Ort, an dem Deutschland diskutiert, nämlich der Bundestag, nicht verhandelt. Es gab,

als Herr von Weizsäcker Bundespräsident war, manchmal in Bonn und dann auf Schloss Bellevue Empfänge für kulturelle Menschen. Ich durfte bei mehreren dabei sein. Es gab Diskussionen, Lesungen, Konzerte. Seine Nachfolger haben sich eher auf die Finanzwelt, die Wirtschaft, auf Naturwissenschaften und die Familie kapriziert. Nichts dagegen zu sagen. Allein, letztendlich und da sind wir beim Ausgangspunkt, wird eben Kultur nicht so wichtig genommen, wie sie es eigentlich müsste.

**Politische Studien: Herr Professor Sucher, wir danken Ihnen für das Gespräch.**

**Das Interview führte Prof. Dr. Siegfried Höfling, Referent für Technologie, Medien und Kultur, Jugend und Gesundheit, Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München.**



**/// PROF. DR. C. BERND SUCHER**  
ist Theaterkritiker, Autor und Leiter des Studiengangs Theater-, Film- und Fernsehkritik an der Bayerischen Theaterakademie August Everding in München und Dozent an der Deutschen Journalistenschule in München.



/// Einführung

## EUROPA IM STRESSTEST?

**HANS ZEHETMAIR** /// Es herrscht Unsicherheit, wohin man schaut. Die Mehrheit der Medien sieht den Euro bereits „im Abgesang“ und gibt Tipps zur Geldrettung. Damit verunsichern sie die Menschen und dagegen wollen wir ein Signal setzen, denn es ist Aufgabe unserer Stiftung, den Menschen Orientierung in ihrer Welt-sicht zu geben.

### Der Euro ist mehr als nur eine Währung

Was wir jetzt mehr denn je brauchen sind Stabilitätsanker, Orte der offenen Diskussion und des konstruktiven Austauschs von Experten. Und – das sollte nicht vergessen werden – wir brauchen die Reflexion darüber, was auf dem Spiel steht, worüber wir im Grunde reden. Wir reden über eine Währung. Wir reden über eine Währungsunion und ihre Belastbarkeit. Dabei darf sich die Konsequenz dieser Reden nicht an partikularen Sicherungssystemen für das ganz persönliche Vermögen festbeißen. Der Euro steht für Europa. Dieser Europa-Gedanke hat seit dem Zweiten Weltkrieg unübersehbar Fortschritte gemacht. Es gab mal kleinere und mal größere Schritte, in denen das Gebilde Europa zusammenwuchs und für alle Beteiligten sehr attraktive Formen annahm. Adenauers Bravourstück, die Aussöhnung mit Frankreich, war nur in einem europäischen Kontext denkbar. Und als sich Helmut Kohl und François Mitterand in Ver-

dun die Hand geschüttelt haben, da war Erleichterung zu spüren und die Hoffnung auf ein „Nie-wieder-Krieg“-Europa. Eine Hoffnung, die bis heute gehalten hat und die einen großen Wert für die Menschen in Europa darstellt – sowohl moralisch als auch ökonomisch.

Aktuell aber ist diese Attraktivität doch deutlich erschüttert. Das Schreckgespenst Krieg ist nicht mehr virulent. Die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung ist im sogenannten Kern-Europa kaum noch auf der Agenda zu finden. Stattdessen erschüttert aber die „Euro-Frage“ unseren Kontinent.

### Ist das „europäische Haus“ in Gefahr?

Ist der Euro tatsächlich oder nur vermeintlich in Gefahr? Im Schwerpunkt dieser Ausgabe der Politischen Studien haben die Experten dazu das Wort. Aber ist damit auch Europa in Gefahr? Sind die Ziele der ehemaligen Integrationsfiguren eines geeigneten Europas erreicht? Brauchen wir neue Ziele? Der



Europa befindet sich derzeit im Sturmwind. Wird es hinweggefegt oder reinigen die Turbulenzen die Luft und bringen neuen Aufwind?

Prozess des Zusammenschweißens war nicht immer einfach, wenngleich es bis heute keine vergleichbare Krise gab. Aber gerade in solchen Phasen ist es wichtig, die Substanz in den Blick zu nehmen, um die es letztlich geht. Es geht um Frieden und Sicherheit, es geht um Solidarität und Zusammengehörigkeit, es geht um gemeinsame Lösungen und die gleichzeitige Anerkennung nationaler Unterschiede. In schwierigen Phasen sind solche Werte immer dem Stresstest unterworfen. Aber gerade dann zeigt sich auch die Ernsthaftigkeit, mit der ein Projekt nach vorne gebracht und betrieben wird. Das gilt für alle Beteiligten, es gilt quer durch alle Schichten und Nationen.

Die neuralgische Frage ist heute, ob wir uns in einem Wertekonflikt befinden, ob wir uns von der Idee Europa verabschieden oder ob wir uns nur auf der Ebene eines Mittelkonfliktes bewegen, sprich, ob nur unklar bzw. strittig ist, wie wir mit den Schwierigkeiten umgehen.

Die Frage nach den Ursachen sollte schonungslos gestellt werden. Das aber

verlangt vor allem den Blick nach vorne, um die Konsequenzen aus den Fehlentscheidungen zu ziehen. Dass das in schwierigen Zeiten nur mit einer klaren Stringenz durchzusetzen ist, leuchtet ein. In den meisten Fällen ist es so, dass die Menschen sich gerne hilfsbereit zeigen, dass sie bereit sind zueinander zu stehen und füreinander einzustehen. Das gerät meist nur dann ins Wanken, wenn die Menschen den Eindruck haben, dass ein Fass ohne Boden dasteht. Und diese Anmutung hat sich jetzt breit gemacht. Das verwirrt und trägt dazu bei, dass die Menschen in der Rettung des Euro mittlerweile ein Abenteuer mit unklarem Ausgang sehen. 60 % der Deutschen sind laut Handelsblatt vom 14. Juli 2011 gegen weitere Kredithilfen für den Euro. 71 % haben wenig, kaum

**Die Währungsfrage darf sich nicht zum WERTEKONFLIKT auswachsen und somit die Schicksalsgemeinschaft Europa als Garant für Frieden, Sicherheit und Wohlstand in Frage stellen.**

oder gar kein Vertrauen in den Euro. Die Euro-Skeptiker schaffen sich Raum auf den politischen Bühnen und suchen den Diskurs. Und den werden wir zu führen haben, wenn wir auf die großen Unterschiede in der Haushaltsdisziplin und der strategischen Positionierung der einzelnen Länder bezogen auf den Weltmarkt schauen.

Wohlgemerkt, es geht – noch – um den Euro, nicht um Europa. Noch steht das Europäische Haus. Die Säulen sind fest und wir alle wünschen uns ein besonderes Krisenmanagement, das verhindert, dass aus dem Mittel- ein Wertekonflikt wird, der die Idee Europa ganz weit zurückwerfen würde, und zwar weit hinter die Erkenntnis, dass der Frieden wie auch unser Wohlstand auf diesem Kontinent ohne die europäische Integration nicht denkbar wäre. Europa ist mehr als eine Währung, Europa ist eine Schicksalsgemeinschaft und kann gegen die sich im internationalen Kontext formierenden Staaten nur als Gemeinschaft machtvoll auftreten. Neben der Außenwirkung wird auch die Nabelschau zeigen, dass ein Rückfall in tradierte Auseinandersetzungen nicht auszuschließen ist. Die Integrationsprozesse zwischen den Staaten sind im Wachsen begriffen, aber noch lange nicht per Richterspruch besiegelt.

Es lohnt in jeder Hinsicht, auf der bisherigen Spur weiter zu wirken. Und auch auf die Schwachstellen im europäischen Integrationsprozess zu blicken. Europa als abstraktes Modell erscheint an manchen Stellen als weit weg von seinen Bürgern. Hier liegt noch ein weiter Weg vor uns. Aber es liegt auch ein sehr weiter Weg hinter uns, ein Weg, in dem Europa maßgeblicher Schrittmacher für Entwicklung und Innovation war, ein Weg, auf dem wir zeigen konnten und gezeigt haben, wie unsere Kultur, unser Ver-

ständnis von Kunst, von Zusammenleben und Mitmenschlichkeit zündende Funken für andere Kulturen sein konnten. Diese positiven Potenziale sollten wir im Blick haben – und konsequent darauf achten, dass die Lehren aus den dunklen Zeiten so aktiv bleiben, dass wir nicht mehr dahin zurückfallen. Das ist die strategische Position für Europa und wir, die Hanns-Seidel-Stiftung, werden uns mit dafür einsetzen, dass Nährböden für Visionen entstehen, die das neue, gemeinsame Europa weiterbringen. In der Zwischenzeit sind taktische, teilweise operative Fragen zu klären und auch dazu möchte die Stiftung ihren Beitrag leisten. In diesem Fall durch die Stimmen von Experten, deren Gedanken Sie im Folgenden nachvollziehen können. ///



/// DR. H. C. MULT. HANS ZEHETMAIR  
ist Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung, München und Staatsminister a. D.

/// Mangelnde Haushaltsdisziplin und ausufernde Spekulationen gefährden den Euro

## DER EURO HAT ZUKUNFT – DAS CASINO NICHT\*

**HORST SEEHOFER** /// Ständige und sanktionslose Verstöße gegen die Stabilitätskriterien, Mogeleyen bei den Wirtschaftsdaten, Missachtung der Haushaltsdisziplin und das süße Gift der billigen Kredite sind Faktoren, die den Erfolg der Gemeinschaftswährung gefährden. Ausufernde Staatsverschuldung, Spekulations-Kapitalismus, Gier und zügellose Wetten auf den internationalen Finanzmärkten sind Schwungräder, die den Euro an den Rand des Abgrunds bringen.

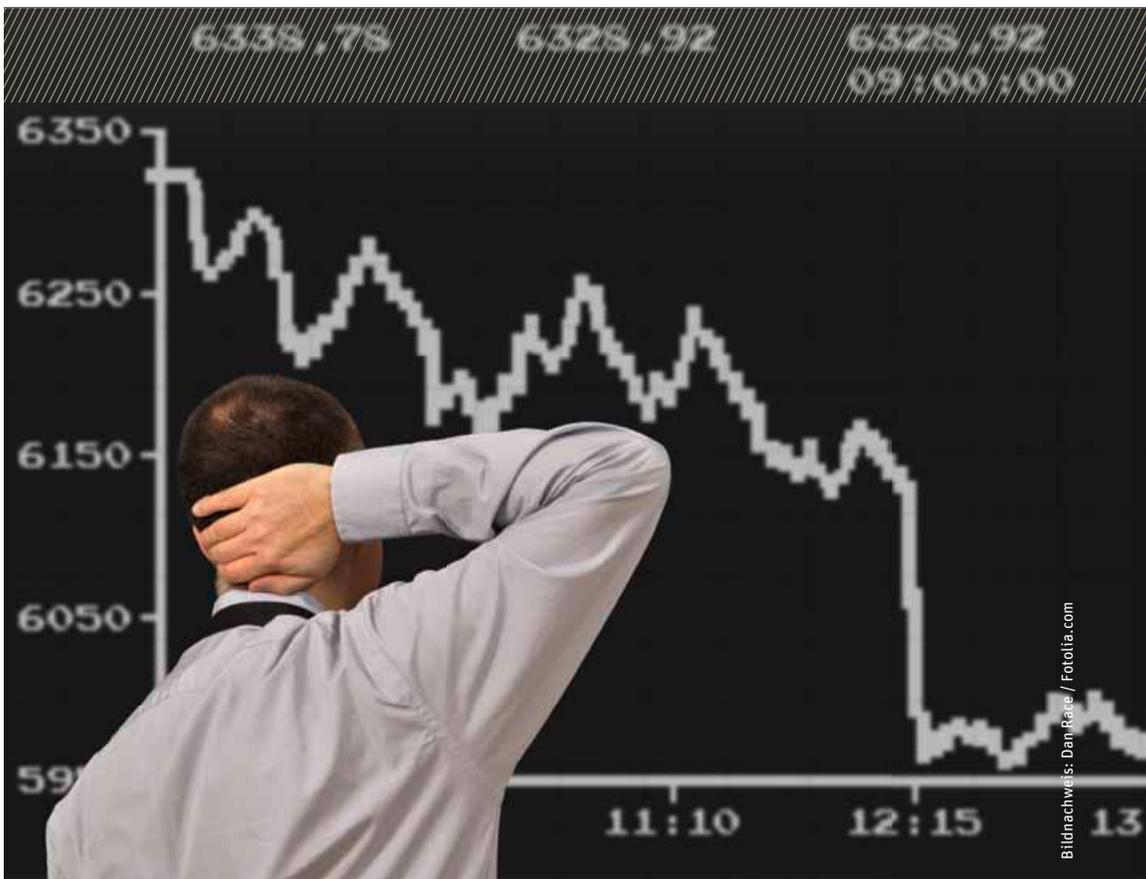
### Einleitung

Die Stabilität des Euro ist in Gefahr, weil der Euroraum zwar der zweitgrößte einheitliche Wirtschaftsraum der Welt ist, aber der gemeinsamen politischen Steuerung dieses Marktes natürliche Grenzen gesetzt sind, die aus guten Gründen von vielen auch gar nicht überwunden werden wollen. Der Euro ist in Gefahr, weil Europa der ausufernden Staatsverschuldung in vielen Mitgliedstaaten der Eurozone keine Grenzen setzen konnte oder wollte. Die Stabilität des Euro ist in Gefahr, weil wir zwar eine Gemeinschaftswährung haben, aber sich nicht überall in der Eurozone die Löhne nach der Produktivität richten, in Mitgliedstaaten der Eurozone die vertraglich vereinbarte Stabilitätskultur nicht eingehalten wurde und die Bedienung der Euro-Noten-Presse kein Ausweg ist. Dazu möchte ich im Folgenden drei Thesen und ein Fazit aufstellen.

### 1. Europa ist keine Nation – eigene nationale Identitäten der Mitgliedstaaten setzen der europäischen Integration natürliche Grenzen

Um erst gar keinen Zweifel aufkommen zu lassen: Ich halte die Europäische Union für die genialste Idee der Nachkriegsgeschichte. Sie ist die wichtigste politische Gemeinschaftsleistung der europäischen Staaten und hat dem Europäischen Kontinent nach Jahrhunderten der Konflikte und Kriege Frieden, Freiheit, Sicherheit und Einheit gebracht.

**Die EU hat dem europäischen Kontinent FRIEDEN und Freiheit gebracht.**



Ausufernde Börsenspekulationen und Haushaltsfehlverhalten einzelner Mitgliedstaaten haben den Euro in eine tiefe Krise gestürzt.

Die europäische Integration ist einzigartig auf der Welt. Nirgendwo sonst gibt es eine derart enge und erfolgreiche Zusammenarbeit souveräner Staaten. Und für viele globale Fragen, die vor uns liegen, brauchen wir ein starkes Europa.

Das Bekenntnis Deutschlands zu Europa und die Teilhabe Deutschlands an Europa sind aufgrund unserer Geschichte und aus Überzeugung überlebenswichtig für unsere Nation. Die deutsche Mark war für zwei Generationen des Nachkriegsdeutschlands identitätsstiftend für Aufbau, Stabilität und durch Fleiß und Leistung erarbeiteten Wohlstand. Nach den Erfahrungen von Hyperinflation, die in Massenarbeitslosigkeit, Verlust der Demokratie und

schließlich in den Zweiten Weltkrieg gemündet hat, ist eine „harte Währung“ für unser Volk ein Grundpfeiler, der nicht preisgegeben werden darf. Es war deshalb nicht nur ein starker wirtschaftlicher Beitrag Deutschlands zur Gemeinschaftswährung, sondern auch ein grundlegendes Bekenntnis zu Europa, dass die D-Mark im Euro aufgegangen ist. Mit dem Euro hat Deutschland unverrückbar Ja zu Europa gesagt. Es ist deshalb gerade für uns schon etwas Grundsätzliches, wenn wie jetzt am Euro und damit am Grundpfeiler der harten Währung gerüttelt wird. Und es ist ein Bekenntnis zu Europa und keine Skepsis gegenüber Europa, wenn man offen und vernehmbar über die Not-

wendigkeit der stabilen Währung spricht und darüber, was dafür getan werden muss, und auch darüber, was den Euro gefährdet.

Die Diskussion um die Zukunft des Euro wird nicht nur in Kategorien von Schutzschirmen und Stabilitätsmechanismen geführt. Das wäre auch zu billig und oberflächlich. Es gibt nicht wenige, die die Lösung in mehr Kompetenzen für die EU und letztlich in der Finalisierung der europäischen Integration in Vereinigte Staaten von Europa sehen. Wir stehen in dieser Diskussion vor einer entscheidenden Weggabelung. Ich halte den Weg zu einer Aufgabe der nationalstaatlichen Identitäten in Vereinigte Staaten von Europa für eine Sackgasse: Vereinigte Staaten von Europa setzen zuerst eine gemeinsame eigene nationale Identität des gesamten Europa voraus: ein Staatsvolk, eine Staatsgewalt, eine Regierung, ein Parlament, eine Gerichtsbarkeit – ein Verständnis für ein Land. Vertraglich ist so etwas nicht vereinbar, das muss aus den Menschen kommen und in den Menschen sein. Und ohne den Kitt einer gemeinschaftlichen einheitlichen staatlichen Identität von Sizilien bis Kopenhagen, von Dublin bis Athen würde ein solches Gebilde auch nicht funktionieren. Denn: Staatsgewalt und Staatsvolk sind zwei Seiten einer Medaille. Fehlt das eine, fehlt dem anderen die Legitimität. Ohne Legitimität gibt es keine Akzeptanz. Staatsgewalt ohne Akzeptanz durch das Staatsvolk endet im Chaos! Eine gemeinsame staatliche Identität wächst historisch. Sie lässt sich nicht per Dekret verordnen – auch nicht vor dem Abgrund einer internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise.

Weil eine gemeinsame staatliche Identität in Europa auf Sicht nicht da

### Die Aufgabe der nationalstaatlichen Identitäten Europas kann KEINE Lösung sein.

sein wird, hat die Übertragung von Souveränitätsrechten von Nationalstaaten auf europäische Institutionen natürliche Grenzen. Werden diese Grenzen überschritten, schaden wir der europäischen Integration anstatt sie zu befördern. Wir müssen deshalb ganz nüchtern betrachten: Was ist notwendig für die europäische Gemeinschaft und für die europäische Währungsunion? Wir müssen schlichtweg fragen, was kann Europa besser gemeinsam erledigen? Was macht Europa stärker, wenn wir es gemeinsam tun? Was ist nachhaltig der tragfähige gemeinsame Nenner für den Euro? Und was braucht Europa, damit wir das Notwendige gemeinsam tun können? Aber das heißt im Umkehrschluss auch: Was braucht Europa dafür nicht?

Diese Fragen haben eine gemeinsame Antwort: Wir haben die Krise, weil einzelne Mitgliedstaaten versagt haben, indem sie ihre Haushaltsautonomie nicht verantwortungsvoll im Sinne der Vereinbarungen von Maastricht eingesetzt, sondern sie schlicht über ihre Verhältnisse gelebt haben. Innerhalb der Währungsunion betrifft das Haushaltsfehlverhalten einzelner zwangsläufig auch alle anderen Mitgliedstaaten. Die größte Herausforderung, vor der Europa derzeit deshalb steht, ist die Durchsetzung einer Stabilitätsunion durch Abbau von Schuldenbergen und Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Was also sind die Werkzeuge, die wir dazu brauchen, ohne zugleich tiefe Kerben in die Souveränität der Mitgliedstaaten zu schlagen oder sie gar zu Gunsten der „Vereinigten Staaten von Europa“ aufzugeben?

**Das ZIEL ist der Abbau der Schulden und die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.**

Diese Frage ist nicht nur praktischer Natur, sondern hat eine verfassungsrechtliche Dimension: Das Grundgesetz – und das hat das Bundesverfassungsgericht jüngst bestätigt – setzt der Übertragung von Souveränitätsrechten Deutschlands nach Brüssel enge Grenzen. Weil wir die Rettung des Euro nicht auf die lange Bank schieben können, bleibt uns nichts anderes übrig, als auf dem Boden des Grundgesetzes zu handeln.

Nationale Souveränität und gemeinschaftliches Vorgehen zur Lösung gemeinsamer Probleme schließen sich nicht aus. Das Beispiel Griechenland zeigt: Auch bei einem Staat, der bis zum Hals in Schwierigkeiten steckt und ohne tatkräftige und solidarische Hilfe der Gemeinschaft nicht überlebensfähig ist, muss sich all das, was notwendig zur Rettung ist, an der Achtung der nationalen Souveränität messen lassen. Dieser Aspekt ist es, der der (kurzen) Überlegung einer Volksabstimmung in Griechenland wohl zugrunde gelegen haben mag und der letztendlich zu einer neuen griechischen Regierung geführt hat. Es geht also darum, nationale Souveränität und gemeinschaftliche Verantwortung unter einen Hut zu bekommen und darum, welche (neuen) Werkzeuge wir dafür benötigen.

**2. Die schwäbische Hausfrau hat recht – solide Finanz- und Währungspolitik sind das Fundament für eine funktionierende Gemeinschaftswährung**

Eigentlich ist es ganz einfach: Solides Wirtschaften bedeutet, die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. Wenn eine größere Investition ansteht, nimmt man einen Kredit auf. Bevor man investiert, wird gerechnet: Kann ich die Raten für den Kredit auch zahlen? Wer allerdings der Versuchung nicht widersteht und zu dem einen Kredit noch weitere aufnimmt, ohne sich Gedanken zu machen, wie er die Zinsen dafür zahlt, verliert den Überblick. Im Mittelalter war die Folge der Schuldnerturn, heute die Insolvenz. Dieser Grundmechanismus, den wir mit dem Verhalten der „schwäbischen Hausfrau“ – oder vornehmer ausgedrückt des „redlichen Kaufmanns“ – beschreiben, gilt auch für Staaten. Griechenland und andere Schuldensünder haben sich leichtsinnig oder sogar sehenden Auges an den Rand oder sogar mitten hinein in die Insolvenz gebracht. Was bei der schwäbischen Hausfrau und dem redlichen Kaufmann nicht gut geht, kann auch bei Staaten nicht gelingen. Der Euro hat dem Euroraum eine einheitliche Währung gebracht und ein niedrigeres Zinsniveau. Griechenland hat nach dem Beitritt zur Währungsunion nur noch einen Bruchteil der Zinsen bezahlen müssen, den es früher aufwenden musste, wenn sich das Land am Kapitalmarkt bedient hat. Dieses süße

**Solides Wirtschaften ist die GRUNDLAGE für eine funktionierende Gemeinschaftswährung.**

Gift der billigen Kredite führte zu übermäßigem Konsum und dem Vertagen von Strukturreformen und musste Folgen haben, weil sich ökonomische Gesetzmäßigkeiten nicht außer Kraft setzen lassen: Wer mehr Kredite zu bedienen hat, muss mehr erwirtschaften. Dazu muss er in einem gemeinsamen Markt ausreichend wettbewerbsfähig sein. Griechenland ist das nicht!

Zu den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten gehört auch, dass sich in einem gemeinsamen Währungs- und Wirtschaftsraum ohne dauernde Kontrolle und Durchsetzung der gemeinsamen Regeln die Krankheit Überschuldung ausbreiten kann und dann die Stabilität des Euro insgesamt in Gefahr bringt. Das Grundübel Nummer Eins

ist die Überschuldung. Wenn die Währungsunion die Überschuldung ihrer Mitgliedstaaten nicht wirksam und dauerhaft in den Griff bekommt, ist die Gemeinschaftswährung in akuter Gefahr. Grundübel Nummer Zwei ist mangelnde Ehrlichkeit – mangelnde Ehrlichkeit gegenüber sich selbst und gegenüber der Gemeinschaft. Niemand widerspricht heute noch ernsthaft, wenn Griechenland bescheinigt wird, sich in die Eurozone hineingemogelt zu haben. Auch mit Beihilfe durch Dritte! Der Vorwurf frasierter Kennzahlen steht genauso im Raum wie die Diagnose, dass in Griechenland die Löhne der Produktivität meilenweit vorausseilen. So gesehen war Griechenland weder ehrlich genug gegenüber den eigenen Bürgern noch ge-

Das überschuldete Griechenland steht am Rande der Insolvenz.



genüber seinen Partnern. Wenn wir über Instrumente zur Überwindung der Krise sprechen, müssen wir direkt bei der Verschuldung ansetzen und bei der Ehrlichkeit. Das bedeutet schlicht und einfach:

#### **Gemeinsamer Konsens zur Konsolidierung der nationalen Haushalte**

Solange *abstrakt* diskutiert wird, besteht weitgehend Einigkeit, dass Überschuldung nationaler Haushalte zu den Kernursachen der gegenwärtigen Krise gehört. Diesen abstrakten Konsens müssen wir in ganz Europa *konkret* dazu nutzen, jetzt einen Fahrplan zum dauerhaften Abbau der Schuldenlast in jedem Mitgliedstaat zu entwerfen: Wir brauchen klare und erreichbare Ziele in nationaler Regie, aber in gemeinsamer europäischer Verantwortung!

#### **Schärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts**

Entscheidende Ausstattung für den Euro war bei seiner Geburt der Stabilitäts- und Wachstumspakt als Anker für das Versprechen einer „harten“ Währung. Allein die Zahl von fast 100 weitgehend sanktionslosen Verstößen gegen die Regeln des Paktes seit Einführung des Euro zeigt, dass das von allen abgegebene Stabilitätsversprechen bislang ein zahnloser Papiertiger geblieben ist. Die Hinnahme permanenter Verstöße war schädlich für die europäische Stabilitätskultur und hat entscheidend zur Verfestigung der Überschuldung einiger Mitgliedstaaten des Euroraums geführt. Nur wenn die Rückbesinnung auf die konsequente Einhaltung der von den Eurostaaten gemeinsam eingegangenen Verpflichtungen gelingt, wird der Euro die in ihn gesetzten Erwartungen einer stabilen Leitwährung erfüllen können.

#### **Automatische Durchsetzung von Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Stabilitätspakt**

Die Erfahrung bisher zeigt, dass der Stabilitätspakt als Instrument stabilitätsorientierter Fiskal- und Währungspolitik gedacht war, Spielräume bei der Festlegung von Maßnahmen dem politischen Handeln gegen die währungspolitische Vernunft aber Tür und Tor geöffnet haben. Wir brauchen deshalb klare Regeln und klare Automatismen zur Durchsetzung von Maßnahmen und keine „politischen Rabatte“. Sünder dürfen nicht über Sünder richten, sonst gibt es immer Straffreiheit.

#### **Austritt aus der Eurozone als Ultima Ratio**

Klar muss sein, dass massive und nachhaltige Verstöße gegen Regeln im Euroraum, die schwerwiegende Konsequenzen für die Gemeinschaft haben, auch zu schwerwiegenden Konsequenzen für den Sünder führen müssen. Als Ultima Ratio muss auch ein Ausscheiden aus der Eurozone möglich sein.

#### **Frühzeitige und enge haushaltspolitische Überwachung und Abstimmung / nationale Schuldenbremse**

Wenn erst einmal die Überschuldung in einem Mitgliedstaat auf ein Maß gestiegen ist, dass es die Eurozone insgesamt in Schwierigkeiten bringt, ist es für Maßnahmen zur Gegensteuerung eigentlich schon zu spät. Zumindest wird es für alle sehr, sehr teuer, wie wir jetzt gerade sehen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass wir Steuerungsinstrumente brauchen, die für Haushaltsdisziplin in den Eurostaaten sorgen. Prävention ist besser und billiger als Reparatur. Dafür be-

darf es keiner neuen Organe oder der Übertragung von Souveränitätsrechten auf europäischer Ebene. Was wir brauchen, ist ein System, das dafür sorgt, dass jeder Mitgliedstaat selbst seine Hausaufgaben macht. Dreh- und Angelpunkt eines solchen Systems sind wirksame und unvermeidbare Schuldenbremsen. Nur eine Schuldenbremse, die national verankert ist, kann nachhaltige Wirkung entfalten. Eine von außen verordnete stößt spätestens bei der Frage von Sanktionen für Verstöße an die Grenze der Akzeptanz.

#### **Wirksame wirtschaftliche Zusammenarbeit und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken der Eurostaaten**

In einem gemeinsamen Währungsraum ist die Frage, ob ein Mitgliedstaat sich wirtschaftlich dynamisch entwickelt oder Stillstand hinnimmt, keine Frage, die sich nur auf den jeweiligen Mitgliedstaat beschränkt. Das gemeinsame Ja zum Euro beinhaltet das Bekenntnis zu einer dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung. Dafür muss in den Mitgliedstaaten mit den Werkzeugen der Wirtschaftspolitik hingearbeitet werden. Weil die Folgen der Wirtschaftspolitik nicht auf den einzelnen Mitgliedstaat bezogen sind, bedarf es der engen gegenseitigen Koordination. Koordination verlangt aber nicht die Kompetenzübertragung auf Europäische Institutionen. Hier gilt, was ich vorher gesagt habe: Was sinnvoll ist, darüber muss man sich in der Währungsunion abstimmen. Verantworten aber muss das, was notwendigerweise getan wird, jeder gegenüber seiner eigenen Bevölkerung selbst!

#### **3. Eigentum verpflichtet – keine Steuergelder zur Rettung der Casinos**

In den Diskussionen um die Europäische Finanz- und Stabilitätsfazilität (EFSF) und den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) der letzten Wochen ist viel die Rede von „Hebeln“. Mit Hebeln soll die Effektivität der eingesetzten Mittel der Rettungsschirme gesteigert werden. Das Problem ist nur, dass die „Hebel“ keine Erfindung der Schutzschirme gegen Finanzkrisen sind. Genau umgekehrt ist auf den internationalen Finanzmärkten eine ganze Reihe von „Hebeln“ am Werke, die zur Auslösung, zur Befeuerung und zur Beschleunigung der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise entscheidend beigetragen haben. Peter Gauweiler hat diesen Wirkmechanismus in einem Interview mit der Bild am Sonntag plastisch mit folgenden Worten dargestellt: „Früher war unsere Sorge, dass die Verfügungsgewalt über unser Eigentum durch den Sozialismus eingeschränkt oder beendet wird. Heute geht die Gefahr von ganz anderen Kollektiven aus: Immer mehr Eigentum wird von der Verantwortung des Einzelnen gelöst, durch Verbriefungen kollektiviert und anonymisiert, verpfändet, in Kreditgarantien und Wetten für den Untergang von Banken, Konzernen und ganzen Staaten verwandelt und so um die Börsen der Welt gejagt. Dieser neue Kollektivismus ist nicht – wie damals – in Moskau, sondern in Manhattan zu Hause. Aber er bedroht in gleicher Weise die Eigentumsrechte der Bürger, vor allem die Verantwortung für das Eigentum.“

Einen Wettlauf gegen solche Marktmechanismen wird die Politik mit Rettungsschirmen und Hebeln für Rettungsschirme auf Dauer nicht gewinnen

können, wenn sie die Regeln auf den Finanzmärkten nicht ändert. Um es klar zu sagen: Mir geht es nicht um wohlfeile Pauschalkritik an den Finanzmärkten. Finanzmärkte sind weder gut noch böse. Sie funktionieren schlichtweg nach dem Marktmechanismus Chance und Risiko. Unsere Wirtschaftsordnung braucht den Mut zum Risiko, das Vertrauen auf Chancen. Wir brauchen auch spekulative Geschäfte, wohl sogar hoch spekulative. Solange sich Chance und Risiko in gleicher Verantwortung bei den Marktteilnehmern befinden, also der Spekulant auch selbst dafür gerade steht, wenn sich nicht die Chance, sondern das Risiko realisiert, ist das System in der Balance. Schwierig wird es aber, wenn Spekulation zum reinen Selbstzweck wird und durch Wetten auf den Finanzmärkten jeder Bezug zur Realwirtschaft verloren geht – und dann noch über die „Systemrelevanz“ die Sozialisierung von Verlusten betrieben wird. Dieser Teil der Finanzmärkte ist mit dem Begriff „Casino“ gut beschrieben. Und hier müssen wir Mechanismen einziehen, die das verhindern. Denn wir haben es in diesem Bereich mit internationalen Finanzmärkten zu tun, denen ein Wertegerüst fehlt. Das Streben nach Profit ist zwar an sich nicht unanständig – im Gegenteil. Profitstreben ist der Motor unserer Wirtschaftsordnung. Profitstreben ohne Wertefundament oder zumindest ohne klare Schranken aber wird zur Gefahr. Die Sozialbindung des Eigentums und die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft sind die Instrumente, die die Gefahr ungezügelter Profitstrebens zum Wohle der Gemeinschaft in Schach halten. Nur wirken diese Instrumente auf den Casinoteil der internationalen Finanzmärkte ganz offensichtlich nicht (mehr).

**Wir brauchen Mechanismen und Regeln, die Schutz gegen SPEKULATIONEN bieten, die aus dem Ruder laufen.**

Erfolgreiche Politik für die Menschen wird nicht daran gemessen, ob sich die Politik erfolgreich mit den Märkten misst, sondern ob sie in der Lage ist, Marktregeln durchzusetzen, die wirtschaftliche Prosperität zu fördern und Gefahren für das Gemeinwesen und das Eigentum zu begrenzen. Zuletzt ist der Politik das nicht – nicht mehr – gelungen, weltweit nicht! Wir haben diese Diskussion schon unmittelbar nach Beginn der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 begonnen, aber nicht zu Ende geführt. Wir können den Casinoteil der Finanzmärkte nicht mit Geld in die gewünschte Richtung hebeln, aber die Märkte brauchen Regeln. Ja, wir müssen den Märkten Leitplanken und „Verkehrsregeln“ geben! Internationale Finanztransaktionssteuer, Trennung von Kreditgeschäft und Investmentbanking, notfalls das Verbot bestimmter hoch spekulativer Geschäfte, Änderung von Kapitalisierungsvorschriften usw. Ein breites Instrumentarium an neuen Regeln ist in der Diskussion, aber an der Entschlossenheit und einem internationalen Konsens, solche Werkzeuge auch einzusetzen, mangelt es.

Mit enormen Anstrengungen weltweit ist es gelungen, 2008 die erste Welle der internationalen Finanz- und

Wirtschaftskrise einzudämmen. An den Grundursachen hat sich seither aber nichts grundlegend geändert. Eine zweite oder gar dritte Welle wird keine Nation dieser Welt abschirmen können. Denn das wirksamste Regulativ am Markt, nämlich „die Haftung“, ist seit der Erfindung der „Systemrelevanz“ außer Kraft gesetzt. Musste früher derjenige den Schaden tragen, bei dem ein riskantes Geschäft zu Verlusten geführt hat – er hat ja auch den Nutzen –, gilt heute das Motto: Geht es gut, steigt die Rendite, läuft es schlecht, richtet es der Rettungsschirm. Die Überschuldung und Vergemeinschaftung von Schulden ist ein Problem der Eurozone, die Sozialisierung von Verlusten das Problem auf den Finanzmärkten. Ohne energische Eingriffe in das Portfolio der Finanzgeschäfte, ohne stärkeres Wertegerüst für die internationalen Finanzmärkte wird es nicht gelingen, das Schwungrad des Turbokapitalismus zu stoppen. Da werden einige wenige kosmetische Korrekturen nicht reichen.

Wir sollten das Ganze durchaus auch einmal grundsätzlich betrachten: Ein Großteil der schädlichen Wirkungen auf den internationalen Finanzmärkten ergibt sich daraus, dass Rendite und Risiken, Verantwortung und Chancen auseinanderfallen, dass sich das Handelsvolumen dramatisch vergrößert und die Geschwindigkeit der Transaktionen radikal beschleunigt haben. Durch das schnelle, oft auch automatisierte Handelsgeschehen wachsen die Volatilität und die Anfälligkeit gegen

**Risikoverantwortung und Renditeerwartung müssen wieder ZUSAMMENGEFÜHRT werden.**

gezielte Manipulationen. An den Börsen kommt es zu Gewinnen und Verlusten ohne reale Wertschöpfung. Das eingesetzte Kapital hat sich weitgehend virtualisiert. Hier müssen wir ansetzen.

Derjenige, der in der Hoffnung auf eine hohe Rendite große Risiken eingeht, der allein muss auch dafür gerade stehen, wenn sich nicht die Renditeerwartung, sondern das Risiko erfüllt. Geldinstitute, die hohe Risiken eingehen, müssen notfalls Pleite gehen können, ohne dass dadurch Volkswirtschaften in Schieflage geraten. Deshalb:

**Trennung von Kreditgeschäft und Investmentbanking**

Ein Großteil der Probleme auf den Finanzmärkten, vor allem aber die Systemrelevanz von Marktstörungen, ergibt sich daraus, dass hochrisikobehaftete Geschäfte auf den Finanzmärkten schlichtweg aus dem Ruder gelaufen sind. Nirgendwo steht geschrieben, dass wir Steuergelder unserer Bürgerinnen und Bürger einsetzen müssen, um die Verluste aus waghalsigen Spekulationsgeschäften abzudecken. Wir sollten international zu der in den USA und Großbritannien früher bewährten Trennung von Investmentbanking und Privatbankengeschäft (zurück-)kommen. Das wäre ein wesentlicher Schritt, Risikoverantwortung und Renditeerwartung wieder zusammenzuführen.

**Strikte und risikogestaffelte Eigenkapitalvorschriften**

Wenn der Deutschland-Chef von Goldman Sachs, Alexander Dibelius, sagt: „Banken haben keine Verpflichtung, das Allgemeinwohl zu fördern“, so ist dies eine denkbare Variante. Aber dann dürfen diejenigen, die hochspekulative Geschäfte betreiben, auch nicht erwar-

ten, dass ihr Eigennutz und dessen Risiken durch den Steuerzahler abgeschirmt werden. Denn die Rettungsschirme sind nicht dazu da, beim Glücksspiel im internationalen Finanz-Casino zu helfen, sondern das Bankensystem zur Versorgung der Realwirtschaft mit Liquidität aufrechtzuerhalten. Wir brauchen Rettungsschirme, um Volkswirtschaften vor dem Zusammenbruch zu retten. Wir müssen dafür sorgen, dass die „Systemrelevanz“ von Banken die absolute Ausnahme ist. Dazu ist eine deutliche Erhöhung der Eigenkapitalvorschriften, angelehnt an das Risiko der Geschäfte, notwendig. Es muss künftig der Vergangenheit angehören, dass Spekulanten mit dem Einsatz minimalen Eigenkapitals maximale Hebel auf den Finanzmärkten ansetzen können.

#### Finanztransaktionssteuer

Ich bleibe dabei: Eine maßvolle Besteuerung von Finanztransaktionen ist gerecht und sinnvoll. Für den Verkauf von Waren und Dienstleistungen ist Umsatzsteuer fällig. Jede Babynahrung, jede Kaffeemaschine, jedes U-Bahn-Ticket ist mit Umsatzsteuer belegt. Das ist weltweit Übung und allgemein akzeptiert. Nur auf den Finanzmärkten leisten wir es uns bislang, dass Umsätze dort nicht der Steuer unterliegen. Steuerfreies Handeln ist systemwidrig, beschleunigt das Umsatzgeschehen auf den Märkten und damit die Schwankungsanfälligkeit der Märkte und begünstigt hochrisikoreiche Geschäfte. Eine Finanztransaktionssteuer wäre geeignet, Auswüchse zu begrenzen, Tempo herauszunehmen, und würde zudem Mittel generieren, die zur Bewältigung von Schieflagen auf den Märkten gebraucht werden.

#### Einfluss der Ratingagenturen neu hinterfragen

Es ist schon verblüffend, ja eigentlich erschreckend: Mit Selbstverständlichkeit haben die Ratingagenturen faule ABS-Papiere aus den USA mit besten Ratings ausgestattet und kurz darauf diejenigen, die auf dieses Rating vertraut haben, postwendend heruntergestuft. Wir müssen darüber nachdenken, Ratingagenturen künftig zu mehr Sorgfalt anzuhalten, auch dadurch, dass sie die Verantwortung für eigenes Versagen unmittelbar zu spüren bekommen – notfalls bis hin zu Haftungsregeln.

#### Fazit

Die Europäische Integration wird voranschreiten – aber (auf lange Sicht) nicht in Vereinigte Staaten von Europa münden. Europa schöpft seine Kraft aus der gemeinsamen Europäischen Idee und den unterschiedlichen nationalen Identitäten im gemeinsamen Haus Europa.

Der Euro wird Bestand haben, wenn wir ihn entschlossen verteidigen gegen Gefahren von außen und innen.

Als Gemeinschaftswährung wird der Euro auch seinen Beitrag leisten zur Europäischen Integration, vorausgesetzt:

- die Mitgliedstaaten des Euroraums erledigen ihre Hausaufgaben, d. h. sie halten ihre Staatsfinanzen in Ordnung und ihre Wirtschaft wettbewerbsfähig;
- es gelingt, die Einhaltung der Stabilitätskriterien dauerhaft durchzusetzen und Fehlverhalten zu bestrafen;
- es gelingt, Risiko und Verantwortung auf den Finanzmärkten ausnahmslos wieder zusammenzuführen; die Haftung für hochriskante Geschäfte kann und darf nicht auf die Steuerzahler abgewälzt werden;

- wir begreifen den Euro als das, was er ist: eine gemeinsame Binnenwährung eines gemeinsamen Binnenmarktes und kein politisches Instrument zur Beschleunigung der Europäischen Integration. Der Euro kann die europäische Integration förderlich begleiten, aber taugt nicht als Motor oder Steuer-rad. ///



/// HORST SEEHOFER

ist seit Oktober 2008 Bayerischer Ministerpräsident

#### Anmerkung

\* Redaktionsschluss für den vorliegenden Beitrag war der 16.11.2011.

/// Projekt Europa

## BISHERIGE ENTWICKLUNG UND AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN

**THEO WAIGEL** /// Mit dem Projekt der europäischen Integration zogen die Gründungsväter wie Adenauer, Strauß, Monnet, Spaack und de Gasperi die historische Lehre aus dem Scheitern des Nationalstaates der vergangenen Jahrhunderte. Ziel war die friedliche Neuordnung des Alten Kontinents auf der Grundlage von Freiheit und Demokratie sowie in den 50er-Jahren die Errichtung eines west-europäischen Blocks als Gegenpol zum Sowjet-Imperialismus.

### Rückblick

#### Die europäische Gemeinschaft

Die europäische Integration verstand sich von Anfang an als Gegenentwurf zum Nationalstaat. Durch die Bündelung der politischen Kräfte wurden eine Erhöhung des Wohlstands und eine bessere Sicherheit des alten Kontinents angestrebt. Darüber hinaus sollte die Integration in einer zunächst bipolaren und später multipolaren Welt Europa zu einem Akteur auf der Bühne der Weltpolitik machen. Auch wenn primär als politisches Projekt verstanden, entwickelte sich die ökonomische Integration zur wichtigsten Antriebskraft und zum Katalysator für die politische Zusammenarbeit. In den folgenden Jahrzehnten erhielt die Integration einen neuen Schub durch die Zunahme der Zahl grenzüberschreitender Probleme vom Umweltschutz bis zur Verbrechensbekämpfung. Schließlich kam in den 80er-Jahren die

Globalisierung der Güter- und Finanzmärkte hinzu, die Europa vor die Herausforderung stellte, die weltweite Wettbewerbsfähigkeit seiner Wirtschaft sicherzustellen. Europa gründete von Anfang an in den Gemeinsamkeiten der Mitglieder im Bereich der Geschichte, der Kultur und des Wertebewusstseins.

Die wichtigsten Etappen der bisherigen Entwicklung sind der Schumann-Plan und die Gründung der Montan-Union, die Verabschiedung der Römischen Verträge, die Errichtung einer Zoll-Union und eines Gemeinsamen Marktes im Wirtschafts- und Agrarbereich, die Vertiefung der Zusammenarbeit durch die Einrichtung des Europäischen Rats und der Direktwahl des Parlaments, die Ausweitung der Gemeinschaft in mehreren Erweiterungsrounds, die Verabschiedung der Europäischen Akte mit dem Projekt eines einheitlichen Binnenmarktes ohne Grenzen für Güter und Leistun-

gen, für Kapital und Arbeitnehmer, der Vertrag von Maastricht mit der Wirtschafts- und Währungsunion, die Verträge von Amsterdam und Nizza, die Osterweiterungen der Union, die Grundrechte-Charta und der Verfassungsvertrag bzw. der Vertrag von Lissabon.

Maastricht stellte einen Quantensprung dar. Ziel war die Fortsetzung der Integration von der früheren EWG bzw. EG zu einer echten politischen Union. Die Währungsunion stellt dabei die Krönung bzw. das monetäre Dach des schrankenlosen Binnenmarkts dar. Gleichzeitig bildet die Einheitswährung mit der Abgabe der nationalen Souveränität in der Geldpolitik ein irreversibles Element für die weitere Integration.

### Wie es zum Euro kam

Schon bald nach dem Krieg nahm die Exportabhängigkeit der deutschen Wirtschaft infolge ihres vergleichsweise hohen Industrieanteils stark zu. Deshalb war Deutschlands Wirtschaft immer an möglichst stabilen Wechselkursverhältnissen interessiert. Was in der heutigen Diskussion vergessen wird: Eine völlig flexible D-Mark gab es nur in kurzen Perioden.

Bis Anfang der 70er-Jahre war die D-Mark Mitglied des Währungssystems von Bretton Woods. Nach dessen Scheitern errichteten die Europäer einen Währungsverbund und anschließend eine Währungsschlinge. Beide waren ebenso erfolglos wie die Initiative des

Der am 7. Februar unterzeichnete Vertrag von Maastricht stellte mit der Einführung einer europäischen Währungsunion in Form des Euro einen Meilenstein für die Europäische Union dar.





luxemburgischen Ministerpräsidenten Werner zur Einführung eines gemeinsamen Währungssystems. Dies gelang erst mit dem sogenannten Europäischen Währungssystem (EWS), das verhältnismäßig enge Bandbreiten für Wechselkurschwankungen vorsah und die Mitglieder zu Interventionen auf dem Devisenmarkt und zur Bereitstellung von Beistandskrediten in Spannungszeiten verpflichtete. Nachdem über 20 Wechselkursanpassungen erforderlich waren, wuchs die Einsicht, dass ein einheitlicher Binnenmarkt für 15 und mehr Mitglieder des gemeinsamen Marktes nur durch eine gemeinsame Währung machbar war. Die Einführung des Euro war mithin kein Akt europabessener Politiker, sie ergab sich vielmehr aus ökonomischen Zwängen.

Da in Deutschland die D-Mark Teil der nationalen Identität war, war das vorrangige Ziel der deutschen Europapolitik der Export der Stabilitätsphilosophie der Bundesbank auf den künftigen einheitlichen Währungsraum. Die Beitrittskriterien hinsichtlich Haushaltsdefiziten, Schuldenständen, Zinsniveau und die Inflationsraten trugen die deutsche Handschrift. Der Europäische Stabilitätspakt geht auf Initiative Deutschlands zurück. Das Statut der Europäischen Zentralbank (EZB) ist noch strenger als das frühere Statut der

Bundesbank. Der Sitz der EZB in Frankfurt ist mehr als ein Symbol.

Für Deutschlands Wirtschaft ist die Gemeinschaftswährung von erheblicher Bedeutung, denn sie weist eine Exportquote von gut 40 % aus. Mithin hängen Wohlstand und soziale Sicherheit in starkem Maße vom Außenhandel ab. Rund 50 % der deutschen Exporte fließen in die Euro-Zone, über 60 % der Exporte entfallen auf die gesamte EU. Dabei sind die nicht der Euro-Zone angehörenden EU-Mitglieder über den sogenannten Wechselkursmechanismus II an den Euro gekoppelt. Die bayerische Landwirtschaft würde bei einer Aufwertung von 20 % etwa 750 Mio € Einkommensverluste erleiden. Die bayerische Exportwirtschaft hätte eine Einbuße von 20-30 Mrd. € zu verzeichnen. Die Wachstumsverluste in Deutschland werden auf ca. 3 % geschätzt.

#### Die Euro-Zwischenbilanz

Die Zwischenbilanz des Euro nach zehn Jahren fiel überaus positiv aus. Die Inflationsrate lag deutlich unter 2 %, womit der Euro bislang stabiler als die D-Mark war. Seit Einführung des Euro bewegen sich die Zinsen in der Euro-Zone auf einem historisch niedrigen Niveau, zuletzt auch infolge der globalen Finanzkrise. Der Außenwert des Euro durchlief zunächst eine zweijährige Schwächephase. In den Jahren nach Ausbruch der Finanzkrise und auch der Staatsschuldenkrise lag der Außenwert des Euro gegenüber dem US-Dollar stets über seinem Anfangskurs von 1,18. Augenblicklich liegt er über der Grenze von 1,40 und damit umgerechnet nicht weit weg vom Allzeithoch der D-Mark gegenüber dem US-Dollar. In nur wenigen Jahren hat sich die EZB einen hervorragenden Ruf erworben. Neben dem Dol-

**Die Beitrittskriterien sowie die Stabilitätsphilosophie der europäischen Währungsunion hat DEUTSCHLAND maßgeblich mitbestimmt.**

#### Der Euro hat sich bisher bewährt, die **AUFWEICHUNG** der Stabilitätskriterien, v. a. durch Deutschland und Frankreich, führten jedoch zu der aktuellen Staatsschuldenkrise.

lar ist der Euro heute mit einem Anteil von etwa 27 % die zweitwichtigste globale Reservewährung.

Durchwachsen fällt die Zwischenbilanz in der Haushaltskonsolidierung aus, die nach dem Vertrag von Maastricht immer noch in nationaler Verantwortung bleibt. Die Nationalstaaten sind weiterhin verantwortlich für ihre Haushaltspolitik. Ihre Souveränität in der Steuer- und Ausgabenpolitik ist unumschränkt, mit der Ausnahme, dass die Defizite den Vorgaben des Stabilitätspakts genügen müssen. War der zusammengesetzte Haushalt aller Euro-Mitglieder noch um die Jahrtausendwende ausgeglichen, änderte sich dies in den Folgejahren rapide. Als Defizitsünder taten sich insbesondere Deutschland und Frankreich hervor, auf deren Initiative der Stabilitätspakt dann aufgeweicht wurde. Dies war offenbar für die kleineren Euro-Mitglieder am Rande der Euro-Zone ein willkommenes Signal, um zu einer expansiven Schuldenpolitik zurückzukehren. Hier liegt eine der wichtigsten Ursachen für die aktuelle Staatsschuldenkrise.

#### Herausforderungen

##### Die Staatsschuldenkrise

Die Staatsschuldenkrise hat zwei Ursachen, zum einen die Lockerung des Stabilitätspakts, zum anderen die kreditfinanzierten Maßnahmen der Staaten zunächst zur Unterstützung ihrer von der globalen Finanzkrise betroffenen Bankensektoren und anschließend zur

Überwindung der Rezession. Im Sonderfall Griechenland haben die Euro-Mitglieder mit Unterstützung der Gemeinschaft und des IWF ein bilaterales Kredithilfeprogramm auf den Weg gebracht. Nach den jüngsten Beschlüssen des Rates wird dieses Programm bei gleichzeitiger Verschärfung der Konsolidierungsaufgaben für Griechenland ausgeweitet. Nachdem im Sommer 2010 neuerliche Spannungen auftraten mit der Gefahr eines erneuten Flächenbrandes im Finanzsektor, wurde der Euro-Rettungsschirm (EFSF) aufgelegt. Gedeckt durch Garantien der Euro-Mitglieder stellt der Krisenfonds bedrohten Ländern, bisher Portugal und Irland, Kredite zu tragfähigen Konditionen zur Verfügung, wenn diesen Krisenstaaten der Zugang zu den Kreditmärkten versperrt bleibt.

Nachdem sich abzeichnete, dass eine kurzfristige Stabilisierung der Krisenstaaten nicht möglich ist, wurde eine Einigung über ein Gesamtpaket zur Stabilisierung der Euro-Zone vereinbart, das mehrere Elemente umfasst, nämlich eine Verschärfung des Stabilitätspakts, eine frühzeitige Überwachung der Haushaltspolitik, eine Überwachung der makro-ökonomischen Entwicklung, eine bessere Abstimmung der Wirtschaftspolitik, jedoch mit ausdrücklichem Verzicht auf eine europäische Wirtschaftsregierung, mit dem Ziel einer Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sowie ein dauerhafter Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM) als Fortentwicklung des bisherigen Rettungsschirms, was in etwa auf die Errichtung eines Europäischen Währungsfonds hinausläuft.

Die CSU trägt die bisherigen Maßnahmen zur Bewältigung der Schuldenkrise und zur Stabilisierung der Euro-Zone mit, um eine Ansteckung weiterer

**Die wachsende Zahl von Krisenstaaten ERFORDERTE die Ausweitung der Stabilisierungsmaßnahmen sowie die Einrichtung eines dauerhaften Rettungsschirmes.**

Mitglieder der Euro-Zone und einen neuerlichen Flächenbrand auf den Finanzmärkten zu verhindern. Sie lehnt jedoch alle Schritte in Richtung eines Haftungsverbandes und einer Transfer-Union in Anlehnung an einen Finanzausgleich ebenso ab wie die Emission sogenannter Euro-Bonds.

### Euroskepsis

Nicht erst seit dem Ausbruch der Staatsschuldenkrise hat die Europabegeisterung in den meisten Staaten, vor allem in Deutschland, erheblich abgenommen und Diskussionen über den weiteren Weg der Integration ausgelöst.

Die CSU verstand sich seit ihrer Gründung als Partei mit europäischer Verantwortung. Sie war an allen grundlegenden Weichenstellungen der Integration maßgeblich beteiligt. Noch das letzte Grundsatzprogramm unter Strauß enthielt das Bekenntnis zu den Vereinigten Staaten von Europa. Spätestens nach Einführung der Gemeinschaftswährung erlahmte aber auch in der CSU die Begeisterung für Europa. Den seitherigen Kurs könnte man als „kritisch-konstruktiv“ bezeichnen. Den Weg im Gefolge von Maastricht hat die CSU stets mitgetragen, dabei jedoch Fehlentwicklungen kritisiert.

Die aktuellen Staatsschuldenkrisen

und die damit übernommenen Risiken und möglichen Belastungen für den Steuerzahler haben vermutlich die Euroskepsis nicht nur im Wählerspektrum der CSU verschärft. Allerdings blieben die Kritiker praktikable und erfolgversprechende Alternativen schuldig. Wer die Gemeinschaftswährung infrage stellt, verkennt die damit verbundenen Folgen. Infolge der hohen Exportabhängigkeit ist Deutschlands Industrie bis weit in den Mittelstand hinein auf kalkulierbare Wechselkurse angewiesen. Ein schrankenloser Binnenmarkt mit frei floatenden Wechselkursen ist nicht machbar. Frei flexible Wechselkurse würden zu einer massiven Aufwertung der D-Mark mit überaus hohen Export- und Arbeitsplatzverlusten führen. Eine Rückkehr zum früheren EWS empfiehlt sich ebenfalls nicht. Die damals mit Kursanpassungen verbundenen politischen Spannungen hatten zuletzt Ausmaße erreicht, die die Pfeiler der Union zu beschädigen drohten.

Die Europaskeptiker vergessen, welche grundlegenden Erfolge mit der europäischen Integration bis heute verbunden sind. Erstmals seit Jahrhunderten ist Kerneuropa eine Zone des Friedens. Die wirtschaftliche Integration hat in allen Mitgliedstaaten zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Steigerung des Wohlstands beigetragen. Eine positive Mehrwert-Bilanz der Integration lässt sich nicht bestreiten. ///



/// DR. THEO WAIGEL  
Bundesminister a. D., Anwalt

/// Gefahrenzone Europa

## DER EURO IN DER KRISE?

**GEORG FAHRENSCHON /// Der Euro und die weitere Entwicklung Europas sind entscheidend für unsere Zukunft und den Wohlstand in Deutschland und Bayern. Die momentane Krise ist eine Schuldenkrise einiger Mitgliedstaaten der Eurozone, aber keine Krise des Euro. Zur Bewältigung ist insbesondere die Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspakts erforderlich. Abzulehnen sind weitere Schritte in Richtung einer Transferunion.**

Vor dem Hintergrund der in den letzten zwei Jahren ganz Europa erschütternden Staatsschuldenkrise kommen immer mehr kritische Stimmen auf, die die Einführung des Euro als eine der größten Fehlentscheidungen der deutschen Politik in den letzten Jahrzehnten brandmarken. Die Kritiker weisen darauf hin, Deutschland hätte das „Erfolgsmodell D-Mark“ niemals aufgeben und sich dadurch in eine Abhängigkeit von anderen Staaten der Eurozone und von anderen europäischen Institutionen begeben dürfen. Dabei wird freilich verkannt, welche gravierenden Vorteile Deutschland und gerade auch Bayern aus der Einführung des Euro gezogen haben. Um dies besser zu verstehen, ist es von entscheidender Bedeutung, sich zunächst die Entstehungsgeschichte der Europäischen Einigung und des Euro noch einmal zu vergegenwärtigen.

### Geschichtlicher Hintergrund

Die Europäische Einigung ist ein in der europäischen Geschichte einmaliger

Vorgang. Nach den furchtbaren Geschehnissen in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts, als sich die europäischen Völker in zwei Weltkriegen bis aufs äußerste bekämpft haben und Millionen von europäischen Bürgern ihr Leben lassen mussten, ist es der Generation unserer Väter und Großväter nicht hoch genug anzurechnen, dass sie mit der Europäischen Integration ein Mittel gefunden haben, zu einer friedlichen und nutzbringenden Zusammenarbeit der europäischen Staaten zu gelangen. Die CSU hat die Europäische Einigung immer nach Kräften unterstützt und sich für die West-Integration und die feste Einbindung Deutschlands in das freie Europa stark gemacht. Darüber hinaus erkannten bereits die Gründer der EWG, dass Europa in wirtschaftlicher Hinsicht auf lange Sicht nur dann eine Chance hat, wenn die europäischen Staaten ihr Potenzial vereinigen und mit gemeinsamer Stimme auf dem Weltmarkt sprechen.

Mit der **AUFWEICHUNG** der strengen Stabilitätskriterien unter der Regierung Schröder zur Umgehung eines Defizitverfahrens wurde die Basis der aktuellen Schuldenkrise gelegt.

Die Einführung einer gemeinsamen Währung der europäischen Staaten war vor diesem Hintergrund der denknotwendig nächste Schritt, um den Handel zwischen den Mitgliedstaaten zu erleichtern und die Vorteile der Europäischen Wirtschafts-Gemeinschaft voll zur Geltung gelangen zu lassen. Allerdings war den damals führenden deutschen Politikern – Bundeskanzler Helmut Kohl und Finanzminister Theo Waigel – klar, dass es eine gemeinsame europäische Währung nur nach dem Vorbild der strikten Stabilitätspolitik der Deutschen Bundesbank geben kann. Dies war bereits zu Zeiten der D-Mark immer ein Grundpfeiler der Wirtschaftspolitik der CSU, die wesentlich zum deutschen Wirtschaftswunder in den 50er-Jahren beigetragen hat und somit ein maßgeblicher Faktor zur Schaffung des Wohlstands für alle in Deutschland war.

Daher hat die Bundesregierung, insbesondere Theo Waigel, entschieden und erfolgreich dafür gekämpft, die neue europäische Währung nicht nach dem Muster anderer Staaten, sondern nach dem Vorbild der D-Mark auszugestalten. Von zentraler Bedeutung war erstens die Vorgabe, dass die gemeinsame europäische Währung mindestens so stabil sein muss wie die D-Mark und zweitens die neue Europäische Zentral-

bank nach dem Vorbild der Deutschen Bundesbank unabhängig und allein der Stabilität verpflichtet sein muss. Bereits damals sah man die Gefahren, die von einer zu laxen und nicht allein der Stabilität verpflichteten Geldpolitik ausgehen und hat deshalb bewusst die genannten Stabilitätskriterien eingeführt.

Als Obergrenze bei der jährlichen Neuverschuldung hat man einen Wert in Höhe von 3,0 % vereinbart – von den Vätern der Währungsunion nicht etwa als ein anzustrebender Maßstab gedacht, sondern als absolute Höchstgrenze in schwierigeren Zeiten. Bewusst gewählt war auch die 60%-Grenze, da man davon ausging, dass höhere Schulden nicht dauerhaft tragbar seien. Es ist also keineswegs so, dass der Euro an einem sogenannten „Webfehler“ leidet, wie dies in der Verschuldungskrise von selbsternannten Fachleuten oft propagiert wird. Die CDU/CSU-geführte Bundesregierung in den 90er-Jahren hat vielmehr den Euro als tragfähige und zukunftsfähige Währung ausgestaltet.

Umso bemerkenswerter ist es, dass es ausgerechnet eine deutsche Bundesregierung unter Kanzler Schröder, Vizekanzler Fischer und Finanzminister Eichel war, die den Stabilitätspakt erheblich aufgeweicht hat. Um nicht zur Vermeidung eines Defizitverfahrens unpopuläre Sparmaßnahmen ergreifen zu müssen, hat Deutschland unter rot-grüner Ägide im Zusammenspiel mit Frankreich die Stabilitätskriterien erheblich gelockert. Dies stellt einen schwerwiegenden Fehler und historischen Dammbruch dar. Welcher Anreiz bestand jetzt noch für die anderen Mitgliedstaaten der EU, sich an die im Stabilitätspakt geregelten Vorgaben zu halten, wenn die zwei mächtigsten Staaten der Eurozone den Stabilitäts- und Wachstumspakt als



Der damalige Finanzminister Theo Waigel, oftmals auch als Namensgeber und Vater des Euro bezeichnet, stellt die neue europäische Gemeinschaftswährung vor.

Papiertiger desavouieren konnten, indem sie sich ohne Weiteres über die bis dahin gültigen Stabilitätskriterien hinwegsetzten? Die Auswüchse dieses negativen Vorbilds zeigen sich heute in der aktuellen Schuldenkrise.

### Momentane Lage – keine Krise des Euro

Festzuhalten bleibt aber, dass nicht der Euro in der Krise steckt, sondern die Staatsfinanzen einiger Mitgliedsländer. Weil Länder der Eurozone stark verschuldet sind, müssen sie für frisches Geld, das sie sich am Kapitalmarkt durch die Ausgabe von Staatsanleihen besorgen, immer höhere Zinslasten tragen. Unter diesen Bedingungen testen die Finanzmärkte, ob die Konstruktion des gemeinsamen Währungsraumes halten kann. Dies ist aber kein Grund, den Euro insgesamt in Frage zu stellen. Im Gegenteil ist festzustellen, dass sich die europäische Gemeinschaftswährung selbst als äußerst krisenfest erwiesen hat. Der Euro war und ist ein Garant für stabile Preise. Die jährliche Inflationsrate lag seit der Euro-Einführung 1999 im Euroraum durchschnittlich bei knapp 2 % und in Deutschland sogar bei nur 1,5 %. Die Deutsche Mark konnte während der 50 Jahre ihres Bestehens in keiner einzigen Zwölf-Jahres-Periode ein besseres Ergebnis erzielen.

**Der Euro hat sich gerade auch in der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise als GARANT erwiesen, nur die Staatsfinanzen einiger Mitgliedstaaten nicht.**

Überdies ist der Euro seit neun Jahren die Erfolgsgeschichte des zusammenwachsenden Europas. Als Exportnation hat gerade Deutschland ein großes Interesse, dass der europäische Binnenmarkt durch die gemeinsame Währung vor Verwerfungen durch Wechselkurschwankungen geschützt ist. Ohne Wechselkursrisiken sparen deutsche Unternehmen Jahr für Jahr einen Milliardenbetrag, den sie ansonsten für die erforderlichen Kurssicherungsgeschäfte ausgeben müssten. Ein starker und stabiler Euro liegt im ureigensten deutschen und bayerischen Interesse. Unser Wohlstand hängt maßgeblich vom Export und unserer Wettbewerbsfähigkeit ab. Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat errechnet, dass der gemeinsame Binnenmarkt in Deutschland rund 5,5 Millionen Arbeitsplätze sichert.

Schließlich war es auch der Euro, der Deutschland in einmaliger Weise durch die jüngste Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise gebracht hat. Ohne ihn hätte es eine deutliche Aufwertung unserer nationalen Währung gegeben, wie wir dies Mitte 2011 in der Schweiz gesehen haben. Die Eidgenossen ergreifen seither mit allen Anstrengungen Maßnahmen, um die daraus resultierenden negativen Effekte für ihre Exportwirtschaft abzuwenden. In der Folge wären deutsche Waren gerade in Europa immer weniger wettbewerbsfähig und es bestünde die Gefahr eines gravierenden Einbruchs deutscher Exporte, was wiederum verheerende Auswirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt hätte. Überdies wäre die D-Mark zum Spielball der internationalen Finanzmärkte geworden, da gerade Deutschland als stärkste europäische Volkswirtschaft verstärkt ins Visier von Finanzjongleuren aller Art geraten wäre.

### Leitplanken für den Weg aus der Krise

Die europäische Solidarität darf auch in der momentan schwierigen Lage nicht infrage gestellt werden. Allein aus historischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten ist Deutschland verpflichtet, sich seiner Verantwortung zu stellen und alles dafür zu tun, die europäische Einheit im Allgemeinen und den Euro im Besonderen zu bewahren. Das Projekt der europäischen Einheit ist von zentraler Bedeutung für unsere Zukunft, da sich nur so auf Dauer unser Wohlstand und unsere Wirtschaftskraft erhalten lassen.

Allerdings darf die europäische Solidarität nicht zu einer Einbahnstraße werden. Es ist daher zwingend notwendig, dass in Zukunft die Vorgaben von allen Mitgliedstaaten eingehalten werden und nicht wie in der Vergangenheit einige Staaten nur an ihren Vorteil denken und sich zu Lasten anderer hemmungslos aus den europäischen Fleischtöpfen bedienen. Aus meiner Sicht ist es daher von zentraler Bedeutung, dass die in letzter Zeit gerade von der CSU erarbeiteten, nachfolgenden Kernpunkte für ein zukünftiges Gelingen der Europäischen Integration eingehalten werden.

### Keine europäische Transferunion

Eine europäische Transferunion muss unbedingt vermieden werden. Eine nachhaltige Lösung der gegenwärtigen Schuldenkrise ist nur dann möglich, wenn jeder Mitgliedstaat für seine Schulden selbst haftet. Weitere Schritte in Richtung einer Haftungs- und Transferunion wie z. B. die Einführung von Eurobonds müssen vermieden werden. Kollektive EU-Anleihen setzen vollkommen falsche Anreize für die überschul-

### JEDES MITGLIED der Europäischen Gemeinschaft steht mit der Einhaltung einer soliden Finanz- und Haushaltspolitik gegenüber den anderen in der Verantwortung.

deten EU-Mitgliedstaaten. Es besteht dann keine Notwendigkeit mehr, auf eigene Haushaltsdisziplin zu achten, da über den Weg der Eurobonds der Weg zu relativ billigem Geld jederzeit offen steht. Belohnt werden dann Länder mit unsolider Finanzpolitik, während Ländern wie Deutschland mit einer soliden Finanz- und Haushaltspolitik die Lasten aus Fehlern anderer Eurostaaten aufgebürdet werden. Eurobonds sind daher in hohem Maße ungerecht, weil sie gerade unser Land über jedes vertretbare Maß hinaus belasten würden.

Es muss vielmehr eine Möglichkeit geschaffen werden, hoch verschuldete Staaten auf andere Weise zu disziplinieren und zu einer annehmbaren Finanzpolitik zu erziehen. Daher dürfen Hilfskredite nur dann gewährt werden, wenn sichergestellt ist, dass die Empfängerländer als Ausgleich ausreichende Konsolidierungsmaßnahmen ergreifen. In diesem Zusammenhang darf auch ein geordnetes Umschuldungsverfahren für überschuldete Mitgliedstaaten kein Tabu bleiben. Wenn ein Eurostaat seine Schulden trotz der gewährten Hilfen in absehbarer Zeit nicht bedienen kann, muss die Möglichkeit einer geordneten Umschuldung bestehen. Dies stellt vielfach die einzige Lösungsmöglichkeit dar, um die ins Ungleichgewicht geratenen Staatsfinanzen wieder zu bereinigen. Hier ist es von entscheidender Bedeutung, Rechtsklarheit über die dann eintretenden Folgen zu schaffen. Die Märkte geraten nicht durch die Möglichkeit von Insolvenzen in Unruhe, da

**Die Souveränität der Mitglieder und die demokratische Legitimation der HILFSMAßNAHMEN müssen gewährleistet bleiben.**

dieses Risiko zu großen Teilen bereits in den Anleihekursen berücksichtigt ist, sondern durch die nicht absehbaren Auswirkungen einer unkontrollierten Staatsinsolvenz.

Werden die zugesagten Abhilfemaßnahmen von den Krisenländern nicht durchgeführt, so muss es im Extremfall möglich sein, dass der betreffende Staat die Eurozone unter Auf-

rechterhaltung seiner Mitgliedschaft in der Europäischen Union wieder verlassen kann. Nur durch diese Maßnahme als ultima Ratio lässt sich die dauerhafte Stabilität der Eurozone sicherstellen. Sanktionsmöglichkeiten dürfen nicht weiterhin ein stumpfes Schwert bleiben.

**Verstärkter Einbezug und Einflussnahme der Mitgliedstaaten**

Es ist überaus wichtig, dass in Zukunft die Bürger unseres Landes bei den Entscheidungsprozessen „mitgenommen“ werden. Der vielfach verbreitete Eindruck, die EU entscheide was und wie sie wolle, ohne dass den Mitgliedstaaten eine Einflussmöglichkeit darauf verbleibe, ist fatal. Hierdurch verstärkt sich der gefährliche EU-Skeptizismus, der in der momentanen Lage das Poten-

zial hat, das Projekt der europäischen Einigung als Solches zu gefährden. Es ist daher von äußerster Wichtigkeit, dass vielfach wahrgenommene Defizite der EU abzubauen und dem Steuerzahler zu vermitteln, dass seine Interessen von der Politik tatsächlich wahrgenommen werden. In diesem Zusammenhang ist auch eine Beteiligung privater Gläubiger an den Rettungsmaßnahmen unabdingbar. Es ist den Bürgern nicht länger vermittelbar, dass die verschuldeten Staaten durch staatliche Gelder gerettet werden, während Banken und sonstige Privatgläubiger „fein raus“ und ihrerseits zu keinem Beitrag verpflichtet sind.

Weiterhin muss eine demokratische Legitimation für alle Hilfsmaßnahmen gewahrt und somit gewährleistet werden, dass nicht weitere Kompetenzen den nationalen Parlamenten entzogen werden. Dies erfordern auch die bindenden Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. Im Lissabon-Urteil und daran anknüpfend auch in der Entscheidung vom 7. September 2011 über die Verfassungsmäßigkeit der Hilfsmaßnahmen für Griechenland und des EFSF-Rettungsschirms hat das höchste deutsche Gericht entschieden, dass eine Beteiligung des Bundestages bei grundlegenden haushaltspolitischen Entscheidungen verfassungsrechtlich zwingend erforderlich ist.<sup>1</sup> Der Bundestag darf hiernach seine Budgetverantwortung nicht durch unbestimmte haushaltspolitische Ermächtigungen auf andere Akteure übertragen. Insbe-

sondere darf er sich nicht irgendwie gearteten finanzwirksamen Mechanismen ausliefern, die zu unüberschaubaren haushaltsbedeutsamen Belastungen führen können oder auf eine Haftungsübernahme für Willensentscheidungen anderer Staaten hinauslaufen, ohne dass eine vorherige konstitutive Zustimmung vorliegt. Der Haushaltsgesetzgeber muss seine Entscheidungen über Einnahmen und Ausgaben frei von Fremdbestimmung seitens der Organe und anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union treffen können. Diese eindeutigen und sehr begrüßenswerten Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts lassen in der Umsetzung nur den Schluss zu, dass alle Hilfsmaßnahmen der demokratischen Legitimation durch die nationalen Parlamente, den Bundestag und den Bundesrat, bedürfen. Meines Erachtens ist auch die Beteiligung des Bundesrates zumindest durch eine rechtzeitige Unterrichtung über die geplanten Hilfsmaßnahmen durch die Bundesregierung zwingend geboten, da derartige Hilfsmaßnahmen auch für die Bundesländer nicht unwesentliche Auswirkungen haben können.

Weiterhin muss gewährleistet sein, dass auch auf europäischer Ebene eine den zuvor genannten Kriterien entsprechende Einflussmöglichkeit für die Bundesrepublik Deutschland verbleibt. Strikt abzulehnen sind daher Gedanken und Planspiele, die die Einführung von Mehrheitsentscheidungen in den Gremien der schon bestehenden und geplanten Rettungsschirme vorsehen. Eine ausreichende Einflussnahme bleibt nur dann gewahrt, wenn alle wesentlichen Entscheidungen über Hilfsmaßnahmen einstimmig getroffen werden müssen.

**Zur Sicherung solider Staatshaushalte müssen die STABILITÄTS- UND WACHSTUMSREGELN wieder streng eingehalten werden.**

Die weitere Zuspitzung der Lage in Griechenland erforderte erneut einen Krisengipfel in Brüssel am 26.10.2011, an dem auch Christine Lagarde, die neue Chefin des Internationalen Währungsfonds, teilnahm.



### Förderung der Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes

Um in Zukunft weiteren Fehlentwicklungen in den Mitgliedstaaten der Eurozone schneller und effektiver entgegenwirken zu können, ist es dringend erforderlich, die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes wieder zu stärken.

Ein wichtiger Schritt hierzu sind die bessere Anpassung und Abstimmung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik der einzelnen Mitgliedstaaten aufeinander, da sich auf diesem Weg drohende Fehlentwicklungen früher erkennen und bereits im Ansatz beheben lassen. Die Einführung des so genannten „Europäischen Semesters“ ist hier sicherlich ein erster Schritt in die richtige Richtung. In dieser Hinsicht ist die Festschreibung einer harten Schuldenbremse in der gesamten Eurozone zu fordern, da die letzte Finanzkrise mehr als deutlich gezeigt hat, dass sich die Anforderungen einer derartigen Schieflage nur durch ausgeglichene Haushalte und deutlichen Schuldenabbau lösen lassen. Solide Staatshaushalte sind für die weitere Zukunft des Euro fundamental. Überdies muss das Defizitverfahren dringend überarbeitet werden, da eine schnellere und vor allem automatische Sanktionierung der Verfehlungen dringend vonnöten ist. Das beschriebene, warnende und abschreckende Beispiel der Regierung Schröder darf sich nicht wiederholen. Ziel muss es vielmehr sein, das Defizitverfahren zu entpolitisieren und somit der Verfahrenshoheit der einzelnen Mitgliedstaaten zu entziehen. Nur so kann eine strikte Einhaltung des Stabilitätspaktes wirksam gefördert werden. Ansonsten steht den Mitgliedstaaten immer noch die Hintertür der politischen Einflussnahme und somit der möglichen Abwendung eigentlich gerechtfertigter Sanktionen offen.

### Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank

Entscheidend ist die Wahrung der Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank. Vorbild hierfür muss die jahrzehntelang geübte Geldpolitik der Deutschen Bundesbank sein. Das Beispiel der D-Mark hat eindrucksvoll bewiesen, dass nur auf diesem Weg dauerhaft die Stabilität einer Währung wirklich gesichert werden kann.

### Abbau der Einflussnahme anglo-amerikanischer Rating-Agenturen

Als Lehre aus der Staatsschuldenkrise in der Eurozone müssen wir auch versuchen, künftig den Einfluss der anglo-amerikanischen Rating-Agenturen zurückzudrängen, deren Entscheidungen zunehmend auf die Finanzmärkte durchschlagen. Gerade in den vergangenen zwei Jahren hat sich der Eindruck verstärkt, dass alle Rettungsmaßnahmen der Staaten der Eurozone sofort durch entsprechende Abwertungsentscheidungen der Rating-Agenturen konterkariert werden. Derzeit beherrschen drei große Agenturen, die ihren Sitz allesamt in den Vereinigten Staaten von Amerika haben, den Markt. Ohne Verständnis für die Besonderheiten des europäischen Finanzmarktes sind diese Agenturen mit ihren Bewertungen zuletzt immer wieder zur Unzeit als „Unruhestifter“ hervorgetreten. Es wäre wünschenswert, dass sich der oligopolistische Markt auf dem Rating-Sektor in Zukunft hin zu mehr Vielfalt entwickelt. Dazu könnte maßgeblich die Gründung

**Gegen die kontraproduktive Einflussnahme der anglo-amerikanischen Rating-Agenturen braucht es eine EUROPÄISCHE INSTITUTION.**

einer europäischen Rating-Agentur beitragen.

### Keine weitere Zentralisierung auf EU-Ebene

Kein Weg kann eine weitere Zentralisierung auf EU-Ebene sein, wie dies momentan von namhaften Stimmen gefordert wird. Die zur Diskussion gestellten Pläne wie die Einführung einer europäischen Finanzregierung, die Schaffung einer europäischen Fiskalunion oder im Extremfall gar die Gründung der Vereinigten Staaten von Europa können keine wirksame Lösung der momentanen Schuldenkrise sein. Zunächst einmal können derartige Schritte nicht gegen den Willen der Bevölkerung durchgedrückt werden, der in der momentanen Lage mit diesen Vorschlägen nicht konform geht. Die Menschen sind der Europäischen Einigung im Grundsatz wohlgesonnen, allerdings sind sie nicht mehr bereit, bestehende Missstände wie etwa Defizite in der demokratischen Legitimation der Europäischen Union klaglos hinzunehmen. Auch das Bundesverfassungsgericht hat im Lissabon-Urteil eindeutig festgestellt, dass das Grundgesetz in seiner momentanen Fassung die Übertragung von Kernkompetenzen der deutschen Gesetzgebungsorgane auf die Europäische Union untersagt und damit die Schaffung eines europäischen Bundesstaates unmöglich ist. Nur im Wege einer Volksabstimmung könnte ein derartiger Schritt durchgeführt werden, der jedoch in der momentanen Lage und angesichts von Akzeptanzproblemen seitens der Bevölkerung zumindest mittelfristig nicht erfolversprechend erscheint.

Überdies ist festzuhalten, dass auch der praktische Nutzen einer immer weitergehenden Zentralisierung mehr als fraglich ist. Auch hier zeigt die Geschichte ein-

**Eine weitere EU-WEITE ZENTRALISIERUNG v. a. auf dem finanziellen Sektor ist derzeit unerwünscht und nicht verfassungskonform.**

drucksvoll, dass mit der Schaffung immer größerer Einheiten nichts gewonnen ist, da die Akzeptanz und die Identifizierung der Bevölkerung mit derartigen Gebilden stark abnimmt. Die Schuldenkrise ist auch nicht wegen des Fehlens entsprechender europäischer Regeln entstanden, sondern wegen der Nichteinhaltung der vorhandenen Vorgaben. Es geht also vielmehr darum, durch schärfere und effektivere Sanktionen die einzelnen Mitgliedstaaten dazu anzuhalten, sich endlich an die Vorgaben zu halten. Dies lässt sich wie bereits ausgeführt aber auf genauso effektivem Wege durch die Stärkung der Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes erreichen. Die Schaffung weiterer europäischer Institutionen ist hierzu nicht erforderlich und somit nach dem in Art 5 EUV festgeschriebenen Subsidiaritätsprinzip auch rechtlich gar nicht zulässig. ///



/// **GEORG FAHRENSCHON, MDL**  
Bayerischer Staatsminister der Finanzen  
a. D., München.

**Anmerkung**  
<sup>1</sup> Urteil des BVerfG vom 7. September 2011: 2 BvR 987/10, 2 BvR 1485/10, 2 BvR 1099/10.

/// Eurokrise

## MEHR MUT ZUR WEITERENTWICKLUNG\*

**THEODOR WEIMER /// Der Euro ist in seiner bisher schwersten Krise. Rächen sich jetzt die Geburtsfehler oder geht die noch junge gemeinsame Währung Europas gestärkt aus den Turbulenzen hervor? Klar ist: Die Staatsschuldenkrise in vielen Teilen Europas macht einschneidende Richtungsentscheidungen notwendig und wird die Rahmenbedingungen für die gemeinsame Währung deutlich verändern.**

### Einleitung

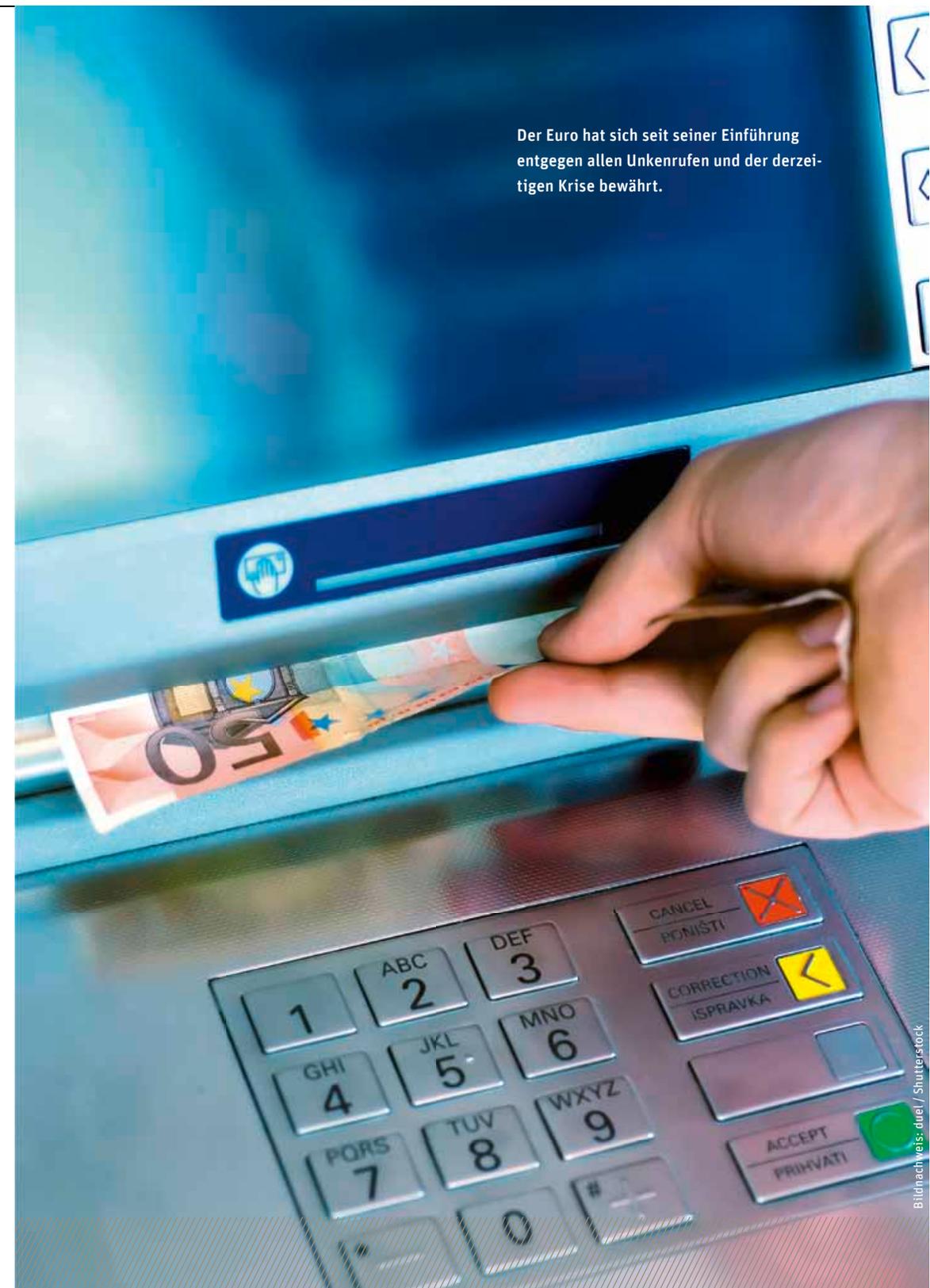
Der Euro befindet sich in schwerem Fahrwasser. Was mit dem Kollaps des Staatshaushalts in Griechenland begann, hat sich zu einem Flächenbrand ausgeweitet. Und die europäische Politik kommt mit dem Löschen kaum nach. Mittlerweile brennen die Schuldentürme in der sogenannten europäischen Peripherie. Neben Griechenland haben sich auch Portugal und Irland unter den Rettungsschirm geflüchtet, den EWU und IWF aufgespannt haben. Spanien und Italien kämpfen um ihre Kreditwürdigkeit. Und selbst Frankreich kann nicht darauf vertrauen, jederzeit vor einer entsprechenden Spekulationswelle gefeit zu sein.

Dabei hat sich der Euro seit seiner Einführung ordentlich geschlagen und die in ihn gesetzten Erwartungen erfüllt. Der Binnenwert der Gemeinschaftswährung ist bis heute ausgesprochen stabil. Eine durchschnittliche jährliche Inflationsrate von rund 2 % in den

12 Jahren seit der Einführung der EWU ist eine beachtliche Leistung. Keine der großen Zentralbanken im heutigen Euroraum hat in der Vor-Euro-Zeit ein besseres Ergebnis erzielt. Auch im Außenverhältnis war und ist der Euro – gerade auch gegenüber dem US-Dollar – durchaus eine starke Währung. Und es ist besonders die große Exportnation Deutschland, die vom Euro profitiert. Deshalb sollten wir auch aufhören, vor dem Euro Angst zu haben oder an einer erfolgreichen ökonomischen Zukunft mit dem Euro zu zweifeln. Denn „zu Tode gefürchtet ist auch gestorben“. Wir sollten uns vielmehr darauf konzentrieren, einen realistischen Blick auf die Problemlage zu werfen und die Situation nutzen, um unsere gemeinsame Währung zu härten.

Von Max Frisch stammt die Erkenntnis: „Eine Krise ist ein produktiver Zustand. Man muss ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen“. Dies gilt auch in Bezug auf den Euro.

Der Euro hat sich seit seiner Einführung entgegen allen Unkenrufen und der derzeitigen Krise bewährt.



Eine Krise verdeutlicht die Problemlage und beschleunigt das Finden von Lösungen. Eine Katastrophe dagegen lähmt. Ja, Europa ist durch die Krise unter Druck geraten. Dies ist aber keine Katastrophe, wenn es gelingt, diese „Druckenergie“ jetzt zu nutzen, um die richtigen Weichenstellungen vorzunehmen und die Wirtschafts- und Währungsunion weiterzuentwickeln.

### **Erste These: Der Euro ist der Reflex, nicht das Problem**

Um der Problemlösung näher zu kommen, ist es notwendig, sauber zwischen Ursache und Wirkung zu unterscheiden. Der Euro ist nicht das Problem. Zum Problem wurde vielmehr, dass wir bei der Euroeinführung den ungünstigeren von zwei Wegen gewählt haben. Besser wäre es gewesen, die gemeinsame Währung als Schlussstein einer gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzpolitik einzuführen. Die europäische Politik hat dagegen den Euro auch als politisches Instrument gesehen. Der Euro sollte nicht nur praktische Funktionen erfüllen, er sollte gleichzeitig Triebfeder für die weitere Integration Europas sein. Er sollte Unterschiede in Europa ebnen, die zuvor politisch hätten angegangen werden müssen. Das Ergebnis war eine politisch überfrachtete Währung. Und die Aufnahme von Mitgliedern in

diese Währung wurde folgerichtig nicht nur nach wirtschaftlichen, sondern auch nach politischen Kriterien entschieden.

Entsprechend wurden dem Euro zudem zu wenige Koordinationsmechanismen für den gemeinsamen Wirtschaftsraum an die Seite gestellt. Man wählte also die deutlich schwierigere Reihenfolge und „vergaß“ dann auch noch, die gemeinsame Wirtschaftspolitik wenigstens im Nachhinein im notwendigen Rahmen auszubauen.

Die kaum vorhandene Koordination der Wirtschaftspolitik traf zusammen mit einer eher lockeren Interpretation des Stabilitäts- und Wachstumspaktes durch viele Euro-Staaten – auch durch Frankreich und Deutschland. Da auch keine wirksamen Sanktionen bei der Nichteinhaltung der Maastricht-Kriterien griffen, konnten sich die strukturellen Probleme in einigen Staaten entwickeln, die heute das Grunddilemma der EWU darstellen. In den heutigen Problemstaaten sind eklatante Lücken zwischen öffentlichen Einnahmen und Ausgaben festzustellen, die ohne tiefgreifende Reformen nicht geschlossen werden können. Das Leistungsbilanzdefizit ist in diesen Staaten entsprechend besorgniserregend.

Diese Ungleichgewichte existieren aus unterschiedlichen Gründen. Größtenteils wurde schlicht zu viel und zu sorglos auf Schuldenbasis konsumiert. So haben die Peripherieländer die sinkenden Finanzierungskosten, in deren Genuss sie durch die Einführung der Gemeinschaftswährung gekommen sind, nicht für die Sanierung der Staatsfinanzen oder für Investitionen in öffentliche Infrastruktur genutzt. Stattdessen wurde zusätzlicher Konsum des Staates finanziert. In allen heutigen Pro-

### **Die mangelnde Koordination der Wirtschaftspolitik sowie die Aufweitung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes bereiteten den BODEN der derzeitigen Krise.**

blemländern sind zwischen 2000 und 2008 die Staatsausgaben – bezogen auf das BIP – sehr kräftig gestiegen, während sie in Deutschland zurückgingen.

Das überdurchschnittlich hohe Wirtschaftswachstum, das viele der europäischen Peripheriestaaten in den ein- und einhalb Jahrzehnten vor der Krise verzeichneten, wurde zudem zu einem guten Teil mit deutschen Ersparnissen finanziert. Nach Berechnungen des Ifo-Instituts lag die deutsche Nettoersparnis zwischen 1992 und 2010 bei rund 1.600 Mrd. Euro. Aber nur ein Drittel davon wurde in Deutschland investiert, rund zwei Drittel der deutschen Ersparnisse sind über Kapitalexporte ins Ausland geflossen – gerade auch in die heutigen europäischen Problemstaaten.

Einige Staaten haben also deutlich über ihre Verhältnisse gelebt. Da gleichzeitig auch noch Lohnsteigerungen jenseits des Produktivitätszuwachses zu verzeichnen waren, sind viele Staaten heute in der globalen Wirtschaft mit ihren zahlreichen neuen Herausforderungen kaum noch wettbewerbsfähig. Hinzu kam die Finanz- und Wirtschaftskrise, die den öffentlichen Haushalten hohe Kosten für Bankenstützung und Konjunkturprogramme bei gleichzeitig einbrechenden Einnahmen bescherte.

Reine Sparprogramme der öffentlichen Haushalte – siehe die aktuelle Situation in Griechenland – können vor diesem Hintergrund nur ein Element der Krisenbewältigung sein. Da extreme Ausgabenkürzungen und Abgabenerhö-

hungen keinen Beitrag zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit leisten, können sie isoliert angewendet kein nachhaltig erfolgreicher Weg aus der Krise sein. Sie müssen um strukturelle Reformen in den Krisenländern und um institutionelle Reformen der EWU ergänzt werden.

All dies ist aber keine „Schuld“ des Euro. Der Euro reagiert vielmehr auf die Probleme, die in Teilen des gemeinsamen Währungsgebiets offensichtlich sind. Die Einführung des Euro war angesichts der zunehmenden globalen Vernetzung, der tendenziell sinkenden Bedeutung Europas im weltweiten Wettbewerb und der extrem großen Vorteile im innereuropäischen Handel richtig. An den skizzierten Rahmenbedingungen wird sich auch nichts ändern. Im Gegenteil: Die Entwicklung wird sich weiter beschleunigen. Ein Europa ohne gemeinsame Währung verlöre zwangsläufig an Einfluss bei der Gestaltung des globalen Wettbewerbs. Deshalb gehört dem Euro auch die Zukunft. Europa – und an erster Stelle Deutschland mit seiner einerseits teilweise überbordenden DM-Nostalgie und seinen andererseits überproportional großen Vorteilen aus der Gemeinschaftswährung – muss den Mut haben, den Euro weiterzuentwickeln.

### **Der Euro bildet die Probleme im gemeinsamen Währungsgebiet ab, ist aber selbst NICHT das Problem.**

Vor diesem Hintergrund sind in den vergangenen zwei Jahren, von der Politik, aber auch von der Finanzwirtschaft und der Wirtschaftselite, Fehler gemacht worden. Es wurde zu viel über

**Die AUFNAHME von Nationalstaaten in das Euro-System wurde nicht nur nach wirtschaftlichen Kriterien entschieden, sondern auch nach politischen.**



die Währung gesprochen, aber auf konkretes, schnelles und wirkungsvolles Handeln zur langfristigen Stabilisierung des Euro verzichtet. Es wurde zu spät damit begonnen, deutlich, klar und für die gesamte Gesellschaft nachvollziehbar die zugrunde liegenden Probleme zu benennen und auf sie zu reagieren.

Insgesamt wurde die Situation damit „gefühl“ stärker zugespitzt als es nötig gewesen wäre. Statt das Problem zu fokussieren und seine Lösung schnell anzugehen, wurde es immer mehr zerredet und bekam damit eine immer stärkere Krisencharakteristik. Denn jede gescheiterte oder nur vorübergehend wirksame (Pseudo-)Lösung verstärkte das Gefühl, der Krise nicht Herr werden zu

können. Die Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft – gerade auch bei den Banken – tragen so eine Mitschuld daran, dass in Europa aus der Staatsschuldenkrise einiger weniger Mitgliedsländer der Währungsunion eine Eurokrise geworden ist. Nicht verdrängen dürfen wir allerdings den Kern der Schuldenkrise, nämlich die solvenzbedrohende öffentliche Überschuldung von Nationalstaaten.

**Zweite These: Die europäische Politik ist auf dem richtigen Weg, kommt aber nicht „vor die Märkte“**

Im Sommer 2011, konkret auf dem Europäischen Gipfel am 21. Juli in Brüssel, hat die europäische Politik eine Umkehr

Auf dem Europäischen Gipfel vom 21.7.2011 in Brüssel, an dem neben EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy (M.) und EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso (r.) auch der griechische Ministerpräsident Giorgos Papandreou (l.) teilnahm, wurden konkrete Maßnahmen zur Rettung Griechenlands beschlossen.



**Europa ist auf dem WEG zu nachhaltigen, stabilen Strukturen der Währungsunion, jedoch noch mit Hürden.**

ihres bisherigen Verhaltens eingeleitet. Die Probleme wurden offensiv angegangen. Man hat versucht, nicht immer nur den Marktentwicklungen hinterherzulaufen, sondern Entscheidungen zu treffen, die langfristig in die richtige Richtung weisen und nachhaltig stabile, oder zumindest stabilere Strukturen für die Europäische Währungsunion schaffen. Das waren die zwei wesentlichsten Schritte dabei:

Griechenland wird langfristig in einen Schutzraum genommen. Das Land ist de facto für mindestens zehn Jahre nicht mehr vom Kapitalmarkt abhängig. Die Refinanzierung des Landes wird durch die politischen Instanzen Europas gesteuert. Gleichzeitig bleibt Griechenland in der EWU und ist somit ein Symbol für die Entschlossenheit Europas, das gemeinsame Währungsgebiet in Gänze zu verteidigen. Letztlich wurde die Zahlungsunfähigkeit Griechenlands mehr oder weniger offiziell festgestellt und ein Rahmen geschaffen, der es Griechenland ermöglicht, seine finanziellen Verpflichtungen bedienen zu können. Gleichzeitig wurde ein „Marshall-Plan“ initiiert, der zur wirtschaftlichen Gesundung beitragen soll. Insbesondere die Feststellung der Zahlungsunfähigkeit war ein nicht zu unterschätzender wichtiger Schritt: Einerseits war er für die politische Ehrlichkeit absolut not-

wendig, andererseits muss sich Europa nicht den Vorwurf gefallen lassen, eine Art Insolvenzverschleppung betrieben zu haben. Darauf wäre eine weitere Kreditierung Griechenlands ohne Bezug zur Zahlungsunfähigkeit letztlich hinausgelaufen.

Die Europäische Zentralbank wird – zumindest in Perspektive – aus sehr gefährlichem Fahrwasser geführt, in dem sie sich derzeit befindet. Sie steht in Gefahr, ihren Ruf ernsthaft zu gefährden und ihrer originären Aufgabe, nämlich der Sicherung der Geldwertstabilität, nicht mehr überzeugend nachkommen zu können. Der Ankauf von Anleihen aus EWU-Problemstaaten und die Akzeptanz von Anleihen mit zweifelhafter Bonität als Sicherheit sind mit dieser Aufgabe dauerhaft schlicht nicht vereinbar. Hier sind nun Strukturen deutlich skizziert, die dieses Dilemma auflösen und einen Geburtsfehler des Euro zumindest teilweise heilen. Die European Financial Stability Facility (EFSF) wird so ausgestattet, dass sie Anleihen am Sekundärmarkt kaufen darf. Zudem kann sie über Kreditfazilitäten an Staaten, aber auch an Banken bereits dann eingreifen, wenn eine Krise droht, aber noch nicht virulent geworden ist. Dies ist ein großer Fortschritt.

Es ist unerlässlich, die EZB nach der Phase, in der sie als „Trouble-Shooter“ für die europäische Politik unterwegs war und fehlende politische Strukturen ersetzen musste, wieder so unabhängig arbeiten zu lassen, wie es vor der Krise der Fall war. Ohne diese Unabhängigkeit kann die EZB ihre Aufgabe nicht erfüllen und nicht mit aller Kraft für die Stabilität der europäischen Währung sorgen.

Die europäische Politik hat mit den Gipfel-Beschlüssen vom 21. Juli 2011

**Die europäische Führung hat erkannt, dass es zur Krisenbewältigung grundlegend struktureller Veränderungen bedarf und DEUTSCHLAND kommt hier eine führende Rolle zu.**

aufgehört, auf der Stelle zu treten und nur zu reagieren. Sie ist jetzt beim „schnellen Gehen“ angekommen und hat angefangen, Strukturen zu verändern – mehr allerdings auch noch nicht. Die Märkte quittieren mangelnde politische Führung und auch mangelndes Vertrauen in Regierungen nach wie vor mit hoher Verunsicherung. Dies äußert sich dann unter anderem in stark steigenden Risikoprämien für Staaten und deren Banken am Markt für Kreditausfallversicherungen (CDS) und einem Investorenstreik bei der Begebung neuer Anleihen. Jetzt besteht aber die Möglichkeit, anders als in den zurückliegenden Monaten, die mit den Rettungspaketen erkaufte Zeit wirklich zu nutzen. Und mit dem EFSF wurde – zunächst als Provisorium – ein Nukleus geschaffen, der sich bis zu einer einheitlichen Fiskalpolitik weiterentwickeln könnte.

Die Beschlüsse haben die Märkte in der Folgezeit allerdings nicht im erhofften Maße beruhigt, die Nervosität bleibt hoch. Dies liegt in erster Linie daran, dass der Prozess der legitimierten Umsetzung der Beschlüsse, der derzeit stattfindet und bei Entstehen dieses Aufsatzes noch nicht abgeschlossen ist, ein durchaus schwieriger ist.

In Deutschland war die Billigung der bisherigen Griechenlandhilfe und des

Rettungsschirms durch das Bundesverfassungsgericht Anfang September ein erster Schritt. Das Urteil hat erfreulicherweise auch die Rechte des Bundestages bei solchen Rettungsmaßnahmen ausdrücklich gestärkt. Eine weitere wichtige Etappe war dann die Zustimmung des Deutschen Bundestages und des Bundesrates drei Wochen später. Aber der Prozess muss konsequent und zügig in allen Euroländern vollendet werden. Die Politik muss es schaffen, ihr Primat wieder herzustellen und „vor die Märkte zu kommen“. Und das bedeutet, jetzt das europäische Haus zu Ende zu bauen, den vielen Worten über eine notwendige stärkere politische Integration innerhalb der EU weitere Taten folgen zu lassen. Darüber hinaus sind energische weitere Schritte in die zuletzt eingeschlagene Richtung zu gehen. Dazu zählen eine weitere Verzahnung der nationalen Wirtschafts- und Finanzpolitiken, die Etablierung nationaler Schuldenbremsen und die Schaffung automatischer, wirkungsvoller Sanktionsmechanismen.

**Dritte These: Deutschland muss ein Stabilitätstreiber für den Euro sein**

Eine Währung ist kein statisches Produkt und sie darf es auch nicht sein. Währungen bilden letztlich den Zustand eines Währungsraums ab. Sie müssen Spielraum haben, um auf Veränderungen im Währungsraum reagieren zu können. In diesem Sinne muss eine Währung „atmen“ können, um ihre Aufgaben langfristig und flexibel erfüllen zu können. Und gerade der Euro mit seinem aus verschiedenen Volkswirtschaften zusammengesetzten Währungsraum braucht ein hohes Anpassungspotenzial. Die EWU ist sozusagen ein „lernendes System“. Wir müssen den

Mut haben, sie sich weiterentwickeln zu lassen. Und bei diesem Entwicklungsprozess hat Deutschland eine herausragende Aufgabe. Es muss die Entwicklung in die richtige Richtung lenken, für eine weitgehend an der deutschen Tradition angelegten Stabilitätskultur sorgen und gleichzeitig die Währung mit so flexiblen Strukturen ausstatten, dass auf die heterogenen Bedingungen im gesamten Währungsgebiet angemessen reagiert werden kann.

Grundsätzlich gilt es, eine Transferunion ohne vorherige Annäherung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Eurostaaten zu verhindern. Nicht nur in Deutschland haben wir damit keine guten Erfahrungen gemacht (Stichwort Länderfinanzausgleich). Auch in anderen europäischen Ländern sind die Ergebnisse bei entsprechenden Situationen ernüchternd: Norditalien transferiert seit Jahrzehnten erhebliche Beträge in den Mezzogiorno. Eine aufholende Entwicklung des italienischen Südens ist trotzdem nicht feststellbar. Im Gegenteil, der stetige Geldstrom hat die Verhältnisse eher zementiert. Anreize zur Verbesserung der Situation im Süden selbst wurden durch die Geldzahlungen weitgehend verhindert. Ähnlich die Situation bei uns: Nur wenige Bundesländer haben es vom Empfänger zum Geberland geschafft. Bei den meisten ist die Alimentierung zu einer Gewohnheit geworden. Es wäre allerdings unehrlich zu behaupten, dass wir nicht schon heute in Europa Elemente einer Transferunion hätten. Denn natürlich werden bereits heute über den EU-Haushalt ganz erhebliche indirekte Transferzahlungen innerhalb der EU vorgenommen.

Deutschland wird bei seinen Bemühungen zur Stabilisierung des Euro und

vor allem bei den Debatten um die Übernahme der Kosten auch zukünftig immer wieder mit Hinweisen auf seine überproportionalen Vorteile aus dem Euro konfrontiert werden. Und diese Hinweise sind durchaus ernst zu nehmen. Zwar war der Euro im Außenwert, insbesondere gegenüber dem US-Dollar, durchaus stark, aber die D-Mark wäre sehr wahrscheinlich ceteris paribus noch deutlich stärker gewesen. Damit hätte Deutschland wohl kaum den absoluten Wert seiner Exporte in die Euro-Länder zwischen 1999 und 2010 von 230 Mrd. auf rund 400 Mrd. Euro fast verdoppelt können. Es wäre Deutschland viel eher so gegangen wie derzeit der Schweiz, deren Exportwirtschaft sehr unter dem starken Franken leidet. Nicht umsonst hat die Schweizer Notenbank jüngst eingegriffen und ein Wechselkursziel für den Franken gegenüber dem Euro gesetzt.

Deutschland profitiert davon, dass alle Anleger in deutsche Anleihen investieren wollen und diese seit Monaten als sicherster Hafen gelten. Deutsche Anleihen sind relativ zu den Anleihen anderer EWU-Länder immer billiger geworden, denn die Nachfrage nach spanischen, griechischen, irischen oder portugiesischen Anleihen ist stark gesunken, die Zinsen, die diese Länder zahlen müssen, rapide gestiegen. Daraus zieht der deutsche Staat ganz erhebliche finanzielle Vorteile. Noch nie konnte sich Deutschland so günstig verschulden wie in diesen Tagen. Renditen für zehnjährige Bundesanleihen deutlich unter 2 %

**Deutschland PROFITIERT wie kein anderes Land vom Euro, eine Stabilisierung der Währung ist ein elementares deutsches Interesse.**

sind eben auch eine Folge der Schuldenkrise. Grob gerechnet spart der Finanzminister bei dem derzeitigen Renditeniveau bis Ende 2015 kumuliert 60 Mrd. Euro im Vergleich zu einer Kreditaufnahme zum langfristigen Durchschnittszins.

Ohne die Krise wären die Leitzinsen in Deutschland mit Sicherheit höher als sie es jetzt sind, weil die EZB auch auf anhaltend schwache Konjunktur in den Problemländern reagieren muss. Dies ist ein zusätzlicher Konjunkturimpuls für Deutschland. Allerdings kann Europa sich derzeit auch keine höheren Zinsen leisten. Nur ein Beispiel: Italiens Verschuldung beträgt rund 1.800 Milliarden Euro. 1 % mehr Zinsen würden also für Italien höhere Kosten von 18 Mrd. jährlich bedeuten. Dabei zahlt Italien bereits heute 15 % seines Steueraufkommens für Zinsen (Deutschland 11 %).

#### Fazit

Die EWU und mit ihr der Euro sind in einer schwierigen Lage. Aber der Euro wird noch lange bestehen und die Visitenkarte der europäischen Wirtschaft bleiben.

Die instabile Situation, die wir derzeit haben, ist durch die Haushalts-schiefelage und die aufgelaufenen Schulden in einigen Mitgliedsstaaten der Währungsunion entstanden. Der Euro

**Deutschland steht in der VERANTWORTUNG, an der richtigen Weiterentwicklung Europas und des Euros maßgeblich und richtungsweisend mitzuwirken.**

an sich ist stabil und hat die in ihn gesetzten Erwartungen bisher grundsätzlich erfüllt. Das Ausgangsproblem – die Staatsverschuldung – muss von den Mitgliedstaaten gelöst werden. Hierzu müssen europäische Strukturen und Regelungen geschaffen werden, die die Staaten auf ihrem Konsolidierungskurs wirkungsvoll begleiten und einen politischen Rahmen schaffen, in dem sich der Euro weiterentwickeln kann. Diese Rahmenbedingungen, die Governance von Wirtschafts- und Finanzpolitik und die Sanktionsmechanismen, werden „atmen“ müssen. Eine gemeinsame Währung für unterschiedliche Volkswirtschaften braucht, mehr noch als nationale Währungen, Freiräume, um flexibel reagieren zu können.

Deutschland ist die größte Volkswirtschaft der Eurozone und der Hauptprofiteur der Gemeinschaftswährung. Es gehört zu den wenigen Ländern in Europa, die stark genug und zahlungsfähig sind, um solidarisch handeln zu können. Diese Solidarität wird von Deutschland eingefordert werden und wir werden ihr nachkommen (müssen), indem wir einen wesentlichen Teil der Rechnung übernehmen. Als Zahlender hat Deutschland aber auch das Recht und die Chance, die Regeln maßgeblich zu bestimmen, unter denen das Projekt Euro fortgesetzt wird. Deutschland ist gefordert, die Weiterentwicklung Europas voranzutreiben. Denn „mehr Europa“ ist letztlich der Weg, auf dem wir vorankommen werden. Deutschland muss dabei die Führung übernehmen. Dies ist auch die Erwartungshaltung unserer Partner. Unser Land trägt den Großteil der Verantwortung dafür, dass die Governance in Europa stimmt und die Weichen in die richtige Richtung gestellt werden. Deutschland sollte sich

vor dieser Verantwortung nicht drücken, sondern entschlossen agieren. Die Chancen sind gut, dass überzeugende deutsche Vorschläge zur Weiterentwicklung Europas auch jenseits der deutschen Grenzen auf offene Ohren stoßen. Denn eines muss auch klar sein: Einen Weg zurück in eine verklärte Zeit nationaler Währungen wird es ohne massive Wohlstandseinbußen nicht geben. Die Vergangenheit ist keine Option. Wir brauchen den Mut für konstruktive, zukunftsorientierte Veränderungen und keine falsche D-Mark-Nostalgie. ///



/// DR. THEODOR WEIMER

ist Sprecher des Vorstands der HypoVereinsbank, München, und Country Chairman Germany der UniCredit, Mailand.

#### Anmerkung

\* Der Text basiert in wesentlichen Teilen auf einem Impulsstatement, das auf der Veranstaltung „Der Euro im Stresstest“ der Hanns-Seidel-Stiftung am 27. Juli 2011 in München gehalten wurde.

/// Deutschland einig Euroland?

## DIE ZUKUNFT DER GEMEINSCHAFTS- WÄHRUNG

**NORBERT WALTER** /// Wir Deutschen mit unserer skeptischen Haltung gegenüber allem Finanz- und Marktwirtschaftlichem hätten ohne den listigen Ludwig Erhard die Soziale Marktwirtschaft heute nicht. Und ohne die Hartnäckigkeit der Politik gäbe es heute auch keinen Euro. Was würde das bedeuten, wie stünde Europa ohne ihn da? Ginge es nach den deutschen Ökonomie-Professoren, so hätte jede Grafschaft in Europa ihre eigene Währung. Ginge es nach den Investmentbanken, so würde die Zahl der Währungen, mit denen man spekulieren kann, maximiert.

### Euro Teuro?

Eingeführt wurde der Euro mit einem Kursverhältnis von 1,17 zum Dollar. Jetzt steht er bei 1,45, was einer Steigerung von 20 % entspricht. Dies dämpft die Einfuhrpreise – hierzulande aber herrscht nach wie vor die Meinung, dass sich durch die Einführung des Euro die Preise de facto verdoppelt haben. Die Einführung des Euro aber war kaufkraftneutral und die Preisstabilität ist danach viel besser geworden als in den 60 Jahren davor mit der D-Mark. Die Inflationsrate lag zu D-Mark-Zeiten fast um 1 % höher als in der Euro-Zeit. Und vieles spricht dafür, dass das auch so bleibt. Die Verfassung, das Statut der Europäischen Zentralbank ist gut. Die Verfehlungen der letzten Zeit wie z. B. Schundanleihen als Sicherheiten zu akzeptieren, müssen rasch korrigiert wer-

den. Hier ist v. a. das Führungspersonal gefragt, auch das deutsche.

### Was stresst den Euro?

Die bislang höhere Preisstabilität und der eher hohe Wechselkurs überzeugen die Bürger aber offenkundig nicht davon, dass dies so bleibt. Auch die Ratingagenturen artikulieren ihre Zweifel aus angelsächsischer Sicht. Deswegen habe ich bereits Anfang der 90er-Jahre zusammen mit anderen Europäern an der Etablierung einer europäischen Ratingagentur gearbeitet, aber wir sind leider damit gescheitert. Der Grund lag hauptsächlich in der mangelnden interdisziplinären und internationalen Zusammenarbeit. Rating kann man aber erfolgreich nur machen, wenn fähige Techniker, Bilanzfachleute, Steuerfachleute, juristische Fachleute und



Der Eindruck täuscht: Der Euro hat nicht alles teurer gemacht.

Marktkenner zusammen wirken. Nationen, die interdisziplinär ausgerichtet aufwachsen und auf Networking setzen wie z. B. die Engländer, tun sich damit leichter.

Als wir im Lamfalussy-Prozess in Europa die Regulierung gesetzlich verbessern wollten, haben wir auch deutsche Marktteilnehmer eingeladen, die aber im Gegensatz zu den Briten und Franzosen nicht erschienen, sich aber anschließend darüber beklagten, dass die City von London Deutschland immer alles aufoktroziere und in Brüssel immer die Franzosen das Sagen hätten.

**Die Einführung einer notwendigen EUROPÄISCHEN RATINGAGENTUR scheiterte bisher an der mangelnden interdisziplinären Ausrichtung der Fachleute.**

Wer aber nicht anwesend ist, kann eben auch nicht mitreden.

### Was bringt den Euro in Gefahr?

Die Staatsverschuldung in Griechenland hat den Euro ernsthaft in Gefahr gebracht. Aber auch Spanien, das keine hohe Staatsverschuldung aufweist und nicht den Stabilitäts- und Wachstumspakt verletzt hat, stellt z. B. eine Bedrohung dar. Hier kann die ungebremste und nicht solide finanzierte Bauwut den Staat auch bald in die Überschuldung und den Verlust der Wettbewerbsfähigkeit treiben und somit Europa und den Euro belasten. Akut gefährdet ist der Euroraum freilich wegen der Verschuldung in Ländern wie Griechenland, das ungeachtet seiner Politik der Schuldenbremse dank des schlechten Ratings 25 % Kreditzins zu zahlen hat. Im Ge-

**Den Ländern, die durch ihre zu hohe Staatsverschuldung in gefährliche Schieflage kommen, MUSS von den anderen europäischen Mitgliedstaaten geholfen werden.**

gensatz dazu erhält Japan bei einer doppelt so hohen Staatsverschuldung im Verhältnis zum Sozialprodukt Zehnjahresgeld am Markt für etwa 1 %. Hier irrt der Markt und übertreibt in die entgegengesetzte Richtung. In einer solchen Situation ist die Intervention des Staates prinzipiell gefragt, gefordert und gerechtfertigt, auch wenn durch diese Nothilfe die Gefahr zu fortgesetztem Fehlverhalten besteht. Es muss denjenigen, die in Schieflage geraten sind, geholfen werden, den Pfad, der sie in das Verderben führte, auch wieder zu verlassen. Und diejenigen, die helfen, müssen sich ihrer Belastungen und Sonderanstrengungen bewusst sein, zumal die Nehmerländer der Einmischung in ihre Wirtschaftspolitik aus Angst um ihre Souveränität oftmals eher ablehnend gegenüberstehen. Manchmal ist es aber besser, wenn einem an einem gewissen kritischen Punkt das Handeln von außen zum eigenen Wohle aufgezeigt oder gar abgenommen wird, zur Not auch zwangsweise. So hätte beispielsweise Deutschland, gerade in Hinblick auf die Agenda 2010 2002 das Annehmen des blauen Briefes der EU-Kommission als Mahnung zur Einhaltung der Stabilitätskriterien gut getan. Stattdessen aber lehnten Eichel und Schröder ab – ein schwerer politökonomischer Fehler.

Die Abkehr vom Euro und eine Rückkehr zu nationalen Währungen ist nicht der richtige Weg. Das ist schon aus vertragsrechtlichen Gründen äußerst problematisch. Dann würde es wieder zu übertriebenen Kursschwankungen kommen, welche ganz gravierende Fehlsteuerungen auf den Güter- und Finanzmärkten mit sich bringen würden. Am Beispiel Ungarn konnte man beobachten, welche Belastungen für ein Nicht-Euro-Land, das in Euro verschuldet war, entstehen, wenn die eigene Währung, hier der Forint, abwertet. Das Vertrauen in die eigene nationale Währung beim Bürger schwindet und bewirkt die Flucht in eine sichere Parallelwährung, eben den Euro. Bei den Fachleuten ist diese Erkenntnis aber offensichtlich noch nicht angekommen.

**Was kann den Euro retten?**

Der Weg der staatlichen Intervention und Transferunion, nämlich dass Geberländer aus ihren Finanz- und Steuermitteln anderen Nehmerländern etwas zur Verfügung stellen, ist richtig und er wird auch zukünftig noch nötig sein, weil es weiterhin Marktversagen geben wird. Die Souveränität der Empfänger muss aber noch viel weitergehend beschränkt werden als dies bisher der Fall ist. So sollten wir Deutschen z. B. die Schuldenbremse exportieren. Nicolas Sarkozy ist auf dem Weg, dieses Modell in Frankreich ernst zu nehmen. Frau Lagarde trägt in ihrem neuen Amt im Internationalen Währungsfonds sehr dazu bei, dass der Blick bei dem großen Problem der Überschuldung sachgerecht auf die wirklichen Sünder gerichtet wird. Entsprechend hat sie sehr kritische Bemerkungen zum Verhalten der amerikanischen Politiker in der Verschuldungsfrage der USA gemacht.

Zur Lösung der Probleme auf mittlere Frist sollten sich die Europäer an der Verfassung der Schweiz orientieren. Die europäische Verfassung sollte der Schweizer folgen und das Parlament in Brüssel entscheidungsrelevanter agieren. Wir widmen derzeit 1 % unseres Sozialprodukts den europäischen Aufgaben und 50 % den nationalen Regierungen und Parlamenten. Wir bräuchten ein gemeinsames europäisches Budget mit eigener Steuerhoheit für etwa 5 % des Bruttosozialproduktes, welche in der demokratisch legitimierten Hoheit des europäischen Parlaments liegt, analog der begrenzten schweizerischen Steuerhoheit auf der Ebene des Bundes. Und ich würde uns keinen Finanzausgleich in Europa wünschen wie den in Deutschland. Wir brauchen einen wettbewerblich orientierten Finanzausgleich, sowohl in Deutschland als auch europaweit.

**Der Euro ist trotz der momentanen Krise nach wie vor eine wichtige und starke LEITWÄHRUNG und wird das auch bleiben.**

**Ausblick**

Der Euro ist die zweitwichtigste Währung der Welt und wird weiter, ob mit oder ohne neue Mitglieder, zunehmend an Bedeutung gewinnen. Immer mehr Länder in Mittel- und Osteuropa, im Norden Afrikas und im Nahen Osten wählen diese Währung für ihre Transaktionen. Die größte umlaufende Bargeldwährung ist der Euro – und das schon seit 2006. Unter der Führung von Mario Draghi und mit seinen Grundsatzzpositionen wird die europäische Währung weiter stabil bleiben. Be-

stimmte Praktiken der italienischen Steuerbehörden wie z. B. die Kontrolle vom Erhalt einer Quittung, könnten auch die deutsche Steuermoral stärken und dem Schwarzmarkt entgegenwirken.

Der Euro wird überleben und gestärkt aus dieser Krise hervorgehen. Die Amerikaner werden im Verlauf der nächsten zwei bis drei Jahre mit niedrigen Zinsen und inflationärer Währung die Ersparnisse der Schwellen- und Entwicklungsländer nicht fortgesetzt erhalten. Ihre Zinsen werden steigen und / oder ihre Währung wird schwächer werden. Der Höhenflug des Goldes wird zum Schicksal des Ikarus führen.///



**/// PROF. DR. NORBERT WALTER**  
ist Inhaber und Leiter von Walter & Töchter Consult, Bad Soden.

/// Der beschwerliche Weg zur Freiheit

## BILANZ UND PERSPEKTIVEN DES „ARABISCHEN FRÜHLINGS“

**EDMUND RATKA** /// Das Jahr 2011 bedeutet eine Zeitenwende in der arabischen Welt. Nahezu alle Länder in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten wurden – wenn auch in sehr unterschiedlicher Weise – von einer Protestbewegung erfasst, die nicht nur wirtschaftliche Teilhabe, sondern auch politische Freiheit und Rechtsstaatlichkeit einfordert. Trotz des hohen Blutzolls in manchen Ländern und großer Unwägbarkeiten kann die demokratische Transformation dieser bislang von autoritären Regimen geprägten Region gelingen. Auch die deutsche und europäische Außenpolitik hat dazu ihren Beitrag zu leisten.

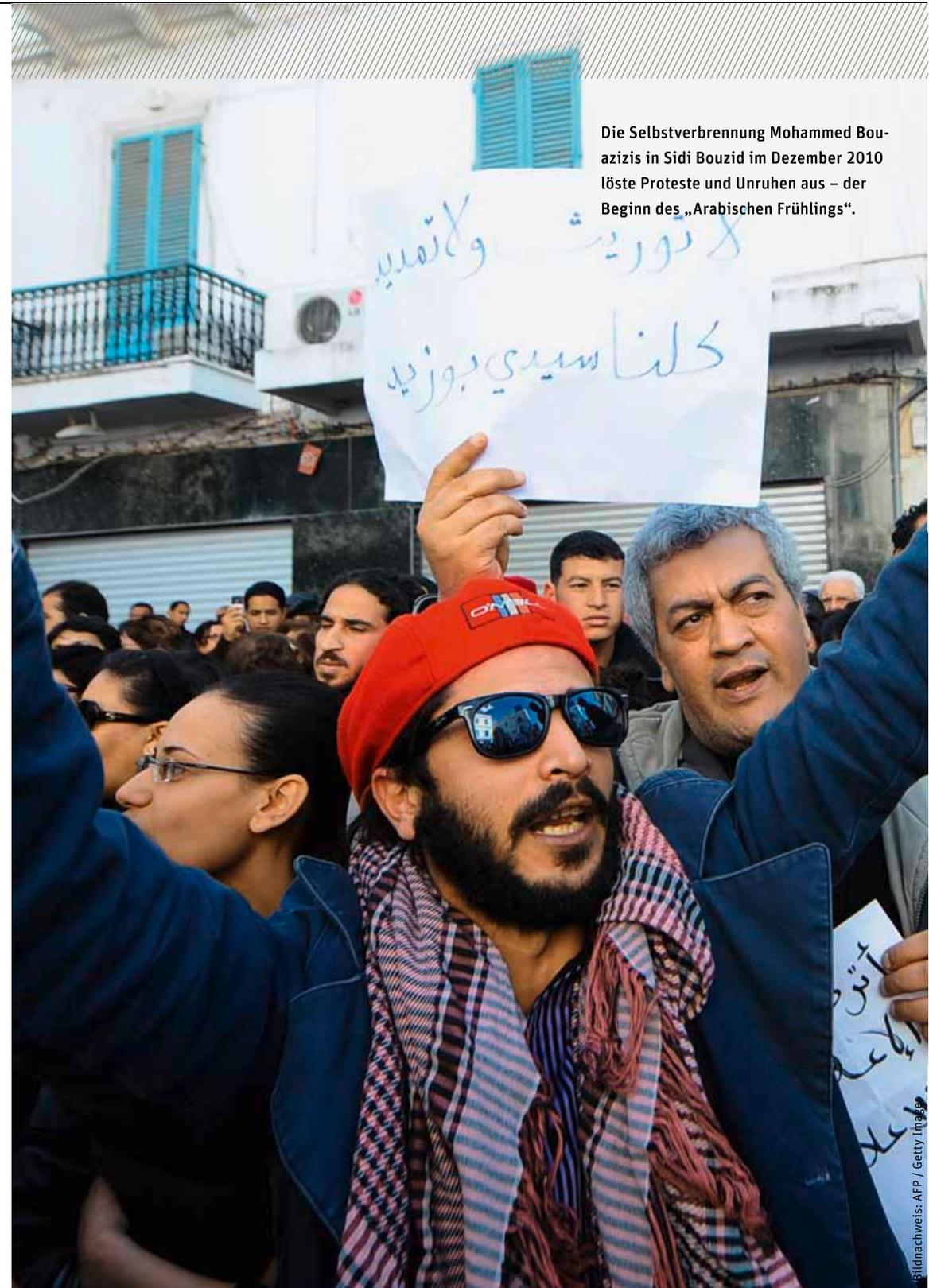
### Sozio-ökonomische und politische Ursachen

Die verzweifelte Selbstverbrennung des von den Behörden gedemütigten jungen Tunesiers Mohammed Bouazizi am 17. Dezember 2010 markiert den Beginn einer Protestbewegung ungeahnten Ausmaßes.<sup>1</sup> Von Tunesien ausgehend schwappte sie, begünstigt von pan-arabischen Fernsehsendern und neuen sozialen Medien, auf die gesamte arabische Welt über. Auch wenn sie in den einzelnen Ländern einen teils sehr unterschiedlichen Niederschlag fand und findet, lässt sich eine gemeinsame sozio-ökonomische und politische Grundierung der Proteste festmachen.

Während die Globalisierung der letzten Dekaden anderen Weltregionen einen rasanten Modernisierungsschub gebracht

hat, verharrten weite Teile der arabischen Welt in Stagnation. Allerdings ist dabei zwischen den Staaten des südlichen Mittelmeerraums einerseits und den ölreichen Golfstaaten andererseits zu unterscheiden. Die Einnahmen aus dem Öllexport erlaubten den Monarchien am Golf den Aufbau eines ausgeprägten Sozialstaats, einschließlich kostenloser Ausbildung und Gesundheitsversorgung für ihre Staatsangehörigen. Das lediglich 1,7 Millionen Einwohner zählende Emirat Katar etwa, das vor einiger Zeit durch den Zuschlag für die Ausrichtung der Fußball-Weltmeisterschaft 2022 von sich reden machte, verfügt über eines der höchsten Pro-Kopf-Einkommen der Welt.

Anders ist die wirtschaftliche Lage in den arabischen Staaten, die an das Mittelmeer angrenzen und sich damit



Die Selbstverbrennung Mohammed Bouazizis in Sidi Bouzid im Dezember 2010 löste Proteste und Unruhen aus – der Beginn des „Arabischen Frühlings“.

**In den arabischen Staaten herrscht eine UNGLEICHE Vermögensverteilung zwischen einer regimennahen Minderheit und der restlichen, überwiegend jungen Bevölkerung.**

auch in direkter Nachbarschaft zu Europa befinden. In Ägypten etwa, dem mit 82 Millionen Einwohnern größten arabischen Land, sind weite Teile der Bevölkerung von wirtschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen. Ein Fünftel der Ägypter muss mit weniger als 1,25 Dollar pro Tag auskommen und lebt damit in extremer Armut. Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise sowie der rasante Anstieg der Nahrungsmittelpreise haben gerade die Situation der unteren Bevölkerungsschichten weiter verschärft. Die Vorstellung vom fruchtbaren Nildelta lässt oft in Vergessenheit geraten, dass Ägypten der weltweit größte Importeur von Weizen ist. Dessen Weltmarktpreis hatte sich bis Februar 2011 innerhalb nur weniger Monate verdoppelt. Nordafrika und der Nahe Osten insgesamt sind weltweit diejenigen Regionen, die pro Kopf gerechnet den größten Importanteil an ihrer Nahrungsmittelversorgung verzeichnen (25-30 %).<sup>2</sup>

Auch wenn das Pro-Kopf-Einkommen in den rohstoffreichen Ländern Algerien und Libyen höher liegt als in Ägypten, Tunesien oder Syrien, so erreichen die dortigen Milliardengewinne aus Öl- und Gasexport bei weitem nicht die Breite der Bevölkerung. Alle arabischen Staaten sind von starken Diskrepanzen in der Vermögensverteilung ge-

prägt, die von einer bis hinauf zur Staatsspitze allgegenwärtigen Korruption begleitet werden. Wie sehr die Herrscherfamilien die Wirtschaft der von ihnen regierten Länder im Griff haben, wird an Figuren wie Rami Makhlouf in Syrien deutlich. Der Cousin des dortigen Staatspräsidenten ist Eigentümer von Syriatel, Syriens nationaler Telefongesellschaft, und kontrolliert weite Teile des Importhandels, der Luftfahrtindustrie, des Ölgeschäfts und des Bau- und Immobiliensektors. Der Zorn des Volkes auf die von Makhlouf verkörperte Cliquenwirtschaft entlud sich gleich zu Beginn der syrischen Proteste, als Syriatel-Filialen in Flammen aufgingen. In Tunesien war es die Präsidentengattin Leila Trabelsi, die mit ihren Familienangehörigen wichtige Wirtschaftsbereiche beherrschte und ob ihres verschwenderischen Lebensstiles bei vielen Tunesiern verhasst war. Tragikomische Berühmtheit hat dabei eine von Wikileaks veröffentlichte Botschaftsdepeche aus dem Sommer 2009 erlangt. In dieser beschreibt der amerikanische Botschafter eine Einladung in die Sommerresidenz von Mohamed Sakher el-Materi, dem Schwiegersohn des tunesischen Staatspräsidenten Ben Ali. Dort wird nicht nur bildhaft vom täglich vier Hühnchen verschlingenden Haustiger namens Pascha berichtet, sondern auch von dem opulenten Mahl, für das zur Nachspeise eigens Joghurteis aus dem südfranzösischen Saint Tropez eingeflogen wurde.<sup>3</sup>

Dieser Reichtum einer regimennahen Minderheit kontrastiert mit der wirtschaftlichen Frustration vieler Jugendlicher in der arabischen Welt. Oft ambitioniert, gut ausgebildet und mit den Möglichkeiten eines freien und selbstbestimmten Lebens nicht zuletzt über internationale Medien vertraut, bleibt ihnen

häufig der Zugang zum Arbeitsmarkt versperrt oder sie müssen sich mit Gelegenheitsjobs zufrieden geben. Mit 24 % sind Nordafrika und der Nahe Osten die Weltregionen mit der durchschnittlich höchsten Jugendarbeitslosigkeit. Zugleich sind sie gegenwärtig von einem besonders starken Anstieg der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter geprägt, der lediglich im sub-saharischen Afrika noch höher ausfällt.<sup>4</sup> Hinzu kommt, dass in Ländern wie Ägypten, Syrien, Jordanien oder dem Jemen mehr als die Hälfte der Bevölkerung jünger als 25 Jahre ist.<sup>5</sup>

Einher ging und geht die ökonomische Perspektivlosigkeit mit dem Mangel an Rechtsstaatlichkeit und politischer Freiheit. Demokratie-Indizes mögen im Einzelnen strittig sein, doch das Resultat für die arabische Welt ist von erschreckender Deutlichkeit. In seiner jüngsten, kurz vor dem Arabischen Frühling veröffentlichten Erhebung klassifizierte die Nichtregierungsorganisation Freedom House lediglich Marokko und Libanon als „teilweise frei“ und alle anderen arabischen Staaten als „nicht frei“.<sup>6</sup> Zwar hat der Staatsterror gegen Oppositionelle – so grausam er im Einzelfall auch war – weite Teile einer Bürgerschaft nicht berührt, die sich längst in politische Apathie geflüchtet hatten. Doch angesichts der beständig spürbaren Korruption und Behördenwillkür sowie der wirtschaftlichen Schwierigkeiten wuchs in der arabischen Jugend der Anspruch, die politischen Rahmenbedingungen in ihren Ländern mitzugestalten.

**Reform oder Revolution? Eine Topographie des „Arabischen Frühlings“**

In den 22 Staaten (einschließlich der Palästinensischen Autonomiebehörde), die in der Arabischen Liga zusammenge-

schlossen sind, fand und findet die oft als Arabischer Frühling bezeichnete Erneuerungsbewegung einen jeweils spezifischen Ausdruck, der vom gewaltsamen Regimesturz bis hin zu lediglich moderaten Reformen reicht. Auch wenn die Transformationsprozesse erst begonnen haben und der künftige Weg in Ländern wie Syrien ungewiss erscheint, so lassen sich die Entwicklungen in der Region in vier Modelle einordnen.

**Das Tunesische Modell**

In Tunesien und Ägypten, beide in präsidentiellen und von der Armee beherrschten Systemen organisiert, kam es zu Massenprotesten, die auch dann weitgehend friedlich blieben, als sie vom Regime mit Gewalt beantwortet wurden. Nach weniger als einem Monat musste der tunesische Staatspräsident Ben Ali fliehen und in nur 18 Tagen stürzte Mubarak in Kairo. Entscheidend war in beiden Fällen, dass sich das Militär angesichts des Ausmaßes und der Hartnäckigkeit der Proteste auf die Seite des Volkes stellte. Auch wenn im Vergleich zu den Gewaltexzessen in ande-

**Die Erneuerungsbewegungen und Transformationsprozesse der arabischen Welt REICHEN vom friedlichen Protest bis hin zum gewaltsamen Regimesturz.**

ren Ländern diese beiden Revolutionen oft als besonders friedlich apostrophiert werden, war auch hier ein Blutzoll zu zahlen. Bei den Versuchen des Regimes, die Proteste niederzuschlagen, starben in Tunesien über 200 und in Ägypten über 800 Menschen. In beiden Ländern steht der demokratische Prozess erst am Anfang.

### Das Libysche Modell

Dass Libyen dem tunesischen und ägyptischen Modell nicht folgte, lag an einer Reihe spezifischer Faktoren, zu denen zuvorderst die kompromisslose Härte gehörte, mit der Muammar Gaddafi die Proteste in allen Landesteilen niederschlagen ließ. Vor allem im Osten des Landes, der traditionell eigenständigen Cyreneika, verteidigten sich die Demonstranten mit Waffengewalt und gewannen rasch die Oberhand über die Sicherheitskräfte des Regimes. Zwar desertierten weite Teile der Armee, doch insbesondere gut ausgerüstete Eliteeinheiten und ausländische Söldner blieben Gaddafi gegenüber loyal. Der Protest wurde zu einer bewaffneten Rebellion, die in einem Blutbad zu enden drohte, das nur durch internationale Luftschläge gegen die Gaddafi-Truppen abgewendet werden konnte. Nach sechs Monaten zäher Kämpfe eroberten die Aufständischen – unterstützt von den NATO-geführten Luftangriffen – schließlich Tripolis und setzten der über vierzigjährigen Herrschaft Gaddafis ein Ende. Die Auseinandersetzungen kosteten mehrere zehntausend Menschen das Leben. Im Zuge des Libyenkonflikts stellt sich die Frage, wann und in welchem Umfang die Weltgemeinschaft zum Sturz eines Diktators beitragen kann, darf oder soll, mit erneuter Schärfe.

### Das Marokkanische Modell

Während die zuvor genannten Regime mit Gewalt versuchten, die Proteste zu unterdrücken, schlugen die Monarchien in Marokko und in Jordanien einen anderen Weg ein. Zwar kam es auch hier zu einzelnen Übergriffen gegen Demonstranten, doch versuchten die dortigen Herrscherhäuser über Reformen „von oben“ den Forderungen ihrer Bür-

ger gerecht zu werden und sich dabei gleichwohl an der Macht zu halten. Im Vergleich zu den Präsidialregimen bzw. Militärdiktaturen fällt dies den Monarchen wesentlich leichter, da sie nicht nur eine historisch-kulturelle Legitimation vorweisen, sondern auch die Verantwortung für politische Fehler glaubwürdiger den Regierungen ihres Landes zuschreiben und diese entsprechend austauschen können. Am erfolgreichsten geht dabei der marokkanische König Mohammed VI. vor. Seinen Verfassungsentwurf, in dem die Rechte des Parlaments gestärkt und seine eigenen Kompetenzen – wenn freilich auch nur sehr moderat – beschnitten wurden, nahm das Volk am 1. Juli 2011 mit übergroßer Mehrheit an.

### Das Golfstaaten-Modell

Die reichen Ölstaaten am Golf versuchten mit weitreichenden sozialpolitischen Maßnahmen, möglichen Protesten von vornherein den Boden zu entziehen. Kuwait beispielsweise gewährte jedem Staatsbürger eine Einmalzahlung von 2.600 Dollar und Saudi-Arabien zahlte seinen öffentlichen Angestellten eine Prämie in Höhe eines doppelten Monatsgehalts.<sup>7</sup> Insgesamt ermöglicht der Ressourcenreichtum der Golfstaaten einen außerordentlich hohen Lebensstandard, womit zumindest eines der Protestmotive entfällt. Entsprechend kam es in allen Golfmonarchien außer in Bahrain lediglich zu vereinzelt Protesten. Im Kleinstaat Bahrain forderte die schiitische Mehrheit ein Ende der Diskriminierung durch das sunnitische Herrscherhaus. Mit Waffenhilfe aus dem benachbarten Saudi-Arabien wurde die „Perlenrevolution“ schließlich gewaltsam niedergeschlagen. Die Methode, die eigenen Bürger

**Ausgelöst durch die neuen Medienformate wurde von Tunesien aus in der Region ein DOMINOEFFEKT wirksam.**

mit staatlichen Subventionen versuchen ruhigzustellen, fand – wenn auch in geringerem Maße – in den anderen arabischen Staaten ebenso Anwendung.

Ungeachtet der Heterogenität der arabischen Welt, die auch in dieser idealtypischen Kategorisierung sichtbar wird, ist der „Dominoeffekt“ ein Schlüsselement des Arabischen Frühlings. Genauso wie sich weite Teile der Jugend Tunesiens im Schicksal ihres selbstverbrannten Altersgenossen wiederfanden, so fand sich die ägyptische Jugend im Schicksal der tunesischen wieder. Als Katalysator wirkten dabei neue Medienformate. Zum einen gilt das für die web-basierten sozialen Netzwerke. Facebook, Youtube und Twitter erlaubten es den Demonstranten, sich besser und in größeren Massen zu koordinieren und ihre Anliegen nicht nur im Land selbst, sondern auch über die Grenzen hinaus zu verbreiten. Ein internet- und kameratechfähiges Mobiltelefon genügte, um sowohl die Stärke der Opposition als auch die staatliche Gewalt in Sekundenschnelle in die Welt zu tragen. Das Modewort von der „Facebook-Revolution“ sollte jedoch nicht vergessen lassen, dass die arabischen Satellitensender, insbesondere der in Katar beheimatete Sender Al-Jazeera, eine mindestens ebenso wichtige Rolle bei der

Ausdehnung der Protestbewegung gespielt haben. Während soziale Netzwerke bevorzugt von der internet-affinen urbanen Jugend genutzt werden, trugen Al-Jazeera und Al-Arabiya die Revolution in Echtzeit in nahezu jedes arabische Wohnzimmer.

Die so angefachte revolutionäre Dynamik setzte „klassische“ Mechanismen autoritärer Herrschaft vielerorts außer Kraft. In Libyen, wo jede Familie zu Jahresbeginn eine Prämie von über 300 Euro erhielt, oder in Syrien, das die Gehälter seiner Beamten um 30 % erhöhte, konnten materielle Wohltaten die Proteste keineswegs stoppen. Wer den Arabischen Frühling als schlichte „Brotrebellion“ abtut, verkennt seine zuvor skizzierte Vielschichtigkeit. Auch die Brutalität der Regime gegenüber der Protestbewegung hat nicht in ausreichendem Maße die sonst übliche abschreckende Wirkung entfaltet. Im Gegenteil: In Syrien etwa führten die Gewaltexzesse der Behörden erst zur Ausweitung der Proteste auf das ganze Land. „Blut öffnet die Tür zu nur noch mehr Zorn“, beschreibt die untergetauchte Damaszener Menschenrechtsaktivistin Razan Zeitouneh diese Eskalationsspirale.<sup>8</sup> Gerade das syrische Beispiel zeigt auch, wie sehr der Verlauf der Transformationsprozesse von der Reaktion der Regime abhängt. Immer wieder hatte sich dem Staatspräsidenten Basher al-Assad in den ersten Monaten des Protests die Möglichkeit geboten, in Richtung des „Marokkanischen Modells“ einzuschwenken. Mit der kompromisslosen militärischen Niederschlagung der Proteste, die von der wahllosen Tötung von Zivilisten, massenhaften Verhaftungen und systematischer Folter begleitet war, hat sich das Regime jedoch substantziell seiner Legitimität beraubt.



Auch wenn es sich beim Arabischen Frühling in erster Linie um eine nationale bzw. pan-arabische Bewegung handelt, können externe Akteure auf seinen Verlauf einen mitunter entscheidenden Einfluss nehmen. Dies hat sich am deutlichsten in Libyen offenbart. Dort hat die NATO-geführte Koalition nicht nur ein unmittelbar bevorstehendes Massaker in Bengasi verhindert, sondern – völkerrechtlich durchaus fragwürdig – faktisch als Luftwaffe der Rebellen fungiert. Sowohl die Einflussmöglichkeiten als auch die Interessen externer Akteure variieren dabei von Land zu Land. So ist in Syrien, dessen Regime von Iran unterstützt wird, das Druckpotenzial des Westens geringer als dies etwa in Ägypten der Fall war. Dort hat der Einfluss der Amerikaner auf die von ihnen großzügig subventionierte Armee dazu beigetragen, dass diese sich letztlich gegen Mubarak stellte. Im Bahrein dagegen, wo die 5. Flotte der US Navy stationiert ist, drängte Washington zwar auf ein Ende der Gewalt, suchte den Sturz des Königshauses aber zu vermeiden.

### Die Rolle Deutschlands und Europas

Dass es in der arabischen Welt um handfeste deutsche Interessen geht, wird niemand bestreiten: Sicherung der Energieversorgung, Steuerung und Begrenzung der Migration, Kampf gegen Terrorismus und Islamismus, Schutz der Handelswege und Erschließung neuer Märkte stechen dabei hervor. Auch für eine friedliche Lösung des Nahostkonflikts – Israels Sicherheit gilt als deutsche Staatsräson! – braucht es tragfähige Beziehungen zu den arabischen Staaten. Die Verbreitung von Demokratie und Rechtsstaat gehört ebenfalls zu den formulierten Zielen deut-

**Externe Akteure nahmen nicht zuletzt aus politischem und wirtschaftlichem Interesse mitunter ENTSCHEIDENDEN Einfluss auf den jeweiligen Entwicklungsverlauf.**

scher Politik und ist für eine immer noch von autoritären Herrschaftsstrukturen geprägte Region besonders relevant. Dennoch hat – von dem intensiven deutsch-israelischen Verhältnis einmal abgesehen – der südliche Mittelmeerraum erst seit dem Arabischen Frühling auf der Agenda der deutschen Außenpolitik einen prominenten Platz eingenommen.

Wie in den anderen europäischen Hauptstädten war man in Berlin vom Ausmaß und der Heftigkeit der arabischen Protestbewegung überrascht worden. In die Sympathie für die Demonstranten mischte sich die Sorge vor Instabilität und nur zögerlich rückte auch die Bundesrepublik von den Machhabern ab, mit denen sie lange zusammengearbeitet hatte. Doch nach dem Fall Hosni Mubaraks am 11. Februar 2011 begann die Bundesregierung mutiger zu agieren. In einer Regierungserklärung Mitte März bezog Außenminister Guido Westerwelle klar Position: „Wir stehen in der arabischen Welt vor einem Neubeginn voller Chancen. Aber nicht nur die Völker der Region, sondern auch wir brauchen einen langen Atem. Dieser arabische Frühling ist eine historische Chance für Frieden und Wohlstand in der gesamten Region mit positiven Fol-

gen weltweit. Deutschland und Europa stehen als Partner bereit, damit der demokratische Aufbruch in Nordafrika und anderen Teilen der arabischen Welt tatsächlich gelingen kann.“<sup>9</sup>

Schon Mitte Februar legte das Entwicklungshilfeministerium einen Sonderfonds von über 30 Millionen Euro zur Förderung von Demokratie und für die Wirtschaftsentwicklung in Nordafrika auf. Im Auswärtigen Amt wurde die Vokabel von der „Transformationspartnerschaft“ geboren, die schließlich erfolgreich auch auf die europäische Ebene transferiert wurde. Westerwelle und Entwicklungsminister Dirk Niebel gehörten zu den ersten westlichen Politikern in Tunis und Kairo. Deutschland, das stets ein Stück mehr Distanz zu den autoritären Machhabern der Region gehalten hatte als die Südeuropäer, stand plötzlich als glaubwürdiger Partner einer sich rasant wandelnden arabischen Welt im Mittelpunkt – wirtschaftsstarke, ohne Kolonialvergangenheit in der Region und mit einzigartigen Instrumenten wie den Politischen Stiftungen, die nun von ihrer jahrzehntelangen Basisarbeit profitieren. Während man sich in Paris und bei der Europäischen Kommission in Brüssel noch die Augen rieb, wie schnell die alten Verbündeten vom Thron gejagt wurden, reklamierten die Deutschen nun eine Führungsrolle in der Neuformulierung der europäischen Mittelmeerpolitik. Berlin forderte verbesserten Marktzugang und legale Migrationsmöglichkeiten für die südlichen Mittelmeeranrainer, eine stärkere Unterstützung der Zivilgesellschaft und mehr Konditionalität. Nur diejenigen Staaten, die bei Menschenrechten und demokratischen Standards Fortschritte verzeichnen, sollten demnach künftig Gelder und

andere Zugeständnisse der Europäischen Union erhalten.<sup>10</sup>

Die Gewalteskalation in Libyen zeigte jedoch schnell, auf welchem fragilem Fundament der neue deutsche Anspruch im Mittelmeerraum stand. Insbesondere Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy ergriff die Gelegenheit, um sich – so eine in Paris gern benutzte Formulierung – wieder auf die richtige Seite der Geschichte zu stellen, während sich Deutschland durch seine Enthaltung bei der Abstimmung im UN-Sicherheitsrat zur Libyen-Resolution 1973 selbst aus dem Spiel nahm. Auf den Pick-up-Trucks der libyschen Revolutionäre flatterte bei ihrem Marsch auf Tripolis fortan neben der alten libyschen Königsfahne die französische Trikolore.

Wieder einmal hatte sich Europa in einer außenpolitischen Schlüsselfrage gespalten gezeigt. Auch wenn dies letztlich in den Divergenzen unter den Mitgliedstaaten begründet liegt, so können sich auch die EU-Akteure in Brüssel mit Blick auf die Umbrüche in Nordafrika kein gutes Zeugnis ausstellen lassen. In der ersten großen internationalen Krise nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon blieben die dort neu begründeten Institutionen blass. Die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton hat den in sie gesetzten Anspruch, die europäische

**EUROPA unterstützte den politischen Aufbruch in der arabischen Welt politisch und wirtschaftlich, war sich jedoch militärisch uneins.**



Nach dem Sturz des Gaddafi-Regimes wurden Nicolas Sarkozy und David Cameron als erste ausländische Staatschefs in der libyschen Stadt Benghazi am 15. September 2011, auch wegen ihrer militärischen Hilfe, begeistert von der Bevölkerung empfangen.

Politik besser zu koordinieren und der Europäischen Union eine einheitliche Stimme zu geben, nicht einlösen können. Ihr erst im Aufbau befindlicher Europäischer Auswärtiger Dienst ist noch weit von der nötigen Einsatzreife entfernt.

Ende Mai 2011 hat die Europäische Kommission schließlich einen Vorschlag zur Revision der EU-Nachbarschaftspolitik vorgelegt, in welcher die Demokratieförderung einen höheren Stellenwert einnimmt als bisher. Sowohl für die Nachbarn im Süden wie im Osten wird außerdem mehr Geld zur Verfügung gestellt: Die für die Periode 2011-2013 vorgesehenen 5,7 Milliarden Euro sollen um weitere 1,3 Milliarden aufgestockt werden.<sup>11</sup> Doch schon bisher verfügte die EU mit der Europäischen Nachbarschaftspolitik und dem Barcelona-Prozess, der 2008 in die Union für das Mittelmeer überführt wurde,

über vielfältige Instrumente und Fonds zur Gestaltung der euro-mediterranen Beziehungen. Ohne den politischen Willen der Europäer zu einem kohärenten und strategischen Auftreten in der Mittelmeerregion werden zusätzliche Mittel alleine nicht ausreichen.

Europa muss der arabischen Welt eine erneuerte Partnerschaft anbieten, eine Partnerschaft auf Augenhöhe. Die behutsame Integration der europäischen und arabischen Märkte, die Schaffung eines gemeinsamen Bildungsraumes, zeitlich begrenzte und auf die Bedürfnisse beider Seiten zugeschnittene Migrationsangebote sowie eine nachhaltige Energiekooperation könnten Säulen einer solchen Partnerschaft sein. Ein sich sukzessive integrierender, erweiterter euro-mediterraner Raum, der von Skandinavien über die Türkei bis hin zu den Golfstaaten reicht, würde zu einem dynamischen Kraftzentrum in der neu-

en Weltordnung werden, die sich derzeit herausbildet.<sup>12</sup>

### Die Perspektiven des demokratischen Aufbruchs

Nicht zuletzt in Deutschland weckten die Bilder vom Tahrir-Platz, als die Ägypter den Rücktritt Mubaraks bejubelten, Erinnerungen an den Mauerfall. In der Tat ist die Transformation, die 2011 in der arabischen Welt begann, in ihrer historischen Tragweite mit derjenigen nach dem Kalten Krieg in Mittel- und Osteuropa durchaus vergleichbar. Allerdings muss sie sich unter ungünstigeren Voraussetzungen vollziehen.

Während die demokratischen Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa auch eine Befreiung von der sowjetischen Fremdherrschaft bedeuteten, können die arabischen Reaktionäre die nationale Karte spielen und versuchen, die Protestbewegungen als Agenten des Auslands zu diskreditieren. In der von kolonialen Traumata geprägten arabischen Welt fallen solche Verschwörungstheorien häufig auf fruchtbaren Boden und vor allem die libysche und syrische Regime-Propaganda haben dies ausgenutzt. Auch die Entstehung einer autonomen Zivilgesellschaft haben die autoritären Machthaber jahrzehntelang zu verhindern gewusst. Selbst in einem freien politischen Wett-

bewerb haben Überbleibsel des Ancien Régime und die in religiösen Milieus verankerten Gruppierungen wie die Muslimbrüder organisatorisch einen komparativen Vorteil gegenüber der liberalen Opposition. In Ländern wie Ägypten ist die sozio-ökonomische Lage außerdem dermaßen desolat, dass auch eine demokratisch geführte Regierung die immensen Erwartungen, die durch den erfolgreichen und teilweise unter Lebensgefahr erstrittenen Regimewechsel bei den Menschen entstanden sind, nicht aus eigener Kraft erfüllen können. Schließlich fehlt in den arabischen Ländern die Zielperspektive einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union, die als Katalysator für die demokratische Transformation Mittel- und Osteuropas gewirkt hat.

Der Arabische Frühling wird trotzdem gelingen. Gute Regierungsführung kann die demographische Dynamik in produktive Bahnen lenken und das brachliegende Potenzial einer wissens- und lebenshungrigen Jugend endlich nutzbar machen. In der Energiewirtschaft nimmt die arabische Welt eine Schlüsselstellung ein, die sie nicht nur bei fossilen Rohstoffen noch über Jahrzehnte behalten wird, sondern auch auf den Bereich der erneuerbaren Energien, vor allem auf die Solarenergie, ausdehnen kann. Geostrategisch stellt sie ein Scharnier, durch das wichtige Handelsrouten zwischen Europa und den großen Wachstumsregionen in Asien und Afrika verlaufen, dar. Die pan-arabische Solidarität, die von den Erneuerungsbewegungen ausgelöst wurde, sowie der Sturz der in erster Linie auf ihren eigenen Machterhalt fixierten Herrschaftshäuser können außerdem einen Beitrag leisten, zumindest die wirtschaftliche Integra-

**Demokratisch oder religiös-reaktionär – die WIRTSCHAFTLICHE Entwicklung wird das bestimmen.**

**Das Tor zur FREIHEIT in Arabien wurde geöffnet und eine Rückkehr zur alten Unterdrückung scheint nicht mehr durchführbar.**

tion der arabischen Länder untereinander voranzutreiben. Die 330 Millionen Menschen umfassende arabische Welt ist – ungeachtet einer gemeinsamen Hochsprache – bislang die weltweit am wenigsten integrierte Region. Dies hat neben den verkrusteten politischen Strukturen dazu beigetragen, dass sich das enorme Wachstums- und Modernisierungspotenzial ihrer Volkswirtschaften bislang nicht entfaltet hat.

Die Transformation der arabischen Welt ist ein offener Prozess. Die Entwicklungen in jedem Land sind stark an den jeweiligen inneren Kontext gebunden und zugleich von der regionalen Dynamik insgesamt abhängig. Sie lassen sich deshalb im Einzelnen nur schwer vorhersagen. Schon jetzt zeigt sich aber, dass der Weg zu freiheitlichen und rechtsstaatlichen Systemen in der arabischen Welt langwieriger und stärker von Gewalt begleitet sein wird als in Mittel- und Osteuropa. Dass sich gerade in den Monarchien halb-demokratische Regierungsformen erst einmal halten werden, ist durchaus wahrscheinlich. In den Staaten mit einem Regimesturz, zu denen neben Tunesien, Ägypten und Libyen früher oder später auch Syrien gehören wird, werden konservative und religiöse Kräfte einen legitimen Platz haben

müssen, ob es dem Westen gefällt oder nicht.

Doch so schwierig sich der Aufbau demokratischer Staatswesen auch gestalten mag und so sehr die Anhänger der Protestbewegungen sich in ihren Einzelinteressen auch unterscheiden, das Bewusstsein, mit der Zeit des schweigsamen Erduldens gebrochen zu haben, wird sich nicht mehr aus der Welt schaffen lassen. Nach den historischen Ereignissen des Jahres 2011 ist eine Rückkehr zum Status quo ante nicht vorstellbar. Auf der Avenue Habib Bourgiba in Tunis und dem Tahrir-Platz in Kairo hat sich das Volk seine Souveränität, haben sich die Bürger ihr Bürger-Sein zurückerobert. Vom „Wiedererwachen der arabischen Würde“ spricht treffend der marokkanische Schriftsteller Tahar Ben Jelloun.<sup>13</sup> Selbstbewusst-drohend klingt die Mahnung eines ägyptischen Slum-Bewohners, auch die Armen von der Revolution profitieren zu lassen: „Wir kennen jetzt den Weg zum Tahrir-Platz.“<sup>14</sup> Mit Ben Ali in Tunis und Mubarak in Kairo fiel auch die Mauer der Angst; die Herrscher der arabischen Welt haben den Mythos ihrer Unangreifbarkeit verloren.

Die Opferbereitschaft der libyschen Rebellen, die sich mit selbstgebastelten Waffen der Militärmaschinerie Gaddafis entgegenwarfen, und der Todesmut der syrischen Demonstranten, die Woche für Woche im Kugelhagel der Sicherheitskräfte auf die Straße gingen und gehen, sind das wohl eindrucklichste Zeugnis dieses neuen arabischen Selbstverständnisses. Der französische Philosoph Jean-Paul Sartre lässt es Jupiter in seinem Theaterstück „Die Fliegen“ so sagen: „Wenn erst einmal die Freiheit in einer Menschenseele aufgebrochen

ist, vermögen die Götter nichts mehr gegen diesen Menschen.“<sup>15</sup>



/// EDMUND RATKA

ist Associate Researcher am Centrum für angewandte Politikforschung (C-A-P), München und Redaktionsassistent für das Lehrbuch „Die Europäische Union“ (UTB Verlag).

#### Anmerkungen

- <sup>1</sup> Auch wenn die genauen Umstände im Vorfeld der Selbstverbrennung Bouazizis nach wie vor nicht vollständig geklärt sind, entfaltete diese eine enorme symbolische Wirkung innerhalb Tunesiens und auch im Ausland. Siehe dazu auch Ayad, Christophe: „La révolution de la gifle“, in: Libération, 11.6.2011.
- <sup>2</sup> Johnstone, Sarah / Mazo, Jeffrey: Global Warming and the Arab Spring, in: Survival 53/2, April/Mai 2011, S. 11-17.
- <sup>3</sup> Tunesische Aktivisten hatten für die Wikileaks-Dokumente, die Tunesien betreffen, eigens die Internetplattform Tunileaks eingerichtet. Die Depesche „Tunisia: Dinner with Sakher el Materi“ vom 27.7.2009 ist abrufbar unter <https://tunileaks.appspot.com/?p=36001>, Stand 1.9.2011.
- <sup>4</sup> International Labour Office: Global Employment Trends for Youth, Genf 2010, S. 47, <http://www.ilo.org/public/english/region/afpro/addisababa/pdf/getforyouth.pdf>, Stand 1.9.2011; International Labour Office: Global Employment Trends, Genf 2011, S. 49, [http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/---publ/documents/publication/wcms\\_150440.pdf](http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/---publ/documents/publication/wcms_150440.pdf), Stand 1.9.2011.
- <sup>5</sup> Für eine Übersicht über das Durchschnittsalter in allen arabischen Ländern siehe The Economist: Mapping the Arab World, [www.economist.com/blogs/dailychart/2011/02/arab\\_league\\_map](http://www.economist.com/blogs/dailychart/2011/02/arab_league_map), Stand 1.9.2011.
- <sup>6</sup> Freedom House: Freedom in the World 2011, [www.freedomhouse.org/images/File/fiw/FIW\\_2011\\_Booklet.pdf](http://www.freedomhouse.org/images/File/fiw/FIW_2011_Booklet.pdf), Stand 1.9.2011.
- <sup>7</sup> Für eine Übersicht über die sozialpolitischen Maßnahmen der arabischen Regime im Rahmen des Arabischen Frühlings siehe Le Monde Diplomatique: Une région en ébullition, April 2011, S. 17-23.
- <sup>8</sup> Zit. nach Fischer, Susanne: Das Ende der Angst. Syriens junge Generation kämpft für den Sturz des Assad-Regimes, in: Internationale Politik 66/5, September/Oktober 2011, S. 60-67, hier S. 62.
- <sup>9</sup> Westerwelle, Guido: Regierungserklärung zum Umbruch in der arabischen Welt am 16.3.2011, in: Deutscher Bundestag: Stenografischer Bericht vom 16. 3.2011, S. 10814-10818, hier S. 10816, [www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de), Stand 1.9.2011.
- <sup>10</sup> Siehe dazu den Brief Westerwelles an die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton: Westerwelle für neue EU-Mittelmeerpolitik, in: Süddeutsche Zeitung, 17.2.2011, S. 8.
- <sup>11</sup> Europäische Kommission: A New Response to a Changing Neighbourhood, Mitteilung vom 25.5.2011, [http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com\\_11\\_303\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com_11_303_en.pdf), Stand 1.9.2011.
- <sup>12</sup> Für Handlungsempfehlungen zur Neugestaltung der euro-mediterranen Partnerschaft siehe u. a. Ratka, Edmund: Mehr Mut im Mittelmeerraum. Wie Deutschland die arabische Demokratiebewegung stärken und der euro-mediterranen Partnerschaft aus der Sackgasse helfen kann, in: Politische Meinung, April 2011, S. 17-23, [www.kas.de](http://www.kas.de), Stand 1.9.2011; zur Migrationsdynamik zwischen Europa und Nordafrika siehe Schmid, Susanne: Vor den Toren Europas? Das Potenzial der Migration aus Nordafrika, in: Politische Studien 439, September/Oktober 2011, S. 48-59.
- <sup>13</sup> Ben Jelloun, Tahar: Arabischer Frühling: Vom Wiedererlangen der arabischen Würde, Berlin 2011.
- <sup>14</sup> Zit. in Obert, Michael: Das Blut der Revolution, in: Süddeutsche Zeitung Magazin, S. 22-34, hier S. 30.

/// Zum 200. Todestag des deutschen Dichters und Publizisten, Heinrich von Kleist

## STAAT UND GESETZ BEI „MICHAEL KOHLHAAS“ UND „PRINZ FRIEDRICH VON HOMBURG“

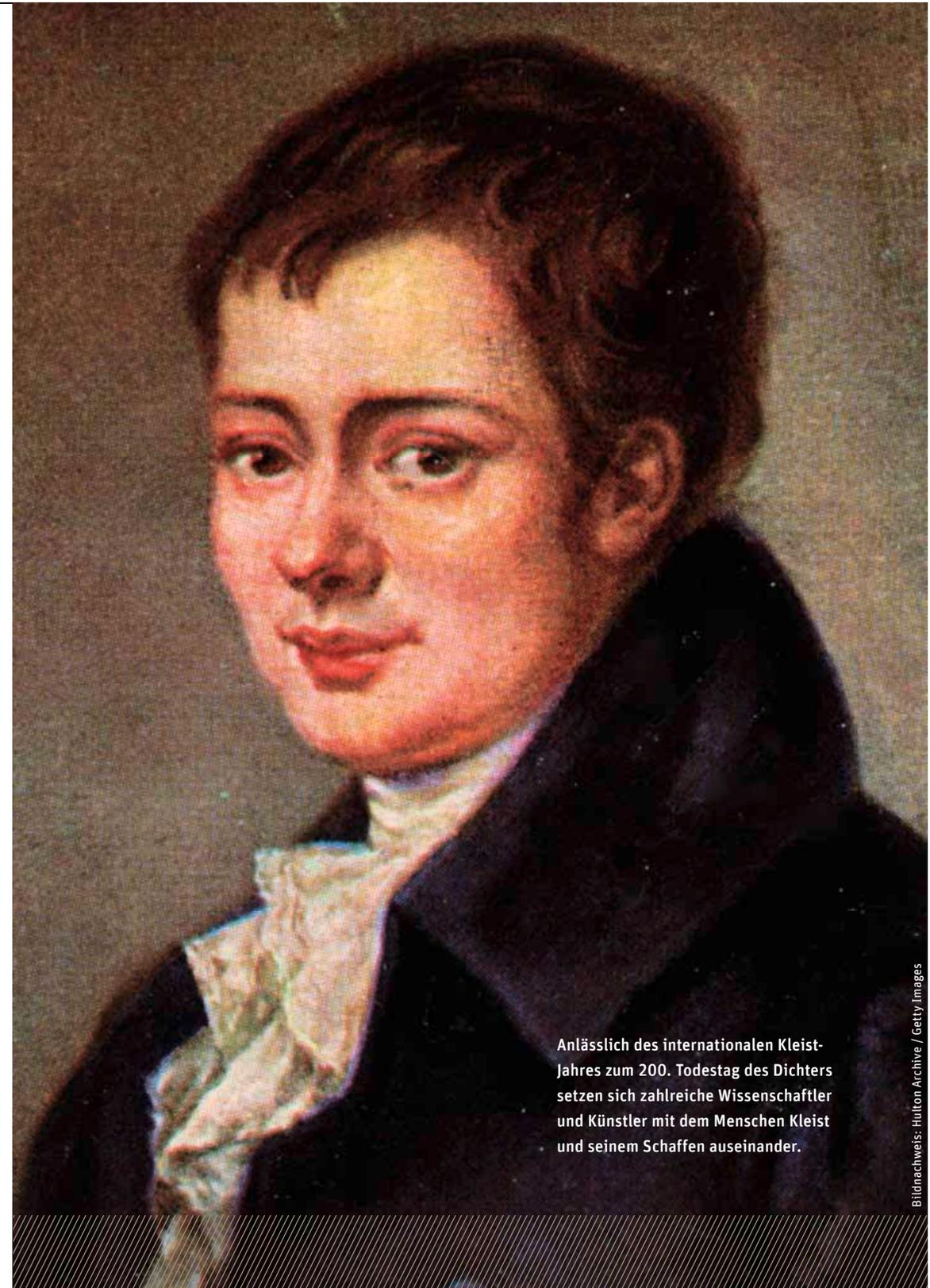
**DETLEF MERTEN** /// Heinrich von Kleist (1777-1811), der als Romantiker schon in den Realismus übergriff, ist doch 200 Jahre nach seinem Tode von erstaunlicher Modernität. Da in vielen seiner Werke Probleme von Recht und Gerechtigkeit, Staat und Gesetz, Schuld und Sühne behandelt werden, wird er auch als „juridischer Dichter“ bezeichnet.

### Kleist in seiner Zeit

Kleists kurzes Leben fällt in die Epoche zwischen Revolution und Restauration, zwischen Klassik und Romantik, wobei sein Werk auch schon Züge des Realismus trägt, wie sie sich in der Todes-Szene des Prinzen von Homburg offenbaren, der am Ende leben, nichts als leben und nicht mehr fragen will, „ob es rühmlich sei“ (III/5). An seinen Freund Rühle von Lilienstern schreibt Kleist Anfang Dezember 1805: „Die Zeit scheint eine neue Ordnung der Dinge herbeiführen zu wollen, und wir werden davon nichts als bloß den Umsturz der alten erleben.“<sup>1</sup>

Und in der Tat erfährt der Dichter, der wie kaum ein anderer das daniederliegende Preußen in seinen Werken wie der „Hermannsschlacht“ oder durch die Herausgabe der „Berliner Abendblätter“

zum Patriotismus aufruft, infolge seines aufsehenerregenden Freitodes im November 1811 die neue Zeit nicht mehr. Sie zeichnet sich schon 1812 durch die für den Freiheitskampf, aber auch die Würdigung des preußischen Militärstandes so wichtige Konvention von Tauroggen ab. Vision und Vermächtnis ist daher der Schluss in seinem „Prinz Friedrich von Homburg“: „In Staub mit allen Feinden Brandenburgs!“ Diese Worte wurden zwar bei der Uraufführung 1821 im Wiener Burgtheater gesprochen, werden heutzutage jedoch vielfach gestrichen, obwohl sie über das Territorial-Konkrete auf das Abstrakt-Theoretische verweisen. Schon 1927 hatte sich Leopold Jessner gegen die Tilgung des Textes mit dem Hinweis gewandt, es stelle sich automatisch statt des historischen Begriffs „Branden-



Anlässlich des internationalen Kleist-Jahres zum 200. Todestag des Dichters setzen sich zahlreiche Wissenschaftler und Künstler mit dem Menschen Kleist und seinem Schaffen auseinander.

burg“ der des „Staats“ in „seiner immer ungeschmälernten Gültigkeit“ ein.

Kleist ist wegen seiner Rastlosigkeit und Freiheitsbedürftigkeit kein idealer Staatsdiener. Als Sohn eines Majors und Spross eines preußischen Adelsgeschlechts tritt er zwar 1792 in ein Potsdamer Garderegiment ein, gibt aber bereits nach sieben Jahren, 1799, die militärische Laufbahn auf. Auch der Verwaltungsdienst, den er 1805 in Königsberg beginnt, kann ihn nicht lange halten. Nach der Katastrophe von Jena und Auerstedt reist er als beurlaubter Volontär in das besetzte Berlin, um seiner Berufung als Schriftsteller zu folgen.

Tieck hat Kleist einen juristischen Dichter genannt, und in der Tat stoßen wir in vielen seiner Werke auf juristische Probleme oder Institute: So sind der Erbvertrag in der „Familie Schroffenstein“, das Femegericht im „Käthchen von Heilbronn“, die Rechtsbeugung und Justizaufsicht im „Zerbrochenen Krug“ zu erwähnen. Herausragend in dieser Hinsicht sind jedoch zwei Werke: „Prinz Friedrich von Homburg“ und „Michael Kohlhaas“, wobei das letztere als Novelle und wegen seines bürgerlichen Helden gleichsam der kleinere Bruder des ersteren Werks ist.

Kleists Berührung mit der Wissenschaft von Staat und Recht resultiert zum einen aus seinen Studien der Philosophie und Rechtswissenschaft in Frankfurt an der Oder 1799 von allerdings nur zwei Semestern und seinem Aufenthalt in Dresden (1807–1809), aus dem die Bekanntschaft mit dem romantisch-konservativen Staatstheoretiker

Adam Müller herrührt, mit dem er später die Kunst- und Literaturzeitschrift „Phoebus“ herausgibt. Kenntnis von der modernen Staatsauffassung erlangt er aber zum anderen durch seine Freunde, die „wissenschaftliche“, das heißt an einer Militärakademie ausgebildete Offiziere sind (Rühle, Pfuell), und durch den gesellschaftlichen Verkehr in Kreisen der preußischen Reformer.

### „Prinz Friedrich von Homburg“

Im „Prinzen von Homburg“, dem wohl preußischsten aller Dramen, verbindet Kleist genial die militärische Rahmenhandlung mit staatstheoretischen und rechtsphilosophischen Grundproblemen: Gottesgnadentum und Gesetzesherrschaft, Recht und Gnade. Beide, Michael Kohlhaas wie Friedrich von Homburg, akzeptieren aus freien Stücken ihr Todesurteil als Sühne für die Verletzung des Gesetzes, das allen gegenüber durchgesetzt werden muss. In den Worten Homburgs: „Ich will das heilige Gesetz des Kriegs, das ich verletzt’ im Angesicht des Heers, durch einen freien Tod verherrlichen!“ (Homburg, V, 7)

### Friedrich der Große als Hintergrund

Kleist hat in seinen Werken vielfach historische Persönlichkeiten als Vorlage genommen: Hermann den Cherusker, Robert Guiscard, Martin Luther, den Großen Kurfürsten, den Kaufmann Hans Kohlhaase aus Cölln an der Spree<sup>2</sup>, dem Kleist die Gestalt des Michael Kohlhaas gibt, Prinz Friedrich II. von Homburg, der zur Zeit der Schlacht bei Fehrbellin ein 42-jähriger Schwerbehinderter ist und durch Kleist zu einem jugendlich-romantischen Helden wird. Eine entscheidende historische Persönlichkeit lässt Kleist unerwähnt. Aber wenn wir von dem Gemälde des Dramas die

Im „Prinzen von Homburg“ werden **RECHTLICHE GRUNDPROBLEME** mit der **militärischen Rahmenhandlung genial miteinander verquickt.**

oberste Schicht abtragen, erblicken wir hinter den Zügen des Großen Kurfürsten die Umrisse Friedrichs des Großen. Er ist es zunächst, dem Kleist die Vorlage für das Schauspiel verdankt.

In seinen „Denkwürdigkeiten zur Geschichte des Hauses Brandenburg“ von 1751 würdigt Friedrich auch den Großen Kurfürsten und berichtet über die Schlacht bei Fehrbellin, in deren Verlauf sich der Landgraf von Homburg in überschäumender Kühnheit von seinem Eifer habe fortreißen und in einen Kampf verwickeln lassen, der einen verhängnisvollen Ausgang genommen hätte, wenn der Kurfürst nicht schleunigst zur Hilfe herbeigeeilt wäre. Dennoch habe der Kurfürst am Abend nach der Schlacht dem Landgrafen von Homburg verziehen, dass er leichtherzig das Schicksal des ganzen Staates aufs Spiel gesetzt hatte, und ihm gesagt: „Wenn ich Euch nach der Strenge der Kriegsgesetze richtete, hättet Ihr das Leben verwirkt. Aber verhüte Gott, daß ich den Glanz eines solchen Glückstages beflecke, indem ich das Blut eines Fürsten vergieße, der ein Hauptwerkzeug meines Sieges war.“ Von dieser Homburg-Legende, die um die Jahrhundertwende in zahlreichen Darstellungen erschienen, von Historikern allerdings schon damals in den Bereich volkstümlicher

Überlieferungen verwiesen worden war, hatte auch Kleist ausweislich eines Bibliothekseintrags Kenntnis.

Ungeachtet historischer Genauigkeit verfolgt Friedrich der Große mit der Erwähnung der Homburg-Legende einen anderen Zweck. Indem er die großmütige und gnädige Reaktion des Großen Kurfürsten auf die Verletzung des Kriegsrchts schildert, kritisiert er zwischen den Zeilen und kaum bemerkbar das harte Urteil seines Vaters, des Soldatenkönigs, in einem ähnlichen Fall. Friedrich hatte zusammen mit seinem Freund, Hans Hermann von Katte, im Jahre 1730 eine Flucht ins Ausland geplant, um der väterlichen Strenge zu entgehen. Obwohl der Fluchtversuch schon im Anfangsstadium entdeckt worden war und Katte sich hieran nicht beteiligt hatte, handelte es sich – da beide Offiziere waren – um versuchte Fahnenflucht, zu der Katte Beihilfe geleistet hatte. Das wohlabgewogene Urteil des Kriegsgerichts, das mit knapper Mehrheit Katte nur zu lebenslanger Festungshaft verurteilt hatte, schärft Friedrich Wilhelm I. und begründet die Todesstrafe damit, er werde sich andernfalls auf „keinen Officier noch Diener, die in Eid und Pflicht sind, ... verlassen können“; „fiat justitia et pereat mundus“ zitiert der König und fügt hinzu, dass es ihm leid täte, es wäre aber besser, dass Katte stürbe, als dass die Justiz aus der Welt käme. In ähnlicher Weise antwortet er auf ein Gnadengesuch, es sei besser „daß ein Schuldiger nach der Gerechtigkeit sterbe, als daß die Welt oder das Reich zugrunde gehe“.

In ähnlichem Sinne argumentiert der Große Kurfürst bei Kleist. Schon unmittelbar nach dem Vorfall erklärt er seinen Willen, „daß dem Gesetz Gehorsam sei“ (II, 9), und im Gespräch mit Kottwitz wiederholt er: „Das Gesetz will ich,

**Nach kurzen Zwischenstationen im Militär- und Verwaltungsdienst folgt Kleist 1806 seiner Berufung als SCHRIFTSTELLER.**

die Mutter meiner Krone, aufrecht halten, die ein Geschlecht von Siegen mir erzeugt!“ (V, 5).

### Absolutistisches Gottesgnadentum und aufgeklärte Rechtsstaatlichkeit

Und an dieser Stelle nimmt die Figur des Großen Kurfürsten erneut die Züge Friedrichs des Großen an. Was der Kurfürst verkündet, ist nicht die Staatsauffassung des vergangenen Absolutismus, sondern sind die modernen Reformideen der preußischen Aufklärung. Für den barocken Kurfürsten kann nicht das Gesetz die „Mutter“ seiner Krone sein, denn seine Herrschaft wurzelt im Gottesgnadentum. So ermahnt der histori-

sche Kurfürst in seinem Politischen Testament von 1667 seinen Nachfolger, „er möge Gott, der ihn erschaffen und zu einem Herrn und Regenten so vieler Länder und Leute gesetzt hat, recht von Herzen fürchten und lieben“. In einem anderen Testament fordert er die Geschwister zur Liebe, Treue und zum Gehorsam gegenüber dem Kronprinzen auf, denn „er wird gekrönt, er wird gesalbet und er ist von Gott berufen zum Oberhaupt, ihr aber nicht“. Dieselbe Staatsauffassung vertreten seine Nachfolger. Sein Enkel, Friedrich Wilhelm I., der Soldatenkönig, fühlt sich zwar als „Amtmann Gottes“, beharrt aber dem Adel und seinen Untertanen gegenüber

Der zum Tode verurteilte Prinz von Homburg wartet auf seine Hinrichtung – eine Aufführung des Westfälischen Landestheaters im September 2010.



Bildnachweis: Volker Beushausen, Castrop-Rauxel

### Friedrich der Große lehnt das Gottesgnadentum ab und begründet seine Herrschaft auf den Prinzipien des AUFGEKLÄRTEN ABSOLUTISMUS.

auf seiner Souveränität: „Wir sind doch Herr und König und können tun, was wir wollen“, kennzeichnet sein absolutistisches Staatsverständnis.

Erst Friedrich der Große will kein princeps christianus sein, weshalb er auch das Niederknien bei der Überreichung von Petitionen untersagt und in der „heiligen Salbflasche“ und in sonstigen Zeremonien unnütze Erfindungen des Aberglaubens sieht. Unter dem Eindruck der Gewaltenteilungslehre Montesquieus lehnt er es immer häufiger ab, durch Machtsprüche Gesetze „umbzuwerfen“, weil alles „denen Rechten und denen Landesgesetzen gemäß tractirt werden soll“<sup>3</sup>. In seinem Politischen Testament von 1768 verdeutlicht er: „Alle Zivilprozesse werden nach den Gesetzen entschieden, und die Pflicht des Souveräns beschränkt sich darauf, sie zu erhalten.“ Wenn er dennoch wenige Jahre vor seinem Tode in den Prozess des Wassermüllers Arnold eingreift, so handelt er nicht aus Herrscherlaune, sondern im Gerechtigkeitsseifer, weil er – wenn auch zu Unrecht – der Justiz misstraut und jedem Untertan ohne Rücksicht auf Person und Stand ein unparteiisches Recht widerfahren lassen will.

Im Allgemeinen Landrecht für die preußischen Staaten von 1794 heißt es dann in § 22 der Einleitung: „Die Gesetze des Staats verbinden alle Mitglieder desselben, ohne Unterschied des Standes, Ranges und Geschlechts.“ Und nach Kant, den Kleist studiert hatte und an dem er verzweifelt war, ist der Staat „die Vereinigung einer Menge

von Menschen unter Rechtsgesetzen“. Diese Rechtsgesetze, die der Herrscher zwar noch gibt – teilweise sogar unter Beteiligung der Stände –, an die er sich selbst aber gebunden fühlt und deren Anwendung im einzelnen Fall Gerichte überprüfen, die immer häufiger richterliche Unabhängigkeit für sich beanspruchen, machen den Beginn des Rechtsstaats aus, der anstelle des Gottesgnadentums nun die Legitimität monarchischer Herrschaft begründet. Der Weg hierzu ist lang. Noch Jahrzehnte später wird König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen die ihm von der Frankfurter Nationalversammlung angebotene Kaiserkrone ablehnen, die er, wie er schreibt, als eine „Wurstbretzel von Meister Bäcker und Metzger, aber nicht von Gottes Gnaden“ ansieht, zumal auch die preußische Nationalversammlung 1848 beschlossen hatte, in den Eingangsworten der Verfassung die Worte „von Gottes Gnaden“ im königlichen Titel zu streichen. Sie finden sich dann allerdings in der oktroyierten Verfassung von 1850 wieder. Das Allgemeine Landrecht von 1784 hatte dagegen ebenso fortschrittlich wie distanziert vom Monarchen nur als vom „Oberhaupt des Staates“ gesprochen.

Im Gegensatz zum Kurfürsten ist der Obrist Kottwitz gleichsam der Vertreter der alten absolutistischen Ordnung, wenn er seinen Landesherrn mit den Worten umzustimmen sucht:

„Herr, das Gesetz, das höchste, oberste,  
Das wirken soll in deiner Feldherrn Brust,  
Das ist der Buchstab’ deines Willens nicht;  
Das ist das Vaterland, das ist die Krone,  
Das bist du selber, dessen Haupt sie trägt“  
(V, 5).

Nach absolutistischer Staatsauffassung konnte der Fürst als oberster Gesetzgeber und oberster Gerichtsherr das Gesetz in der Tat nicht nur jederzeit aufheben oder ändern, sondern es auch im Einzelfall durchbrechen und richterliche Entscheidungen durch eigene ersetzen, was in zivilrechtlichen Streitigkeiten als Machtspruch bezeichnet wird. Kottwitz plädiert für die alte Einheit der Staatsgewalten, wenn er darauf hinweist, dass das höchste Gesetz der Monarch selber sei, und wenn er die Geringschätzung des Rechtssatzes mit den Worten beschwört „Was kümmert dich, ich bitte dich, die Regel.“

Diese alte Ordnung war jedoch zur Zeit Kleists überwunden. Svarez, einer der Schöpfer des Allgemeinen Landrechts, hatte in seinen Kronprinzenvorträgen, die er dem nachmaligen König Friedrich Wilhelm III. hielt, betont, der Regent dürfe mangels nötiger Kenntnisse und erforderlicher Zeit nicht selbst Richter sein, sondern müsse die gerichtlichen Erkenntnisse aufrecht erhalten und sich willkürlicher Aufhebungen oder Abänderungen enthalten. Schon vor der französischen Menschenrechtserklärung von 1789 mit ihrer Forderung nach Gewaltenteilung hatten die Vorläufer des Allgemeinen Landrechts ein Machtspruchverbot enthalten, das dann als Ironie der Geschichte wegen seiner angeblichen französischen Herkunft aus der Endfassung gestrichen wurde.

### Gesetzesherrschaft und Gnade

Auch Natalie wendet sich – der „lieblichen Gefühle“ wegen – gegen die strenge Herrschaft des Gesetzes, indem sie der rechtsstaatlichen Gesetzesbindung die Individualgerechtigkeit als gleichsam höhere Ordnung entgegenstellt:

„Vielmehr, was Du, im Lager auferzogen, Unordnung nennst, die Tat, den Spruch der Richter

In diesem Fall, willkürlich zu zerreißen, Erscheint mir als die schönste Ordnung erst.“ (IV, 1)

Hierbei darf freilich das „willkürliche“ Zerreißen des Richterspruchs nicht in einem pejorativen Sinne verstanden werden, der dem Worte heute eigen ist. „Willkür“ ist hier nicht als absolutistische Herrscherlaune, sondern als eine aus dem Willen gekürte, also eine frei gewählte Entscheidung zu verstehen. Dennoch ist Natalie, wenn auch gefühlsmäßig, Anhängerin der alten Ordnung, der die Außerkraftsetzung der gerichtlichen Entscheidung durch einen Herrscherspruch „als die schönste Ordnung erst“ erscheint.

Die Richtertätigkeit absolutistischer Herrscher ist jedoch nicht nur als Gewaltmonismus abzulehnen, sondern hat sich auch rechtsgeschichtlich von Nachteil erwiesen. Denn durch die Häufigkeit der Machtsprüche, die den unterschiedlichen Einzelfällen gerecht werden sollten und die vielfach von den Parteien durch Suppliken erbeten worden waren, wurde das Recht zersplittert und unübersichtlich, so dass Allgemeingültigkeit des Gesetzes und Rechtsvertrauen litten. Die Verwerflichkeit der „Kabinettsjustiz“

**Erst als der Prinz den Rechtsspruch des Monarchen anerkennt, kann dieser GNADE walten lassen und das Todesurteil abwenden.**

wurde dann zu einem Kampfbegriff des bürgerlichen Rechtsstaats im 19. Jahrhundert. Im Übrigen hatte bereits der historische Kurfürst in seinem Politischen Testament seinen Nachfolger gewarnt: „Huttet Euch, das Ihr in Justits Sachen keinen bescheid ertheilte, es sey dan des Kegentheill zuzforderst mitt seiner Verantwortung vernommen.“

Mit gutem Grund nennt der Kurfürst die Kassation richterlicher Urteile „Unordnung“, die er nur in Kauf nehmen will, wenn Homburg, „dem das Gesetz die Kugel zuerkante“ (V, 3), „den Spruch für ungerecht kann halten“ (IV, 1). Denn im Unterschied zu Natalie, die nur ihrem Herzen folgen will, fürchtet er eine Ohnmacht des Gesetzes, bei der dann „auf dem Schlachtenwagen, eigenmächtig, mir in die Zügel jeder greifen darf?“ (V, 5). Erst als sich Homburg dem, wie er selbst sagt, „Rechtsspruch“ des Kurfürsten unterwirft und die Todesstrafe akzeptiert, ist für den obersten Kriegsherrn der Weg zur Gnadenentscheidung frei.

Die Bewunderung für die Gnade, die ihren Ursprung im Sakralen hat und als Herrschertugend, als „clementia Caesaris“, bis ins Mittelalter fortwirkte, wird von der Aufklärung skeptisch gesehen. Kant bezeichnet sie „unter allen Rechten des Souveräns [als] das Schlüpfrigste“, können doch massenhafte Gnadenerweise der Unverbrüchlichkeit des Gesetzes und der Autorität des Staates Abbruch tun. Gustav Radbruch hatte als Reichsjustizminister darauf verwiesen, dass die Amnestien der Weimarer Republik „zu einer Verlotterung des Strafrechts führten“. Das übersieht Natalie, wenn sie gefangen vom Einzelschicksal, dem Kurfürsten vorhält: „Dies Vaterland, das wird um dieser Regung deiner Gnade nicht gleich, zerschellt in Trümmern, untergehn.“ (IV, 1)

**Kleist setzt die Novelle „Michael Kohlhaas“ ins 16. Jahrhundert und macht daran die Probleme seiner EIGENEN ZEIT deutlich.**

### „Michael Kohlhaas“

Blicken wir auf das dichterische Gemälde des „Michael Kohlhaas“, so können wir auch hier – allerdings nur in einer Nebenfigur am Rande – die Konturen Friedrichs des Großen erkennen. Kleists Biograph<sup>4</sup> verweist hierfür auf jenen „würdigen alten Herrn“, der „Handel und Wandel, wo er nur vermochte, fort half“ und als Vorfahr des jetzigen Junkers Wenzel früher die Tronka-Burg innehatte. Das 16. Jahrhundert, in dem Kleist die Novelle spielen lässt, ist gleichsam nur eine gemalte Zeitkulisserie, vor der der Dichter wiederum die Probleme seiner Epoche deutlich machen will. So verkörpert der Junker Wenzel die *hommes nouveaux*, zu denen auch der Usurpator Napoleon gehört, und ist die antisächsische Stoßrichtung des Stückes unverkennbar. Hatte sich doch Sachsen Ende 1806 vom Bündnis mit Preußen gelöst, mit Napoleon Frieden geschlossen, und war der Kurfürst für seinen Eintritt in den Rheinbund mit dem Königstitel belohnt worden. Demzufolge ereignet sich das Unrecht, das Michael Kohlhaas angetan wird, auf sächsischem Boden, am Anfang der Erzählung durch den Schlagbaum verdeutlicht, von dem Kohlhaas zum Zöllner gleichsam als Summe der kommenden Ereignisse sagt, „Wenn der Baum im Walde stehen geblieben wäre, wärs besser gewesen, für mich und Euch.“ Es ist dann auch der Dresdner Gerichtshof, der infolge von Klüngelei die berechtigte Klage des Kohlhaas niederschlägt. Am Ende der Novelle kehrt der Kurfürst von

**Trotz der vielen Ungerechtigkeiten, die Michael Kohlhaas widerfahren, ist die Novelle ein PLÄDOYER für die Rechtfertigung des Staates.**

Sachsen „zerrissen an Leib und Seele nach Dresden zurück“.

**Ein Plädoyer für den Staat?**

Trotz – möglicherweise auch wegen – der Niederlage Preußens ist Kleists Verhältnis zur Institution Staat ungebrochen. Hatte das Allgemeine Landrecht die Pflicht des Staates betont, „für die Sicherheit seiner Unterthanen, in Ansehung ihrer Personen, ihrer Ehre, ihrer Rechte und ihres Vermögens zu sorgen“, so lässt Kleist Michael Kohlhaas (im Gespräch mit Luther) poetischer, aber auch dramatischer formulieren: „Verstoßen ... nenne ich den, dem der Schutz der Gesetze versagt ist! Denn dieses Schutzes, zum Gedeihen meines friedlichen Gewerbes, bedarf ich; ja, er ist es, dessenhalb ich mich, mit dem Kreise dessen, was ich erworben, in diese Gemeinschaft flüchte.“ In der distanzierteren Sprache des Bundesverfassungsgerichts stellt sich „die Sicherheit des Staates als verfasster Friedens- und Ordnungsmacht und die von ihm zu gewährleistende Sicherheit seiner Bevölkerung“ als Verfassungswert dar, von dem die „Institution Staat“ ihre „eigentliche und letzte Rechtfertigung herleitet“.<sup>5</sup>

Jede Gesellschaft bedarf des Staates, weil ohne ihn ein „bellum omnium contra omnes“ herrscht, was nicht nur als staatstheoretische Erkenntnis überlie-

fert, sondern auch in der Praxis erfahrbar ist. Kurze Zeit vor Erscheinen des „Michael Kohlhaas“ hatte Adam Müller in seinen „Elementen der Staatskunst“ (1809) die These verkündet, „der Mensch ist nicht zu denken außerhalb des Staates“; er sei „von allen Seiten in den Staat verflochten“ und so wenig „er aus sich selbst heraustreten kann, ebenso wenig aus dem Staate“. Aber nicht der Staat an sich, sondern nur der auf Gesetz und Recht verpflichtete Staat, in moderner Terminologie der Rechtsstaat, kann einen geregelten und für alle Bürger gleichen Schutz durch die Gesetze gewährleisten. Entfernt man Gesetz und Recht, dann sind in Anlehnung an ein kürzlich wieder zitiertes Augustinus-Wort Staaten nichts anderes als große Räuberbanden.

Ungeachtet der drastischen Mängel in der Rechtspflege ist „Michael Kohlhaas“, so widersprüchlich dies zunächst erscheinen mag, ein Plädoyer für die Rechtfertigung des Staates. So ausufernd Kohlhaas auch sein „Geschäft der Rache“ betreibt, so wenig will er an die Stelle des Staates eine andere Ordnung setzen. Er verlangt nur den Schutz der Gesetze und will, als dieser ihm versagt wird, „in einem Land, in welchem man mich in meinen Rechten nicht schützen will, nicht bleiben“, wie er zu seiner Frau Lisbeth sagt. Nachdem ihm am Ende Gerechtigkeit widerfährt und damit, wie es in der Novelle heißt, „sein höchster Wunsch auf Erden erfüllt“ ist, nimmt Kohlhaas die Todesstrafe als Sühne für den Bruch des Landfriedens aus freiem Willen an, indem er die angebotene Flucht nicht ergreift. Und dennoch bleibt die Entscheidung für den Tod bei Michael Kohlhaas rechtsbegierig-trotziger, während sie beim Prinzen von Homburg an der gewählten Schwel-

le zur Unsterblichkeit heldischer wirkt.

Bei der Würdigung des Kohlhaas ist Rudolf von Ihring zu widersprechen, der ihn in seiner berühmten Schrift „Der Kampf um's Recht“<sup>6</sup> als „Märtyrer seines Rechtsgefühls“ rühmt. Auch Kleist erwähnt mehrmals dieses „Rechtsgefühl“, das bei Kohlhaas „einer Goldwaage“ glich, ihn aber dennoch, wie bereits im ersten Absatz der Novelle festgehalten wird, „zum Räuber und Mörder“ machte. Kohlhaasens Goldwaage ist eben subjektiv und nicht von der Rechtsordnung geeicht. Sein anfangs berechtigter Gerechtigkeitseifer schlägt in Gerechtigkeitsfanatismus um. Er, der sich wegen versagten Rechtsschutzes „zu den Wilden der Einöde“ hinausgestoßen fühlt, fällt selbst, wie Luther in der Novelle schreibt, „wie der Wolf der Wüste in die friedliche Gemeinheit“ ein, was den anfangs „rechtschaffendsten“ schließlich zum „entsetzlichsten Menschen seiner Zeit“ macht.

**Selbstjustiz versus staatliches Gewaltmonopol**

Geht es in der Novelle vordergründig um Rechtsbruch und Rechtsschutz, um Verbrechen und Strafe, so klingt im Hintergrund ein Essentiale des Staates der Neuzeit, das staatliche Gewaltmonopol, an. Dieses Gewaltmonopol ist das entscheidende Kriterium, um den Staat der Neuzeit von mittelalterlichen Herrschaftsverbänden abzusetzen. Der Souverän muss innerhalb seines Herrschaftsbereichs Gesetz und Befehl notfalls mit physischer Gewalt gegen die

Untertanen durchsetzen und darf auf seinem Territorium keine fremde Gewalt dulden. Erst durch die Monopolisierung der Gewalt wird der Staat zum Friedensverband und wird der Krieg aller gegen alle, wie er für die mittelalterliche Fehde und Rache charakteristisch ist, aufgehoben. Ohnehin ist Kohlhaas als Rosshändler nicht zur Fehde berechtigt, die im Übrigen durch den auch in der Novelle erwähnten Ewigen Reichslandfrieden von 1495 endgültig beseitigt wurde. Umso empfindlicher ist die Reichssouveränität durch die Selbstjustiz des Rosshändlers und die Verletzung des im Originalfall erst vier Jahrzehnte dauernden Landfriedens getroffen, weshalb Luther in seinem überlieferten Brief an Hans Kohlhaas von 1534 darauf verweist, „nu ist selbst Richter sein und selbst richten gewißlich unrecht, und Gottes Zorn läßt es nicht ungestraft“.

Wegen des staatlichen Gewaltmonopols ist die Wiederherstellung verletzten Rechts Aufgabe der staatlichen Rechtsordnung und ihrer Gerichte, wofür die Gewalt verstaatlicht und ihre Anwendung auch zu Genugtuungszwecken verboten wird. So unterscheidet auch das Preußische Allgemeine Landrecht von 1794 die „unerlaubte Privatgewalt“ von der öffentlichen Gewalt, das heißt der Gewalt des Staates. Nur in Ausnahmesituationen, wenn obrigkeitliche Hilfe nicht zu erlangen ist, darf der Bürger zur Abwehr von Gefahren private Gewalt allerdings nur im erforderlichen Umfange ausüben. Das Maßhalten („tene mensuram“) hatte gerade jener Kaiser Maximilian I. zu seinem Wahlspruch erkoren, der auch den Landfrieden erlassen hatte. Der Rechtsstaat als Staat des Maßes muss sich nicht nur selbst des Übermaßes enthalten, sondern darf Maßlosigkeit auch im Verhält-

**Kleist's Kohlhaas zeigt den Staat als alleinigen Inhaber des GEWALTMONOPOLS. Eigenmächtiges Handeln und Selbstjustiz werden nicht geduldet.**



nis der Bürger zueinander nicht dulden. Es sind nicht, um Rudolf von Ihering noch einmal zu zitieren, „der ideale Schwung seines Rechtsgefühls, seine heroische, Alles vergessende und Alles opfernde Dahingabe an die Idee des Rechts“, die Michael Kohlhaas die Todesstrafe erleiden lassen, sondern es sind die von ihm begangenen Straftaten, die unter Außerachtlassung jedes Gefühls bei objektiver Betrachtung in keinem vernünftigen Maß zu dem ihm zugefügten Unrecht stehen. Deshalb kann auch mit einem Kleist-Wort geschlossen werden: „Verflucht das Herz, das sich nicht mäß'gen kann.“ (Penthesilea) ///



/// PROF. DR. DR. DETLEF MERTEN

ist em. Lehrstuhlinhaber für Öffentliches Recht, insbesondere Wirtschaftsverwaltungsrecht und Sozialrecht an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.

#### Anmerkungen

<sup>1</sup> Reuß, Roland / Staengle, Peter: Heinrich von Kleist, Sämtliche Werke, Brandenburger Ausgabe, Bd. IV/2, Briefe 2, Basel u. a. 1999, S. 386 (388).

<sup>2</sup> Dießelhorst, Malte / Duncker, Arne: Hans Kohlhaase. Die Geschichte einer Fehde in Sachsen und Brandenburg zur Zeit der Reformation, Frankfurt am Main u. a. 1999.

<sup>3</sup> Cabinetsordre v. 22.10.1752 (Acta Borussica, Denkmäler der Preußischen Staatsverwaltung im 18. Jahrhundert, Behördenorganisation, Bd. IX, S. 494 f. (495), Nr. 277.

<sup>4</sup> Blamberger, Günter: Heinrich von Kleist – Die Biographie, Frankfurt am Main 2011, S. 418.

<sup>5</sup> Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, Band 49, Tübingen 1979, S. 24 (56 f.).

<sup>6</sup> Ihering von, Rudolf: Der Kampf um's Recht, Wien, 4. Aufl., 1874, S. 63.

Aus Anlass des doppelten Jahrestages Hanns Seidels, des 50. Todestages und des 110. Geburtstages, erinnerte die Hanns-Seidel-Stiftung am 29. Juli 2011 mit einem Festakt an ihren Namensgeber. Dabei stand die herausragende Persönlichkeit Hanns Seidels, seine Bedeutung für Bayern, für seine Partei, die CSU, ebenso im Mittelpunkt wie eines seiner zentralen Anliegen, die politische Bildungsarbeit.

/// Aufbruch in eine neue Zeit

## ERÖFFNUNG DES FESTKOLLOQUIUMS ZUM 50. TODESTAG UND 110. GEBURTSTAG VON HANNS SEIDEL

**HANS ZEHETMAIR** /// Wir gedenken heute eines Mannes, den Bescheidenheit und Zurückhaltung ebenso gekennzeichnet haben wie die Scheu vor öffentlichem Lob und leerer Rhetorik. Er hätte sich, was das öffentliche Lob betrifft, heute unter uns also vermutlich nicht recht wohl gefühlt. Leere Rhetorik hätte er in diesen Räumen allerdings nicht fürchten müssen.

Wir gedenken heute, am 29. Juli 2011, eines Mannes, dessen Wesen sein Vorvorgänger und Nachfolger im Amt des Bayerischen Ministerpräsidenten, Hans Ehard, noch am Tag der Beerdigung in einer kurzen Gedenksitzung des Ministerrats mit den treffenden Worten charakterisiert hat: „Geradlinigkeit, Klarheit, kritisches und selbstkritisches Maßhalten, nüchternes Urteil, ein unbestechli-

cher Sinn für Recht und Gerechtigkeit und eine außerordentliche Arbeitskraft“.

Wir gedenken heute des früheren bayerischen Wirtschaftsministers, dann Landesvorsitzenden sowie Oppositionsführers der Christlich-Sozialen Union in den etwas trüben Zeiten der Viererkoalition, den seine so ungewöhnliche wie steile Karriere aber schließlich verdient und zum Wohle

unseres Landes in das „schönste Amt der Welt“ getragen hat.

Wir gedenken heute des Namensgebers unserer Politischen Stiftung. Wir gedenken und erinnern heute an Dr. Hanns Seidel.

Willkommener Anlass ist uns hierzu ein doppelter Jahrestag: 2011 rundet sich sowohl der 50. Todestag Hanns Seidels, den wir in wenigen Tagen, am 5. August, feierlich an seinem Grab auf dem Münchner Westfriedhof mit einer morgendlichen Kranzniederlegung begehen werden. Es rundet sich aber auch am 12. Oktober der 110. Geburtstag dieser großen Persönlichkeit der deutschen Nachkriegsgeschichte. Wir feiern heute gewissermaßen also auch seinen Geburtstag.

Mit Recht trägt unsere der Christlich-Sozialen Union nahestehende Politische Stiftung seit ihrer Gründung 1967

den Namen Hanns Seidels. Vielfältige Gründe für diese Entscheidung und ihre bleibende Richtigkeit sind seitdem immer wieder genannt worden. Zwei davon möchte ich Ihnen als Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung an dieser Stelle kurz ins Gedächtnis rufen: Seit seinen Schultagen hatte Hanns Seidel den humanistischen Bildungsgedanken mit seiner Idee der selbstverantwortlichen, umfassenden Persönlichkeitsformung durch fortwährendes eigenes Streben tief verinnerlicht. Nach seinen Erfahrungen mit dem nationalsozialistischen Unrechtsstaat und geprägt durch seinen eigenen beruflichen Werdegang konzentrierte sich dieser Grundgedanke für ihn in der jungen Bundesrepublik Deutschland dann besonders auf den Bereich der politischen Bildung. „Wer die politische Wirklichkeit aufmerksam

betrachtet“, bekannte er 1956 im Bayerischen Landtag, „kann nicht übersehen, dass die Idee eines freiheitlichen politischen Systems keineswegs als ein fester Erlebniswert im Bewusstsein unseres Volkes lebendig und wirksam ist. Gewiss sind Fortschritte gemacht worden, aber schon die Tatsache, dass wir gezwungen sind, uns immer mehr ... mit den Angriffen von rechts und links gegen dieses System zu beschäftigen, muss uns beweisen, wie sehr wir noch von politischer Bildung entfernt sind.“ Dass eine Politische Stiftung, zu deren Kernauftrag die politische Bildung gehört und als deren „permanente und eigentliche Aufgabe“ Bundespräsident Roman Herzog später „die Erziehung zur Demokratie“ bezeichnen sollte, heute den Namen Hanns Seidels trägt, ist vor diesem Hintergrund mehr als schlüssig.

Ein zweiter Punkt ist damit bereits angeklungen, denn Hanns Seidel hat eben nicht nur in seinem konkreten Fachgebiet, der Wirtschaftspolitik, für den Freistaat Bayern Zukunftsweises geleistet. Wie wenige seiner Weggefährten hat der christsoziale Denker der ersten Stunde immer wieder auch grundsätzliche Überlegungen zum Verhältnis von Weltanschauung, Wertbindung, Moral und politischem Handeln angestellt. Zeitlebens ließ ihn die Frage nach einer ethischen Fundierung der Politik nicht los.

Für Hanns Seidel persönlich lag dieses Fundament festgegründet in seinem christlichen Glauben katholischer Prägung. Dieser war ihm Richtschnur für alle wesentlichen Probleme der politischen Ethik. Dieser machte ihn zu einem Politiker, für den Toleranz nicht nur Duldung, sondern Achtung vor dem anderen war. Dieser ließ ihn unpräntentös und ehrlich seinem eigenen Idealbild ei-

nes „Politikers aus christlicher Verantwortung“ nahekommen, das er seiner christlichen Volkspartei 1960 folgendermaßen ins Stammbuch geschrieben hatte: „Die Glaubwürdigkeit und die Rechtfertigung einer solchen Partei hängt davon ab, ob in ihr ein unerschütterlicher Kern von Menschen tätig ist, der in der Politik nicht nur eine Gelegenheit zur Ausübung der Macht sieht, sondern der von der Überzeugung durchdrungen ist, daß es keine Diskrepanz zwischen Weltanschauung und politischem Handeln geben darf, daß vielmehr Politik ein Auftrag ist, dessen Vollzug am Ende der Tage verantwortet werden muss. Je größer und zuverlässiger dieser Kern ist, desto weiter kann der Bogen gespannt werden, unter dem Menschen der verschiedensten Herkunft ihre politische Heimat finden können.“

Hanns Seidel war überzeugt von der Notwendigkeit der normativen Bindungen politischen Handelns. Er glaubte an die Überzeugungskraft rationaler Argumente in der politischen Auseinandersetzung. Und trotz seiner engen Bindung an Prinzipien war er kein Doktrinär, sondern ein weitsichtiger und erfolgreicher Mann der politischen Praxis. Einer Politischen Stiftung, die in Bayern, Deutschland und Europa Wissen und Werte vermittelt, die ihre weltweite Arbeit für Demokratie, Frieden und Entwicklung in ihrer Satzung explizit auf „christlicher Grundlage“ verortet und sich zum „christlichen Menschenbild“ als Orientierungsmaßstab bekennt, steht dieser Namenspatron auch in ihrem fünften Lebensjahrzehnt gut an. Die Hanns-Seidel-Stiftung trägt seinen Namen mit Stolz und dem Bewusstsein der daraus resultierenden Verpflichtung. Die Hanns-Seidel-Stiftung trägt seinen Namen darüber hinaus heute als Mittlerin

Hans Zehetmair (l.), Barbara Stamm, Ursula Münch und Christian Seidel bei der Gedenkveranstaltung für Hanns Seidel am 29.7.2011.



Bildnachweis: Hubertus Klingsbögl, Hanns-Seidel-Stiftung, München.

zwischen Wissenschaft, Politik, Kultur und den Menschen vor Ort in über 70 Ländern dieser Erde. Vielleicht hätte sich unser Jubilar – nicht aus persönlicher Eitelkeit, sondern um der Sache willen – über diese Tatsache in aller Bescheidenheit doch ein wenig gefreut.

Im Doppelgedenkjahr würdigt die Hanns-Seidel-Stiftung ihren Namensgeber in Form einer neuen Broschüre. Sie trägt den treffenden Titel „Hanns Seidel – Aufbruch in eine neue Zeit“.<sup>1</sup> Sie ist entstanden unter der maßgeblichen Mitwirkung des Historikers Dr. Stephan Deutinger und des Graphikers Stefan Josef Bittl. Hinweisen möchte ich auch auf die Politischen Studien Nr. 438<sup>2</sup>. Diese Ausgabe enthält ein langes Zeitgespräch mit Herrn Professor Dr. Christian Seidel, der auf eindrucksvolle Art viele unbekannte, sehr persönliche Facetten seines Vaters schildert. Auch Ihnen, Herr Professor Seidel, ein warmer und persönlicher Dank für diese Einblicke in Wesen und Werk Ihres geschätzten Herrn Vaters.

Zentrales Anliegen unserer heutigen Veranstaltung ist neben dem ehrenden Gedenken an Dr. Hanns Seidel, den Wegbereiter für eine neue Zeit, auch das Aufgreifen eines seiner bereits genannten Kernthemen: die politische Bildungsarbeit. Auch in dieser Hinsicht war Dr. Hanns Seidel zweifellos ein Wegbereiter. Wir dürfen und werden deshalb mit Recht und Gewinn danach fragen, welche aktuelle Bedeutung politischer Bildung heute zukommt und welchen Herausforderungen sie im 21. Jahrhundert entgegen geht. Dies übernehmen nun die Präsidentin des Bayerischen Landtags, Frau Barbara Stamm, und die künftige Leiterin der Politischen Akademie Tutzing, Frau Professor Dr. Ursula Münch. ///



/// DR. H.C. MULT. HANS ZEHETMAIR  
ist Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung, München und Staatsminister a.D.

#### Anmerkungen

<sup>1</sup> Deutinger, Stephan / Höpfinger, Renate: Hanns Seidel - Aufbruch in eine neue Zeit, München 2011.

<sup>2</sup> Seidel, Christian: Hanns Seidel - Zeitzeugen Gespräch mit seinem Sohn Prof. Dr. Christian Seidel, in: Politische Studien 438/2011, S. 6-25.

/// Hanns Seidel zum Gedenken

## REDE DER LANDTAGSPRÄSIDENTIN

**BARBARA STAMM /// Fünf Jahrzehnte sind seit dem Tod von Hanns Seidel vergangen. Dennoch steht zwischen ihm und uns keine historische Distanz. Auch aus einem Abstand von einem halben Jahrhundert können wir wie selbstverständlich die Brücke zu seiner Person und zu seinem Wirken schlagen. Diese Nähe und Präsenz findet sich v. a. in seinem politischen Wirken.**

Wir begehen heute einen doppelten Jahrestag eines großen Unterfranken: den 110. Geburtstag und 50. Todestag des früheren CSU-Vorsitzenden und Bayerischen Ministerpräsidenten Hanns Seidel.

Ich freue mich sehr, dass Sie mir die Ehre zugebracht haben, heute meinen großen unterfränkischen Landsmann zu würdigen: bei einem Festakt in der Stiftung, die seinen Namen trägt. Ich danke der Hanns-Seidel-Stiftung, Herrn Dr. Zehetmair und allen Mitarbeitern, die das Werk und das Vermächtnis Hanns Seidels weiterführen.

Hanns Seidel war einer der maßgeblichen Richtungsbestimmer für den Weg Bayerns nach dem Krieg. Das Bayern, wie wir es heute kennen, ist ganz wesentlich auf den Fundamenten erstanden, die Hanns Seidel mit gelegt hat: bei der Konstituierung des Freistaats und später als Bayerischer Ministerpräsident. Hanns Seidel war es, der den Wandel Bayerns vom Agrar- zum Industrieland begann, ohne dabei wertvolle kulturelle

Prägungen aufzugeben: Wegbereiter einer neuen Zeit. Aber es ist darüber hinaus in besonderem Maße die Persönlichkeit Hanns Seidel, die uns Heutige immer noch besonders anspricht. Zwei Facetten der Person Hanns Seidel, des Menschen wie des Politikers, stechen hervor: die Prägung durch die Erfahrungen tiefster Brüche und Umbrüche – zwei Weltkriege, die Schrecken der NS-Diktatur, der Neubeginn nach 1945 und als Antwort darauf die Suche nach den ethischen Grundlagen des politischen Tuns.

Umbruch als Dauerzustand – dieser beherrschende Eindruck erfüllt uns seit wohl zwanzig Jahren, seit dem Fall der Mauer und der Neuordnung Europas und der Weltordnung. Ich nenne nur beispielhaft die Entwicklung von der bipolaren Welt des Kalten Krieges zur multipolaren Welt der Globalisierung, den Aufstieg Asiens und Chinas innerhalb kurzer Zeit, „Arabellion“, fast über Nacht die Veränderungen in der arabischen Welt und die

Nachfolgen der Finanzkrise bis zur Sorge um die Stabilität der Währung.

Was für die Politik gilt, scheint auch für die Gesellschaft zu gelten: Altes scheint sich aufzulösen, ohne dass die Gestalt des Neuen immer schon sichtbar wäre. Soziale Bindekräfte scheinen abzunehmen, der Zuspruch zu Großinstitutionen wie den Kirchen, Gewerkschaften und auch Parteien ist nicht mehr selbstverständlich, zugleich gibt es im Internet ganz neue Formen der Kommunikation.

Was bleibt, ist der Eindruck einer neuen Unübersichtlichkeit, gar eines „Abschieds von der Normalität“ im Sinne eines „Nachrufes auf unser Leben, wie es bisher war“, wie es zuletzt der Publizist Gabor Steingart in seinem so betitelten neuen Buch behauptet. Im gleichen Maße wächst auch für uns das Bedürfnis nach einem Ankerpunkt – von dem aus wir die uns umgebenden Umbrüche verstehen und soweit möglich auch gestalten können.

Die Fragen, die sich Hanns Seidel in seiner Zeit stellten, stellen sich uns auch heute – sie sind bis heute aktuell. Und das gilt gerade für seine Gedanken und Überlegungen zum Verhältnis von Politik und Ethik, die er entwickelte. Sie sprechen auch zu uns und in unsere Zeit. Lassen Sie uns deshalb zunächst einen kurzen Blick auf die Stationen seines Lebens werfen.

### Hanns Seidel – ein Leben in Umbrüchen

Hanns Seidel wurde am 12. Oktober 1901 in Schweinheim bei Aschaffenburg geboren. Schon sein Heimatdorf erlebte in dieser Zeit das Gegenteil unserer heute oft verbreiteten Vorstellung von einer damaligen „heilen Welt“ – sondern tatsächlich große, grundlegende Umbrü-

che, vom Bauerndorf hin zur Industriedorf. Auch die familiäre Situation war von einfachen Verhältnissen und Unsicherheit geprägt: Hanns Seidel verlor seinen Vater, als er sieben Jahre alt war, und seine Mutter hatte noch fünf weitere Kinder zu versorgen.

Der Historiker Dr. Stephan Deutinger fasst in seinem Porträt Hanns Seidels zu dessen 100. Geburtstag als die entscheidenden Prägungen aus seiner Kindheit und Jugend zusammen: die katholische Bindung, das Verständnis für soziale Probleme und Fragen der Ambivalenzen von Industrialisierung und Moderne, der humanistische Bildungsgedanke mit seiner Idee der Selbstverantwortlichen sowie die umfassende Persönlichkeitsentwicklung durch eigenes Streben.

Nach dem Studium vor allem in Würzburg, währenddessen er für seinen Lebensunterhalt auch als Hauer in einem westfälischen Bergwerk arbeitete, ließ sich Hanns Seidel 1929 in Aschaffenburg als Rechtsanwalt nieder. 1932, während der letzten Phase der Weimarer Republik, trat er der Bayerischen Volkspartei (BVP) bei und kandidierte ein Jahr später bei den Stadtratswahlen in Aschaffenburg. Er musste dafür bezahlen, als er nach der Machtübernahme der NSDAP in die so genannte „Schutzhaft“ genommen wurde. Anschließend flüchtete er für einige Monate in das damals litauische Memel. Obwohl er dem Regime nicht genehm war – Seidel vertrat zahlreiche Juden und wurde dafür auch im NS-Hetzblatt „Der Stürmer“ angegriffen –, konnte er unter Auflagen als Rechtsanwalt arbeiten. Es folgte die Kriegsteilnahme von 1940 bis 1945.

Die amerikanische Militärregierung ernannte den politisch unbescholtenen Hanns Seidel zum Landrat von Aschaffenburg und für die CSU kandidierte er

1946 erfolgreich für die Verfassunggebende Landesversammlung und den Bayerischen Landtag. Im September 1947 berief Ministerpräsident Hans Ehard Hanns Seidel zum Bayerischen Staatsminister für Wirtschaft. Das Amt musste er nach der Landtagswahl 1954 abgeben, als eine Viererkoalition unter Führung der SPD die Regierung bildete. Die CSU-Landtagsfraktion wählte Hanns Seidel zu ihrem Sprecher.

Da Seidel die politische Bildung als mitentscheidend für den Aufbau und Erhalt eines demokratischen Staates ansah, nahm er einen Sitz im Kuratorium der neu gegründeten Akademie für Politische Bildung in Tutzing ein. Im Januar 1955 wählte die CSU-Landesversammlung Hanns Seidel in einer Kampfabstimmung gegen Franz Josef Strauß zum neuen Parteivorsitzenden. Mit ihm kam es zu einer grundlegenden organisatorischen und personellen Erneuerung der Partei. Als die Viererkoalition im Oktober 1957 zerbrach, wählte der Landtag Hanns Seidel zum Ministerpräsidenten. Doch schon im Januar 1960 musste Hanns Seidel als Ministerpräsident und ein Jahr später als CSU-Vorsitzender aus Krankheitsgründen zurücktreten. Am 5. August 1961 starb Hanns Seidel. Nur wenige Monate später begannen die Planungen für die Stiftung, die seinen Namen tragen sollte.

Ein Leben in Umbrüchen und die Kunst, daraus Aufbrüche werden zu lassen – darin konnte oder musste sich Hanns Seidel Zeit seines Lebens erweisen. Und das tat er, mutig, im Angesicht des braunen Terrors und danach, bei der Begründung des modernen Bayerns und der neuen deutschen Demokratie mit einer Sozialen Marktwirtschaft, die er gemeinsam mit Ludwig Erhard und anderen durchzusetzen half. So war er tat-

sächlich einer der Wegbereiter einer neuen Zeit. Auch aufgrund dieser Erfahrungen seiner Zeit hat sich Hanns Seidel immer mit dem Verhältnis von Politik und Ethik auseinandergesetzt. Auch das machte ihn zum Wegbereiter für Zeiten, in denen vieles nicht mehr selbstverständlich erscheint und in denen sich Politik immer wieder ihrer ethischen Verpflichtung klar werden muss.

### Hanns Seidel – Politik und Ethik

Die ethischen Grundsätze und Ziele seines politischen Handelns, die Hanns Seidel etwa in der Schrift „Weltanschauung und Politik“ im Jahr 1960 niederlegte, beschrieben seine persönlichen Positionen – sie sollten aber gleichzeitig auch im politischen Leben zur Orientierung dienen.

Zu diesem Zeitpunkt, vor über fünfzig Jahren, hatte Deutschland nicht nur die schlimmsten materiellen Kriegsfolgen überwunden – es hatte vielmehr ein noch nie da gewesenes Wirtschaftswunder erlebt, dessen Massenwohlstand alles Bisherige in den Schatten stellte. Damit gingen – und nicht erst seit 1968 – weitere soziale Veränderungen einher: ein langsamer Wandel gesellschaftlicher Formen und Strukturen, hin zu einer quasi amerikanisch-westeuropäischen Orientierung der Lebensstile. Auch damals führten viele die Diskussionen, die uns heute so vertraut vorkommen: Woran soll sich Politik zuerst und vor allem orientieren? An der so genannten Lebenswirklichkeit, an einer Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lebensumstände?

Hanns Seidels Antwort war: Ja – aber nicht nur. Wirtschaftlicher Fortschritt ist notwendig – aber nicht um seiner selbst willen. Vielmehr muss er einer gesellschaftlichen Leitidee dienen, die das Wohl des Menschen in den Mittelpunkt

stellt. Nicht den abstrakten Menschen als gemeinschaftsloses Einzelwesen, wie es gewisse Liberalisten meinten. Und schon gar nicht den Menschen sozialistischer Dogmen, dessen einzige Bestimmung ist, im Kollektiv aufzugehen. Nein – gemeint ist der Mensch als Einzel- und Gemeinschaftswesen. Der menschliche Wunsch nach Erfüllung im eigenen Leben und im Leben mit anderen ist zeitlos gültig und diese Überzeugung ist die Richtschnur allen verantwortlichen politischen Handelns.

Diese Begründung ist zeitlos und gerade deswegen aktuell. Hanns Seidel hat das selbst so ausgedrückt: Sein Menschenbild war das einer, wie er es selbst sagte, „gemeinschaftsbezogenen Persönlichkeit“. Das heißt: Jeder Mensch ist für sich selbst und für den Mitmenschen verantwortlich. Hanns Seidel hat von daher die Grundprinzipien und Überzeugungen seiner Politik entfaltet. Jede verantwortungsvolle Politik braucht diese feste ethische Fundierung und Orientierung. Aber das heißt, dass sich praktische Politik nicht nur auf die Bewältigung alltäglicher Anforderungen beschränken oder gar auf die Vertretung bestimmter Interessen oder Gruppen verlegen kann.

Und gleiches gilt auch für die Wirtschaft. Wirtschaft ist nicht wertfrei und sie ist nicht Selbstzweck. Die Wirtschaft muss dem Menschen dienen, nicht umgekehrt. Deshalb sind auch die Idee der Sozialen Marktwirtschaft und ihre Umsetzung – für die Hanns Seidel so stark eintrat – ein Ausdruck ethischer Fundierung unseren Tuns, ein Erfolg, den wir immer wieder neu aktualisieren müssen.

Und ein weiteres, auch heute höchst aktuelles Thema hat Hanns Seidel gedanklich und politisch entwickelt: Schon damals, vor über 50 Jahren, wusste Hanns Seidel, das ein naiver

Fortschrittsglauben nicht nur unsinnig, sondern sogar höchst gefährlich ist. Nicht alles, was technisch möglich ist, ist allein deshalb schon ethisch begründet. Nicht alles, was machbar ist, ist auch erlaubt. Wir sprechen heute gerne von „Nachhaltigkeit“. Dieser Begriff – in der Gegenwart so handeln, dass auch die Nachkommen in der Zukunft gut leben können – wird heute in fast inflationärer Weise in allen politischen und nicht-politischen Kontexten verwendet. Doch er drückt nichts anderes aus als das, was Hanns Seidel unter ethischer Verantwortbarkeit verstand. Denn am Ende ist es eben so – und das wusste Hanns Seidel –, dass der Politiker nicht allein durch Wahlen legitimiert ist. Sondern er ist auch über seine Amtszeit hinaus für sein Handeln verantwortlich.

Das war es, was Hanns Seidel meinte, als er das Idealbild des Politikers beschrieb, „der in der Politik nicht nur eine Gelegenheit zur Ausübung der Macht sieht, sondern der von der Überzeugung durchdrungen ist, daß es keine Diskrepanz zwischen Weltanschauung und praktischem Handeln geben darf, daß vielmehr Politik ein Auftrag ist, dessen Vollzug am Ende der Tage“ – und „im letzten Grund vor Gott“ – „verantwortet werden muss“. Dieser Satz – und die Verpflichtung, die er ausdrückt – gilt auch heute und in allen Umbrüchen unserer Tage vielleicht mehr denn je.

#### Wegbereiter einer neuen Zeit

Die Umbrüche, die wir gegenwärtig erleben und die Umbrüche, die Hanns Seidel erlebte, sind nicht dieselben. Die Situationen in Bayern und Deutschland nach 1945 und nach 1989 lassen sich zwar vergleichen, aber nicht gleichsetzen. Gesellschaft und Politik verändern sich ständig. Strukturen und Formen

des Zusammenlebens ändern sich. Aber zugleich gilt: Wesentliche menschliche Grundbedürfnisse und -orientierungen bleiben. Und davon an erster Stelle: Die Veränderungen nicht einfach passiv geschehen zu lassen, sondern sie anhand dauerhafter Wertmaßstäbe, soweit es menschenmöglich ist, zu gestalten.

Wer heutzutage einer so genannten gesellschaftlichen Atomisierung und einer Auflösung aller sozialen Bindungen das Wort redet, der verkennt, Menschen wollen sich immer, auch heute, orientieren und zwischenmenschlich verbinden, wollen Beheimatung erfahren, Anerkennung und Erfüllung. In diesem Sinne ist der Mensch, wie der bekannte Neurologe und Psychiater Viktor Frankl das ausdrückt, ein wertfühlendes und ewig sinnsuchendes Wesen. Und der Wunsch nach einem erfüllten Leben, in Partnerschaft, Familie und Beruf, gilt gerade auch für junge Menschen, wie etwa die Shell-Jugendstudie zeigt. Auch und gerade in Zeiten vieler Umbrüche und Unübersichtlichkeiten.

Dauerhaft und zeitlos aktuell bleiben damit auch die Grundfragen jeder Gesellschaft und Politik: Was hält uns zusammen? Was leitet uns? Mit welchen Maßstäben und zu welchen Zielen sind wir unterwegs? Für was, für welche Ordnung lohnt es sich, zu arbeiten und zu leben? Wie entsprechen wir den Wünschen der Menschen, wie erleichtern wir ihnen das Erfüllen ihrer Vorstellungen von einem guten und glücklichen Leben? Wie geben wir ihnen Raum, ihre Ideale und Ziele zu verwirklichen?

Das bestätigt ja auch eine andere aktuelle Erfahrung: Selbst wenn die Wirtschaft brummt – das reicht nicht. Die Menschen verlangen nach mehr, nach Orientierung und klaren, verständlichen politischen Haltungen. Mit diesem Wis-

sen haben wir es selbst in der Hand, die Umbrüche unserer Zeit aktiv zu gestalten und zu Aufbrüchen werden zu lassen. Wir gestalten unsere Zeit, so wie Hanns Seidel seine Zeit gestaltet hat, mit diesem festen Wissen: Eine gute Politik braucht weltanschauliche Klarheit im Sinne der christlichen Ethik. So wie es Franz Josef Strauß, Nachfolger Seidels im CSU-Vorsitz, in einer Würdigung für Seidel im Jahr 1987 schrieb: „... daß eine Politik ‚nur aus der Welt und für die Welt‘ unausweichlich in Orientierungslosigkeit und Sinnleere abgeleitet, daß die richtige Wegweisung für die Herstellung des Gleichgewichts zwischen Staatsmacht und Menschenwürde nur aus der Religion kommen kann“.

In diesem Sinne sollten wir so wie Hanns Seidel sprechen, in politischen Auseinandersetzungen „in der Sache lebendig und hart“ und uns zugleich „von allen persönlichen Angriffen freihalten“. Das ist unser ethischer und politischer Anspruch und unser Auftrag und das ist unser Vorteil gegenüber allen anderen politischen Mitbewerbern. Und das sollte auch gegen alle Verzagtheiten ein guter Grund zum Selbstbewusstsein sein.

In diesem Sinne: Wegbereiter einer neuen Zeit – das war Hanns Seidel und das wollen wir sein. Nutzen wir dazu unsere Erfahrungen und unsere Stärken, unsere großen Möglichkeiten und Chancen in unserer Zeit. ///



/// BARBARA STAMM, MDL  
ist Präsidentin des Bayerischen Landtages, München.

/// Aktuelle Bedeutung und künftige Herausforderungen

## POLITISCHE BILDUNG

**URSULA MÜNCH** /// Der Beitrag widmet sich in erster Linie den aktuellen und künftigen Herausforderungen für die Politische Bildung. Anlässlich der Publikation zum 50. Todestag und 110. Geburtstag von Hanns Seidel liegt eine Ausweitung des Themas nahe: Er wird daher auch darauf eingehen, wie sich der Auftrag für die Politische Bildung aus der Sicht von Hanns Seidel dargestellt hat und welche Aufgaben in seiner Zeit zentrale Anforderungen an die Politische Bildung waren.

### Politische Bildung in den 1950er- und 1960er-Jahren

Während der unmittelbaren Nachkriegsjahre wurde von kritischen Zeitgenossen immer wieder ein Zusammenhang zwischen dem Scheitern der Weimarer Demokratie und den damaligen Defiziten im politischen Wissen der Bevölkerung hergestellt. Diese Diagnose wurde in den 1950er-Jahren teilweise mit dem besorgten Hinweis verbunden, dass diese Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit in Sachen Demokratieeignung der Bürgerschaft nach wie vor groß sei.<sup>1</sup> Auch wenn damalige Pädagogen attestierten, dass bereits „manches Gute für die Politische Bildung geschehen sei“, stellten sie doch fest: Die Aufbaujahre nach dem Krieg seien zwar wirtschaftlich sehr gut genutzt worden, „nicht aber in ausreichender Weise“ für die Politische Bildung.<sup>2</sup>

Hanns Seidel hatte mehrfach Gelegenheit, seine Einschätzungen zur Bedeutung und zu den Orten der Politi-

schen Bildung zu äußern. Am prominentesten geschah dies im Rahmen der damaligen Auseinandersetzung über die Errichtung der Akademie für Politische Bildung im Jahr 1956.<sup>3</sup> In seinen damaligen Redebeiträgen begründete Hanns Seidel sein klares Bekenntnis zur Notwendigkeit von Politischer Bildung zunächst mit bestehenden Defiziten: Die Politische Bildung „weiter Kreise unserer Bevölkerung“ sei „mangelhaft und ungenügend“.<sup>4</sup> Die eigentliche Bedrohung der Demokratie sah Hanns Seidel in seiner damaligen Funktion als Sprecher der (oppositionellen) CSU-Fraktion dabei weniger in den „Angriffen von rechts und links“ als vielmehr in der Gefahr, „die aus der Schwäche kommt, die Freiheit zu be-greifen und in der Freiheit zu leben und zu wirken“.<sup>5</sup> Politische Bildung, so Hanns Seidel im Mai 1956, setze zwar ein „Mindestmaß von Wissen“ voraus, sie verlange jedoch mehr. Sie wachse

hervor „aus der rechten Einschätzung des hohen Wertes einer Gemeinschaftsordnung auf der Grundlage der Gerechtigkeit und Freiheit“, und sie gipfele schließlich in „der Bereitschaft, diese freiheitliche Ordnung zu behaupten und für ihre Erhaltung auch persönliche Opfer zu bringen“.<sup>6</sup> Politische Bildung, diese Auffassung vertrat Hanns Seidel auch in seiner Funktion als Bayerischer Ministerpräsident, müsse so beschaffen sein, dass die Staatsbürger „verführerischen Schlagworten und demagogischen Parolen – ganz gleich, aus welcher Richtung sie kommen – nicht kritiklos verfallen“ könnten.<sup>7</sup>

Im Jahr 1956 sprachen sich die CSU-Fraktion und mit ihr Hanns Seidel dafür aus, den Auftrag zur Politischen Bildung nicht vorrangig bei einer einzelnen Institution ansiedeln, sondern in eine Gesamtstruktur einzubetten. Ihr damaliger Alternativvorschlag zum Plan der Viererkoalition, eine Akademie für Politische Bildung einzurichten, sah vor, die Politische Bildung auf eine „möglichst freie und breite Basis zu stellen“. Da man unterstellte, dass „jede vom Staat her eingerichtete, verwaltete und gelenkte Anstalt“ mit großer Wahrscheinlichkeit „wirkungslos“ sein werde,<sup>8</sup> sah der CSU-Vorschlag alternativ vor, „die Politische Bildung im freien Raum den freien Bildungsträgern sozusagen als Selbstverwaltungsaufgabe zu überlassen“.<sup>9</sup> Dieser Vorschlag basierte auf folgender Einschätzung: „Unser Staatswesen hängt geistig weitgehend im luftleeren Raum, es wird im wesentlichen nur von der Regierung, dem Parlament und den Beamten gehalten und getragen.“ Hanns Seidels damalige Diagnose ist allein schon deshalb interessant, weil er das Fehlen von Strukturen beschrieb, die wir heutzutage als zivilgesellschaftliche

Strukturen bezeichnen. Deren schwache Ausprägung, so Seidel, führe zu einem beklagenswerten Erscheinungsbild des staatlichen Lebens. Diesem bescheinigte er „Blutarmut“.<sup>10</sup>

Hanns Seidel wollte gerade denjenigen Organisationen im gesellschaftlichen Raum Funktionen in und für die Politische Bildung zuweisen, deren Distanz zum Staat und zum Gemeinwohl er gleichzeitig bemängelte. Diesen scheinbaren Widerspruch versuchte er aufzulösen. Und zwar mit dem Hinweis, dass eben diesen Standesverbänden, Jugendgruppen, Bildungs- und Kulturvereinigungen ungeahnte Kräfte „zufließen“ würden. Dies sei dann der Fall, wenn „alle diese Gemeinschaften in ihre Verbandsziele auch die Bildung des Staatsbürgers aufnahmen, wenn sie die Sache des Staates zu der ihrigen machten“.<sup>11</sup> Der Auftrag, die Politische Bildung zu einem der Verbands- oder Vereinsziele zu machen, sollte dieser Konzeption zufolge zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Zum einen hielt Hanns Seidel es für erforderlich, die Verbindung zwischen den zivilgesellschaftlichen Strukturen und denen des Gemeinwesens auf eine neue Grundlage zu stellen. Zum anderen wollte Hanns Seidel aber vor allem die Politische Bildung der Bürger und damit die Zukunft der demokratischen Ordnung in der noch jungen Bundesrepublik Deutschland fördern.

### Gemeinsamkeiten und Unterschiede – Politische Bildung damals und heute

Die Nachkriegsjahre waren geprägt von dem Verlust an Orientierung, der mit dem Ende des NS-Regimes einherging. Als Folge dieses Orientierungsverlusts war die westdeutsche Gesellschaft auch

noch Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik von einer „tiefen Sinnkrise“ verunsichert.<sup>12</sup> Die damals völlig anderen politischen Ausgangsbedingungen – Kalter Krieg und Deutsche Teilung – schufen auch andere Anforderungen an die Politische Bildung. Deutschland, so der Politikwissenschaftler Arnold Bergstraesser, stelle sich gleichsam als eine „Experimentierstation“ dar, „an der sich die Spannungen der Welt der Gegenwart unmittelbar äußern“.<sup>13</sup> Aus dieser Konstellation ergab sich eine ganz zentrale Zielsetzung für die Politische Bildung in der Bundesrepublik Deutschland: Diese sollte sich klar von der ideologisierten Politischen Erziehung der DDR abgrenzen.

Die damalige politische Verunsicherung trug zur apolitischen Haltung einer Mehrheit der Bevölkerung bei. Ca. Zweidrittel der westdeutschen Bevölkerung zeigte in den 1950er-Jahren kein Interesse an politischen Fragen.<sup>14</sup> Stattdessen war eine deutliche Mehrheit der Bundesdeutschen bis in die 1960er-Jahre weitgehend auf den Beruf sowie die Familie bezogen. Angesichts einer Sechstageswoche und einer Arbeitszeit für Industriearbeiter von in der Regel 50 Wochenstunden<sup>15</sup> blieb einem Großteil der Bevölkerung für Freizeitaktivitäten ebenso wenig Zeit wie für politisches Engagement. In dieses Bild einer leistungsorientierten Gesellschaft im Wiederaufbau passt, dass die Vorzüge der neuen politischen Ordnung zunächst weniger in der Demokratie und der Freiheit gesehen wurden als im wirtschaftlichen Erfolg. Diese insgesamt apolitische Haltung der 1950er-Jahre wirkte auch in die Schulen hinein. So wies der Politikwissenschaftler Thomas Ellwein in einer Studie im Jahr 1955 auf die geringe Bereitschaft v. a. älterer Lehrer hin, poli-

tische Fragen zu thematisieren und Unterricht in Politik zu erteilen.<sup>16</sup>

### Grundsätzliche Aufgaben der Politischen Bildung

Einzelne Anforderungen an die Politische Bildung haben sich seit den 1950er-Jahren vollständig verändert, andere wiederum erscheinen zeitlos.<sup>17</sup> Mit Blick auf die zeitlosen Anforderungen und Aufgaben ist an erster Stelle eine Feststellung von Alexis de Tocqueville zu nennen, die Theodor Eschenburg im Jahr 1955 wieder ins Gedächtnis rief: Der Zustand der Demokratie sei, so Tocqueville, „weder gut noch böse, sondern ständiger Korrektur bedürftig, weil ihm tödliche Gefahr droht“.<sup>18</sup> Eschenburg ergänzte diese Diagnose durch die Aufforderung zum Demokratielernen: Demokratie „mit ihrem komplizierten System“, so Eschenburg, müsse „gelernt werden“. Denn, so Eschenburg: „Der mündige Bürger fällt nicht vom Himmel“.<sup>19</sup> Der Einschätzung, dass zu den grundlegenden Aufgaben Politischer Bildung zunächst die Vermittlung von Wissen sowie darauf aufbauend die Befähigung zur kritikfähigen Identifikation mit der verfassungsmäßigen Ordnung gehört, ist zuzustimmen. Diese Wissensvermittlung durch die Politische Bildung muss aber gewissen Ansprüchen genügen. Oder, um Felix Messerschmid, den ersten Direktor der Akademie für Politische Bildung Tutzing, zu zitieren: „Was schon im nächsten Jahr vergessen sein wird, hat für die Politische Bildung wenig Interesse.“

Zusätzlich zu einer so verstandenen Wissensvermittlung und zu der genannten Befähigung zur kritikfähigen Identifikation mit der verfassungsmäßigen Ordnung kommt der Politischen Bildung zum einen die Aufgabe zu, die To-

leranzfähigkeit und die politische Urteilskraft der Bürgerinnen und Bürger zu fördern. Zum anderen muss Politische Bildung aber auch immer wieder deutlich machen, dass erstens die Demokratie die beste aller realisierbaren Ordnungsformen unseres Gemeinwezens ist und dass zweitens das Interesse und Engagement der Bürgerinnen und Bürger notwendig ist, um die Demokratie auch zu erhalten.

Aus dieser Aufgabenbeschreibung ergeben sich handlungsorientierte Aufgaben für die Politische Bildung. Sie muss gerade jungen Menschen die Erfahrung und auch die praktische Anleitung vermitteln, dass sie durch ihr Engagement und ihr Verhalten aktiv dazu beitragen können, wie diese Gesellschaft in Zukunft aussehen wird. Indem Politische Bildung zur gesellschaftlichen und politischen Teilhabe nicht nur befähigt, sondern auch motiviert, schafft sie die Grundlage dafür, dass gerade auch junge Menschen Beachtung und Anerkennung finden und sich selbst nicht als ausgegrenzte, sondern als wirksame Mitglieder der Gesellschaft wahrnehmen.<sup>20</sup> Politische Bildung darf ihren Anspruch demnach nicht darauf beschränken, aus hundertprozentigen Demokraten hundertzwanzigprozentige zu machen. Vielmehr besteht die schwierige Aufgabe darin, zum einen das weitere Anwachsen der Gruppe von Nichtwählern sowie der Protestwähler zu verhindern und zum anderen, auf das allmähliche „Verschwinden des Monopols der institutionellen und konstitutionellen Partizipationsformen“ zu reagieren.<sup>21</sup>

Ebenfalls zeitlos ist die Wirkung von Vorbildern. Eschenburg äußerte die Einschätzung, dass die „politische Erzie-

hung des Volkes im ganzen ... weitgehend durch die Politik“ geschehe.<sup>22</sup> Angesichts des Wandels hin zur Mediendemokratie würden wir diesen Satz heute anders formulieren: Die politische Erziehung geschieht nicht allein durch die Politik, sondern gerade auch durch die mediale Darstellung von Politik. Eschenburg zog aus seiner damaligen Beobachtung eine Schlussfolgerung, die selbst dann noch relevant ist, wenn man die vorgenommene Änderung des Zitats mit Blick auf die Rahmenbedingungen einer Mediendemokratie akzeptiert: „Deshalb werden die Bemühungen um politische Erziehung scheitern, wenn nicht die Politiker sich der erzieherischen Wirkung bewusst sind, die im Guten und Schlechten von ihrem Handeln ausgeht“.<sup>23</sup> Ministerpräsident Hanns Seidel schätzte die Verantwortung der politischen Akteure ähnlich ein: „Gerade weil das unmittelbare politische Geschehen so eng mit der Aufgabe der politischen Bildung verbunden ist, wird deren Bewältigung mit von dem abhängen, was wir tun, was wir reden und wie wir uns verhalten“.<sup>24</sup>

### Neue Herausforderungen für die Politische Bildung

Veränderte Herausforderungen ergeben sich für die Politische Bildung sowohl mit Blick auf ihren Adressatenkreis als auch hinsichtlich der Veränderungen in Politik und Demokratie selbst.

### Veränderungen beim Adressatenkreis von Politischer Bildung

Der demographische Wandel sowie die gesellschaftliche Differenzierung wirken sich in zweierlei Hinsicht auf die Politische Bildung aus. Zum einen werden sie selbst zu deren Thema, zum anderen müssen die Anbieter und Multiplikatoren

ren der Politischen Bildung sowohl mit ihren Angeboten als auch mit ihren Methoden auf den gesellschaftlichen Wandel reagieren. Damit stellt sich die Frage: Wie kann und soll Politische Bildung darauf reagieren, dass wir bzw. die Gesellschaft uns folgendermaßen verändern: weniger, bunter und älter?<sup>25</sup> Bei den hier plakativ genannten Veränderungen handelt es sich nicht um eine politische Zielkonzeption, sondern um eine Tatsachenfeststellung. Mit ihr muss sich nicht nur die Politik, sondern eben auch die Politische Bildung auseinandersetzen.

#### **Die Auswirkungen der Zuwanderungsgesellschaft**

Als Folge der Zuwanderung in die Bundesrepublik klaffen Staatsbürgerschaft und Einwohnerschaft inzwischen stark auseinander. Ein wachsender Teil der bundesdeutschen Wohnbevölkerung ist nicht oder noch nicht deutscher Staatsbürger.<sup>26</sup> Hierbei handelt es sich um einen wichtigen Tatbestand für die Politische Bildung. Schließlich ist die zuvor getroffene Feststellung, dass das Interesse und Engagement der Bürgerinnen und Bürger notwendig sei, um die Demokratie auch zu erhalten, so nicht völlig richtig. Die darin zum Ausdruck kommende Beschränkung auf die Staatsbürger allein reicht nicht mehr.<sup>27</sup> Die bei uns ohne die deutsche Staatsbürgerschaft Lebenden, also die Einwohnerinnen und Einwohner, müssen sich nicht für die Demokratie interessieren und sie brauchen sich auch nicht für sie engagieren, aber müssen ihren Wert und ihre Werte begreifen, zu schätzen wissen und diese bejahen. Und das ist eine neue und zentrale Aufgabe für die Politische Bildung.<sup>28</sup>

#### **Veränderungen in der altersmäßigen Zusammensetzung der Gesellschaft**

Neben der zunehmend heterogenen Zusammensetzung („bunter“) fällt vor allem ins Gewicht, dass die Bevölkerung älter wird und der Anteil der Kinder und Jugendlichen im Vergleich zu den 1950er- und 1960er-Jahren deutlich niedriger liegt („älter“ und „weniger“). Es verändert sich also das zahlenmäßige Verhältnis der Generationen zueinander. Was bedeutet diese „Unterjüngung“<sup>29</sup> der Wahlbevölkerung für die Politische Bildung?

Zunächst ist an eine Feststellung des Soziologen Franz-Xaver Kaufmann zu erinnern. Ihm zufolge kommt es nicht auf die Quantität der nachwachsenden Generation an, sondern auf deren Qualität: „Das relevante Ziel sollte also nicht die Vergrößerung der Geburtenzahlen, sondern die Vermehrung sozialisatorisch erfolgreicher Familien sein“.<sup>30</sup> In erster Linie muss es also um die Befähigung der nachwachsenden Generation gehen, am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben aktiv teilnehmen zu können und dieses mitzugestalten.

Für die Politische Bildung ergeben sich daraus zwei Anforderungen: Zum einen ist ein bedeutsames Ziel darin zu sehen, dem zahlenmäßig kleiner werdenden Teil der Gesellschaft von unter 20-Jährigen die Einsicht zu vermitteln, dass die Fähigkeit, Politik mit zu gestalten, nicht allein von der zahlenmäßigen Stärke einer gesellschaftlichen Gruppe abhängig ist, sondern auch von der Intensität und der Qualität ihres Engagements. Und diese Qualität kann mit Hilfe Politischer Bildung gezielt gestärkt werden. Das heißt, mittels Politischer Bildung können die Artikulationsfähig-

keit und damit die Hörbarkeit der nachwachsenden Generation gestärkt werden. Zum anderen darf aber bei einer derartigen Stärkung der Handlungsfähigkeit der jüngeren Generation die Politische Bildung der älteren Generation nicht aus den Augen verloren werden. Schließlich geht es auch darum, die an Lebenserfahrung Reichen darin zu bestärken, ihre Fähigkeiten und Erfahrungen einzubringen und sich in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft zu engagieren. Auch hierauf werden die Anbieter von Politischer Bildung reagieren müssen. Dabei ist keinesfalls eine stigmatisierende Sonderbehandlung von alten Menschen oder gar ein Senioren-Ghetto in der Politischen Bildung gefragt. Vielmehr wird es darum gehen, auf spezifische Weiterbildungsbedürfnisse einzugehen und die älteren Menschen nicht auf ihre Familien- oder Konsumentenrolle zu beschränken.

Bei aller Notwendigkeit, dass die Politische Bildung den demographischen Wandel bei der Ausrichtung ihrer Angebote berücksichtigt, wäre es aber überflüssig und wissenschaftlich nicht begründbar, Schreckensbilder wie etwa das von einer „Gerontokratie“ an die Wand zu malen. Und zwar schon aus dem Grund, weil weder „die Jungen“ noch „die Alten“ homogene Gruppen bilden. Vielmehr sind ihre Lebensläufe durch eine zunehmende Individualisierung geprägt.

Ein weiterer gesellschaftlicher Trend fordert die Politische Bildung heraus, nämlich der Umstand, dass die Lebensformen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen auseinanderdriften. Nicht nur die neueste Shell-Jugendstudie<sup>31</sup> konstatiert eine sich vergrößernde Kluft zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Grup-

pen. Dieser Trend äußert sich in mehrfacher Weise: Herkunftsbedingte Unterschiede in Schul- und Berufslaufbahnen werden durch das Heiratsverhalten auch zunehmend generationell verfestigt.<sup>32</sup> Die Tendenzen zu einer Segregation des Wohnungsmarktes, also zur „Konzentration bestimmter sozialer Gruppen auf einem Gebiet einer Stadt bzw. einer Stadtregion“<sup>33</sup> verstärken sich gerade in den Großstädten und sowohl die Mediennutzung als auch das Interesse an Politik klaffen schichtbedingt immer weiter auseinander.<sup>34</sup> Diese gesellschaftlichen Tendenzen sind auch für die Politische Bildung von Bedeutung. Vor dem Hintergrund der Annahme, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt eine zentrale Grundlage unserer demokratischen Ordnung darstellt, muss Politische Bildung mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln auf das Nachlassen der Kohäsionskräfte in unserer Gesellschaft reagieren. So hat Politische Bildung die Aufgabe, spezifische Methoden und eigenständige Formen der Vermittlung zu entwickeln, um auch die Menschen anzusprechen und zur Teilhabe zu motivieren, die eher im politikfernen Leben und Denken verharren bzw. dorthin gelangt sind. Und schließlich können die Angebote der Politischen Bildung dazu beitragen, die verschiedenen Zielgruppen – Alte, Junge, Migrantinnen, Arbeitslose und Erwerbstätige, Christen und Muslime – stärker im Gespräch als bisher zusammenzubringen.

#### **Inhaltliche Herausforderungen politischer Bildung**

Neben den genannten Veränderungen bei den Adressaten politischer Bildung sieht sich die Politische Bildung vor allem dadurch fundamentalen Verände-



rungen ausgesetzt, dass sich die inneren Funktionsbedingungen der Demokratie in den letzten Jahrzehnten weitreichend verändert haben. Und sie werden sich unter den Bedingungen von Globalisierung und Medialisierung und gesellschaftlichem Wandel noch weiter verändern.<sup>35</sup> Darauf muss auch die Politische Bildung reagieren.

### **Erste inhaltliche Herausforderung: Mediendemokratie**

Der Begriff der Mediendemokratie umschreibt die Tatsache, dass sich die politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse in modernen Demokratien „vorwiegend an den Erfolgsbedingungen einer medialen Öffentlichkeit orientieren“.<sup>36</sup> Diese Ausprägung der Demokratie als Mediendemokratie ersetzt die traditionelle repräsentative Demokratie jedoch nicht, sondern hat zur Folge, dass die parlamentarisch-repräsentative Parteiendemokratie durch zusätzliche politische Arenen ergänzt wird. Unter den Funktionsbedingungen einer Mediendemokratie und der Notwendigkeit für die politischen Parteien, sich auf eine zunehmende Zahl von Wechselwählern einzustellen, bilden ideologische Grundsätze immer weniger die Bezugspunkte von Politik und Politikern. Nicht die Suche nach einer wie auch immer definierten „guten Politik“, sondern die mediale Vermittelbarkeit von Politik und deren Erfolgsmessung mittels Umfragedaten und Popularitätswerten treten zunehmend in den Vordergrund.<sup>37</sup>

Wenn sich Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse immer häufiger an der medialen Vermittelbarkeit orientieren, birgt dies unter Umständen verschiedene Gefahren.<sup>38</sup> Erstens drohen eine Simplifizierung sowie die Emotio-

nalisation von Politik. Zweitens gerät Politik in die Erwartungsfalle, d. h., bedingt durch die Aufmerksamkeitsregeln in der Mediendemokratie fühlen sich Politiker zum Teil zu Versprechungen veranlasst, die über ihre tatsächlichen Handlungsmöglichkeiten hinausgehen. Drittens erzeugt die mediale Dauerpräsenz von Politik und Politikern bei Bürgerinnen und Bürgern die Fehleinschätzung, über Politik Bescheid zu wissen. Viertens steigt – bedingt vor allem durch die Online-Medien – die Geschwindigkeit der Medienberichterstattung. Diese Beschleunigung setzt auch die Politiker unter einen immensen Zeitdruck. Sie müssen nicht nur jederzeit erreichbar, sondern vor allem auch in immer kürzeren Zeiteinheiten bereit und in der Lage sein, gegenüber der Öffentlichkeit Einschätzungen zu komplexen Sachverhalten zu liefern.<sup>39</sup> Zeit zum Nachdenken und zur Beratung bleibt immer weniger. Fünftens wirkt eine auf Sensationen und Populismus ausgelegte Funktionsweise eines Teils der Massenmedien nicht nur nicht bildend, sondern hat unter Umständen Verdummungscharakter, und – das erscheint besonders wichtig – entzieht der Politik und damit auch der Demokratie das notwendige Vertrauen. D. h., sie verstärkt die ohnehin bestehende Tendenz zur Politikdistanz und zur Verächtlichmachung von Politik und politischem Personal.<sup>40</sup>

### **Zweite Veränderung im politischen System der Bundesrepublik: Ausweitung der Tendenz zur Aushandlungsdemokratie**

Die Tendenz zur Aushandlungsdemokratie ist den Bundesdeutschen aufgrund unseres föderalen Systems sowie der meist bestehenden Notwendigkeit, Ko-

alitionsregierungen zu formen, an und für sich nichts Neues. Neu ist aber, dass diese Verhandlungssysteme angesichts der Europäisierung und Globalisierung von Politik weiter an Bedeutung gewinnen und sich die Tendenz verstärkt, dass die entsprechenden Aushandlungsprozesse häufig informell und abseits der Öffentlichkeit ablaufen. Dieses Erfordernis ist zum einen mit der Funktionslogik der Massenmedien kaum vereinbar und zieht zum anderen das demokratietheoretische Problem eines relevanten Bedeutungsverlusts der Bürgerinnen und Bürger nach sich. Bürger fühlen sich von Entscheidungen ausgeschlossen, beklagen die fehlende Transparenz von politischen und administrativen Entscheidungsverfahren. Aus Sicht der politischen Akteure tut sich hier die Schwierigkeit auf, nicht nur den sich aus den Funktionsmechanismen von Verhandlungssystemen ergebenden Anforderungen gerecht werden zu müssen, sondern eben auch den zum Teil gegensätzlichen Transparenz- und Repräsentationsansprüchen der Öffentlichkeit.<sup>41</sup>

Die jüngsten Forderungen nach einer stärkeren Bürgerbeteiligung und nach der Aufnahme von Elementen der plebiszitären Demokratie lassen sich als eine Gegenreaktion auf diese Entwicklung interpretieren. Die Frage ist aber, ob diese plebiszitäre Gegenbewegung tatsächlich geeignet ist, das beklagte Transparenzdefizit zu überwinden. Schließlich hätte eine stärkere plebiszitäre Verwurzelung der Politik eine noch stärkere Differenzierung zwischen den interessierten und aktiven Bürgerinnen und Bürgern und den sich „abgehängt“ fühlenden Bevölkerungsteilen zur Folge: „Volksabstimmungen haben eine größere soziale Schieflage als allgemeine Wahlen“.<sup>42</sup>

### **Konsequenzen für die Politische Bildung**

Demokratie hängt nicht nur von der Qualität der Amtsinhaber ab, sondern vor allem auch von der Urteils- und Auswahlfähigkeit derjenigen, die den Amtsinhabern ihr Vertrauen aussprechen und sie in die Ämter wählen. Diese Kritik- und Urteilsfähigkeit<sup>43</sup> wird unter den Bedingungen der Mediendemokratie und der Entwicklungen in Richtung Aushandlungs- und Expertengremien-demokratie stärker denn je herausgefordert.

Insgesamt lässt sich also feststellen, dass Politische Bildung mit Blick auf die von ihr zu bewältigenden Anforderungen tatsächlich immer noch Überschneidungen mit den Anforderungen aufweist, die sich ihr zu Zeiten Hanns Seidels gestellt haben. Gleichzeitig erscheint aber offenkundig, dass sich nicht nur die zeitgeschichtlichen Bedingungen geändert haben, sondern vor allem auch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sowie die strukturelle Ausprägung unserer Demokratie. Für die Politische Bildung bedeutet dies eine mehrfache Herausforderung, sowohl inhaltlich als auch mit Blick auf die Adressaten. Es erscheint dabei müßig, sich mit der Frage zu befassen, ob diese Herausforderungen einfacher oder schwieriger sind, als es die Herausforderungen an die Politische Bildung zu Zeiten Hanns Seidels waren. Zumindest kann man aber feststellen, dass sich nicht nur die Probleme und Herausforderungen verändert haben, sondern auch unsere Erfahrungen und Fähigkeiten, diesen Herausforderungen gerecht zu werden. Es besteht also Anlass zur Zuversicht, dass dieser „Aufbruch in eine neue Zeit“ – gerade auch mit Unterstützung all derjenigen, die

zur Politischen Bildung beitragen – glücken wird. ///



/// PROF. DR. URSULA MÜNCH  
ist Leiterin der Politischen Akademie  
Tutzing.

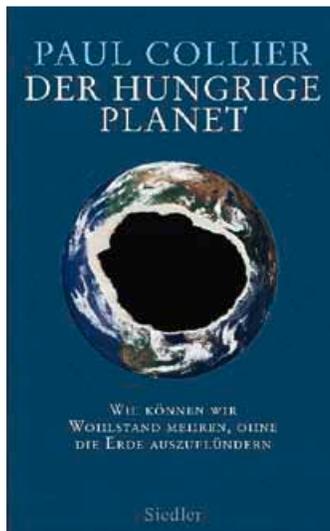
#### Anmerkungen

- <sup>1</sup> So die Einschätzung des späteren Direktors der Akademie für Politische Bildung Tutzing, Dr. Felix Messerschmid, in seiner Rede vom 22.2.1956 vor dem Bayerischen Landtag, Messerschmid, Felix: Die Akademie als Mitte der politischen Bildungsarbeit, in: Kristallisationskern politischer Bildung. Zur Geschichte der Akademie 1957 bis 2007, hrsg. von Heinrich Oberreuter und Steffen H. Elsner, München 2009, S. 27-41, hier S. 27 f.
- <sup>2</sup> Ebd., S. 29.
- <sup>3</sup> Zur Entstehungsgeschichte der Akademie für Politische Bildung Tutzing vgl. Gelberg, Karl-Ulrich: „Eine Existenzfrage unserer Demokratie“. Die Gründung der Akademie für Politische Bildung, München 2007.
- <sup>4</sup> Seidel, Hanns: StenProt BayLT 3/59 vom 24.4.1956, S. 1905.
- <sup>5</sup> Ebd.
- <sup>6</sup> Seidel, Hanns: StenProt BayLT 3/63 vom 23.5.1956, S. 2058.
- <sup>7</sup> Seidel, Hanns: Politische Reife und Mündigkeit. Rede anlässlich des Festaktes zur Eröffnung der Akademie für Politische Bildung Tutzing am 21.2.1959 in der Großen Aula der LMU München, in: Über die Freiheit. Festvorträge zur Gründung und zu den Jubiläen der Akademie. 50 Jahre Akademie für Politische Bildung, hrsg. von Heinrich Oberreuter, München 2008, S. 17-22, hier S. 17.
- <sup>8</sup> Seidel, Hanns: StenProt BayLT 3/63 vom 23.5.1956, S. 2060.
- <sup>9</sup> Ebd.
- <sup>10</sup> Ebd.
- <sup>11</sup> Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik: Die Lage der IT-Sicherheit in Deutschland 2011, Bonn 2011.
- <sup>12</sup> Schulz, Günther: Rahmenbedingungen, in: Geschichte der Sozialpolitik. Band 3: Bundesrepublik 1949-1957. Bewältigung der Kriegsfolgen, Rückkehr zur sozialpolitischen Normalität, hrsg. von Günther Schulz, Baden-Baden 2006, S. 53.
- <sup>13</sup> Bitkom: IT-Kriminalität in Deutschland, www.bitkom.org/files/documents/BITKOM\_Praesentation\_IT-Kriminalitaet\_30\_06\_2011.pdf, Stand: 15.7.2011.

- <sup>14</sup> Meulemann, Heiner: Wertewandel in der Bundesrepublik zwischen 1950 und 1980: Versuch einer zusammenfassenden Deutung vorliegender Zeitreihen, in: Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertewandel. Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von Dieter Oberndörfer, Hans Rattinger und Karl Schmitt, Berlin 1985, S. 391-411, hier S. 397 f.
- <sup>15</sup> Schildt, Axel: Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und „Zeitgeist“ in der Bundesrepublik der 50er-Jahre, Hamburg 1995, S. 443.
- <sup>16</sup> Ellwein, Thomas: Pflegt die deutsche Schule Bürgerbewusstsein? Ein Bericht über die staatsbürgerliche Erziehung in den höheren Schulen der Bundesrepublik, München 1955, wiedergegeben nach Detjen, Joachim: Politische Bildung. Geschichte und Gegenwart in Deutschland, München / Wien 2007, S. 114 f.
- <sup>17</sup> Sutor, Bernhard: 50 Jahre Politische Bildung – Erfolge und Defizite in einer subjektiven Bilanz, in: Standortbestimmung Politische Bildung, hrsg. von Heinrich Oberreuter, Schwalbach/Ts. 2009, S. 23-36.
- <sup>18</sup> Tocqueville de, Alexis; zitiert nach Eschenburg, Theodor: Herrschaft der Verbände?, Stuttgart 1956, S. 7.
- <sup>19</sup> Eschenburg, Theodor: Anfänge der Politikwissenschaft und des Schulfaches Politik in Deutschland seit 1945, in: Augsburgs Universitätsreden, 7. Vortrag und Ansprachen anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Philosophische Fakultät, Augsburg 1986, S. 27, [http://opus.bibliothek.uni-augsburg.de/volltexte/2006/474/pdf/UR\\_7Eschenburg1986.pdf](http://opus.bibliothek.uni-augsburg.de/volltexte/2006/474/pdf/UR_7Eschenburg1986.pdf)
- <sup>20</sup> Zum Zusammenhang zwischen sozialer Ausgrenzung und der Entstehung von Aggression vgl. Bauer, Joachim: Schmerzgrenze. Vom Ursprung alltäglicher und globaler Gewalt, München 2011, S. 58 ff.; Deth van, Jan W.: Politische Partizipation, in: Politische Soziologie. Ein Studienbuch, hrsg. von Viktoria Kaina und Andrea Römmele, Wiesbaden 2009, S. 141-161, hier S. 153 f.
- <sup>21</sup> Deth van: Politische Partizipation, S. 156.
- <sup>22</sup> Eschenburg, Theodor nach einem Zitat von Prof. Dr. Hans-Otto Mühleisen anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Universität Augsburg, in: Augsburgs Universitätsreden, Augsburg 1985, S. 5, [http://opus.bibliothek.uni-augsburg.de/volltexte/2006/474/pdf/UR\\_7Eschenburg1986.pdf](http://opus.bibliothek.uni-augsburg.de/volltexte/2006/474/pdf/UR_7Eschenburg1986.pdf)
- <sup>23</sup> Ebd.
- <sup>24</sup> Seidel: Politische Reife und Mündigkeit, S. 20 f.
- <sup>25</sup> Kösters, Winfried: Weniger, bunter, älter. Den demographischen Wandel aktiv gestalten, München 2011.
- <sup>26</sup> Davy, Ulrike: Politische Integration der ausländischen Wohnbevölkerung, Baden-Baden 1999; Bryde, Brun-Otto: Ausländerwahlrecht und grundgesetzliche Demokratie, in: Juristenzeitung 44/1989, S. 257-304.
- <sup>27</sup> Schönwälder, Karen: Einwanderer als Wähler, Gewählte und transnationale Akteure, in: Politische Vierteljahresschrift 50/2009, S. 832-849.
- <sup>28</sup> Vgl. z. B. Lange, Dirk / Polat Ayça: Migration und Alltag. Unsere Wirklichkeit ist anders, Schwalbach/Ts. 2010; Reiter, Stefanie / Wolf,

- Richard: Maßnahmen zur politischen Bildung für Migranten und Migrantinnen. Expertise für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Bamberg 2006, <http://www.bpb.de/files/2AELAY.pdf>
- <sup>29</sup> Lehr, Ursula: Die Jugend von gestern und die Senioren von morgen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 20/2003, S. 3-5.
- <sup>30</sup> Kaufmann, Franz-Xaver: Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen, Frankfurt am Main 2005, S. 163 f.
- <sup>31</sup> Albert, Mathias / Hurrelmann, Klaus / Quenzel Gudrun: Jugendliche in Deutschland – Optionen für Politik, Wirtschaft und Pädagogik, in: Jugend 2010. Eine pragmatische Generation behauptet sich, hrsg. von Shell Deutschland Holding, Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe 1133, Bonn 2010, S. 343-360, hier S. 346.
- <sup>32</sup> Blossfeld, Hans-Peter / Timm, Andreas: Who marries whom in West Germany, in: Who marries whom? Educational systems as marriage markets in modern societies, hrsg. von Hans-Peter Blossfeld und Andreas Timm, Dordrecht 2003, S. 19-35.
- <sup>33</sup> Barnick, Ole u. a.: Auswirkungen des Wohnumfeldes auf Armutslage und Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen, Berlin 2004, [http://www.familienheute.de/attachments/142\\_Auswirkungen%20des%20Wohnumfeldes%20auf%20Armutslage/pdf](http://www.familienheute.de/attachments/142_Auswirkungen%20des%20Wohnumfeldes%20auf%20Armutslage/pdf)
- <sup>34</sup> Seven One Media: Sinus Milieus. Lebensstil, Fernsicht und Umgang mit neuer Kommunikationstechnologie, [http://www.sinus-institut.de/uploads/tx\\_mpdownloadcenter/SOM\\_Milieu\\_Broschuere\\_2007.pdf](http://www.sinus-institut.de/uploads/tx_mpdownloadcenter/SOM_Milieu_Broschuere_2007.pdf)
- <sup>35</sup> Grande, Edgar: Strukturwandel der Demokratie. Politische Bildung in der globalisierten Mediengesellschaft, in: Hessische Blätter für Volksbildung 1/2011, S. 42-51, S. 42.
- <sup>36</sup> Ebd., S. 45.
- <sup>37</sup> Jun, Uwe: Parteien, Politik und Medien. Wandel der Politikvermittlung unter den Bedingungen der Mediendemokratie, in: Politik in der Mediendemokratie, hrsg. von Frank Marcinkowski und Barbara Pfetsch, Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 42/2009, S. 270-295, hier S. 283.
- <sup>38</sup> Die Einschätzung über den (politischen) Medien Einfluss gehen weit auseinander, eine Übersicht gibt Schulz, Winfried: Politischer Medieneinfluss: Metamorphosen des Wirkungsbegriffs, in: Politik in der Mediendemokratie, hrsg. von Frank Marcinkowski und Barbara Pfetsch, Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 42/2009, S. 103-125, hier S. 105.
- <sup>39</sup> Zu den „Paradoxien politischer Zeit“ vgl. Hartmut, Rosa: Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne, Frankfurt am Main 2005, S. 408.
- <sup>40</sup> Kaina, Victoria: Declining Trust in Elites and Why We Should Worry About It – With Empirical Evidence from Germany, in: Government and Opposition 43/2008, S. 405-423.
- <sup>41</sup> Spörer-Wagner, Doreen / Marcinkowski, Frank: Politiker in der Öffentlichkeitsfalle? Zur Medialisierung politischer Verhandlungen in nationalen Kontexten, in: Politik als Beruf, hrsg. von Miche-

- al Edinger und Werner J. Patzelt, Wiesbaden 2011 S. 416-438, hier S. 423 f.
- <sup>42</sup> Merkel, Wolfgang: Entmachten Volksentscheide das Volk? Anmerkungen zu einem demokratischen Paradoxon, in: WZB Mitteilungen 131 /2011, S. 10-13, hier S. 12.
- <sup>43</sup> Zur reflexiven Urteilskompetenz vgl. Scherb, Armin: Demokratie-Lernen und reflexive Urteilskompetenz, in: Demokratiekompetenz: Beiträge aus Politikwissenschaft, Pädagogik und politischer Bildung, hrsg. von Gerhard Himmelmann und Dirk Lange, Wiesbaden 2005, S. 270-285, hier S. 278 ff.



Collier, Paul: *Der hungrige Planet: Wie können wir Wohlstand mehreren, ohne die Erde auszuplündern.* München: Siedler Verlag, 2011, 272 Seiten, € 22,99.

/// Hoffnung für „die unterste Milliarde“

## MIT ROHSTOFFEN AUS DER ARMUT

Paul Collier ist Professor für Ökonomie und Direktor des „Centre for the Study of African Economies“ an der Universität Oxford. Sein Forschungsgebiet befasst sich mit den ärmsten Ländern der Erde, die er in seinem international beachteten Buch von 2008 als „Die unterste Milliarde“ bezeichnete. In der aktuellen Publikation legt der Autor ein mit 250 Seiten umfangreiches Werk vor, das dem Raubbau an natürlichen Ressourcen nachgeht. Wie kann es sein, dass ein Land viele Bodenschätze hat, etwa Öl, Kupfer oder Diamanten, und dort doch die Menschen arm sind und es ihnen an Nahrung und Infrastruktur fehlt? Gibt es einen Ressour-

cen-Fluch? Nein, meint Collin, aber verpasste Gelegenheiten. Der enorme Wert der Ressourcen ist eigentlich ein Segen. In der (richtigen) Ausbeutung liegt für ihn der Schlüssel für die wirtschaftliche Transformation der ärmsten Gesellschaften (S. 53).

Damit dies gelingt, sind jedoch einige Herausforderungen zu bewältigen, die Collier prägnant mit der Formel „Natur + Technologie + Regeln = Wohlstand“ beschreibt (S. 20). Das bedeutet: Die natürlichen Ressourcen sind ungleich verteilt und sie müssen erst entdeckt werden. Manche werden durch neue Erfindungen erst wertvoll (etwa Coltan, das für die Herstellung

von Handys gebraucht wird), andere hingegen verlieren ihre Bedeutung mit der Zeit. Fortschritte in der Technik entscheiden auch darüber, ob Ressourcen überhaupt profitabel gewonnen werden können. Doch der wichtigste Faktor sind die „Regeln“, die eine Plünderung verhindern und den Wohlstand für alle befördern. Ohne gute Regierungsführung trägt selbst ein Rohstoffboom nur kurzfristig zum Wachstum eines Landes bei, langfristig aber schrumpft die gesamte Volkswirtschaft (S. 59) infolge ansteigender Wechselkurse, aufgeblähten öffentlichen und privaten Konsums und ineffektiver Investitionen.

Rohstoffreiche Länder brauchen Regierungen, die in der Lage sind, ein gutes Ressourcenmanagement zu betreiben. Leider machen eben diese Reichtümer es schwieriger, die benötigten Institutionen aufzubauen (S. 75). Zu groß ist die Gefahr von asymmetrischer Information, Bestechung und Plünderung. Collier zeigt Schritt für Schritt nicht nur die Stolpersteine entlang der Entscheidungskette des Ressourcenmanagements auf, sondern spricht auch Handlungsempfehlungen aus. Dies beginnt mit der professionellen Erkundung und Einschätzung des Wertes sowie der geschickten Vergabe der Förderrechte, verbunden mit einem klaren, vernünftigen System an Steuern und Abgaben. Wirtschaftsprüfer, Anti-Korruptionsmaßnahmen und der kollektive Druck einer informierten Bevölkerung bzw. internationaler Initiativen und Übereinkommen sollen als Kontrollinstanzen wirken. Zu guter Letzt geht es um den Umgang mit den Einnahmen. Hier plädiert er dafür, einen Großteil der Einkünfte zu sparen. Sie sollten mit Blick auf ihre

nachhaltige Entfaltung für Kapitalgewinn eingesetzt werden. In (inländische) Investitionen zu investieren und die allgemeine Wirtschaftspolitik zu verbessern, stellt die Quintessenz wirtschaftlicher Entwicklung dar. Gelingt dies, ist für Collier die zentrale Aufgabe erfüllt: „Wir haben eine ethische Verpflichtung, den noch nicht geborenen Generationen entweder die natürlichen Ressourcen zu vererben, die uns vererbt wurden, oder andere, gleichwertige Vermögenswerte“ (S. 48).

Im Weiteren geht der Autor auch auf die Plünderung der Meere, die Problematik des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes und die Nahrungsmittelversorgung ein. „Das Zeitalter des billigen Überflusses der Natur ist vorbei“ (S. 247), lautet seine Feststellung. Wo Natur ein knappes Gut ist, muss sie neu bewertet werden und braucht neue Regeln für die Nutzung. Wie diese aussehen sollten, dazu hat der britische Ökonom eigene Vorstellungen, die er in klarer Abgrenzung zu anderen Ansätzen vorstellt. So bezeichnet er die Emissionsrechte als modernen Ablasshandel (S. 181). Energie aus Getreide, das Verbot gentechnisch veränderter Lebensmittel und die Erhaltung der kleinbäuerlichen Lebensweise sind für ihn schädliche populistische Programme (S. 228). Mit seinem Buch unternimmt der Autor mit eigenen Worten den Versuch, das Ziel des globalen Wohlstands mit einer ethischen Haltung gegenüber der Natur zu verbinden (S. 9). So hehr dieses Ziel auch ist, dürften seine Argumentationen und Schlussfolgerungen stellenweise doch auch streitbar sein. Dazu mag auch der Stil beitragen. Der Autor hat zugunsten eines breiten Leserkreises bewusst auf die „präzise,

aber schwer verständliche Sprache der modernen Wirtschaftswissenschaften“ (S. 9) verzichtet, auf Statistiken, Tabellen, Graphiken und Quellenangaben. Mag über das „Wie“ also noch Uneinigkeit herrschen, liefert die Analyse doch einen wertvollen Einblick in die Mechanismen der Ressourcenplünderung. Dies ist auch gut so, denn „in einer Demokratie kann die Regulierung der Natur nur so gut sein, wie die Gesellschaft versteht, warum sie notwendig ist“ (S. 23). ///

SILKE FRANKE

Nye, Joseph S.: Macht im 21. Jahrhundert: Politische Strategien für ein neues Zeitalter. München: Siedler-Verlag, 2011, 384 Seiten, € 24,99.



Macht ist nach Max Weber „jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht“ (i). Soll diese Macht jedoch zur Anwendung kommen, so stellt sich im Anschluss an diese Definition die tiefer liegende Frage, worauf diese Chancen beruhen? Der Harvard Professor und ehemalige stellvertretende Staatssekretär im U.S. Außenministerium, Joseph S. Nye, geht in seinem neuesten Buch „The Future of Power“ genau dieser Frage nach. Angetrieben von dem vermeintlichen Macht- und Einflussverlust der USA auf internationaler Ebene untersucht er, ob der Vorsprung in harter militärischer und ökonomischer Macht oder eher weiche Machtkomponenten wie Ideen und kulturelle Anziehungskraft die Durchsetzungsfähigkeit amerikanischer Interessen steigern.

Während in der Vergangenheit Macht meist mit militärischer Stärke assoziiert wurde, weist Nye darauf hin, dass angesichts veritabler Sicherheits Herausforderungen nuklear gerüsteter Staaten (z. B. Nordkorea) harte Macht zwar weiterhin relevant, jedoch keinesfalls mehr das einzige oder wichtigste Instrument zur Durchsetzung staatlicher Interessen sei. Macht gründet mindestens ebenso auf „weichen“ Macht-

komponenten wie Diplomatie oder kulturelle Anziehungskraft, für welche Nye den Begriff „soft power“ geprägt hat. Beide Machtinstrumente gründen jedoch auf ökonomischer Macht, so Nye.

Da auch weiche Macht nicht die Lösung für alle Probleme ist und Macht, wie der Autor völlig richtig erkennt, immer abhängig vom Kontext ist, in welchem sie wirken soll, führt er nun den Begriff der „smart power“ ein. Nye sagt, „[s]mart power is not simply ‚soft power 2.0.‘ It refers to the ability to combine hard and soft power into effective strategies in varying contexts“ (xiv). Zu diesen variierenden Kontexten sind im 21. Jahrhundert technologische Neuentwicklungen wie soziale Medien zu zählen, aber auch immer weiter voranschreitende Macht- und Einflussgewinne nicht-staatlicher Akteure wie transnational agierender Großkonzerne. Dieser gewandelte Kontext bedeute, so Nye, zwar nicht das Ende des Nationalstaates, doch zwingen sie diesen, den Einsatz ihrer Machtmittel im Kontext dieser veränderten Rahmenbedingungen zu planen.

Insbesondere in Zeiten finanzieller Engpässe ist daher also die Fähigkeit, klug über das zur Anwendung kommende Mischverhältnis weicher und harter Machtmittel zu entscheiden, für den Autor die Grundlage von Macht. Die Mittelwahl entscheidet somit über die Realisierungschance, den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen und kann unter Umständen auch dazu führen, dass das Gegenüber langfristig denselben Willen entwickelt.

Der Autor gibt in seiner Einleitung zu bedenken, dass es sich um ein Werk handelt, welches für die breite Öffentlichkeit geschrieben ist und dieses Ziel erreicht Nye. Kenner der Materie und

von Nyes Werken werden jedoch kaum Neues zu lesen bekommen, was sie nicht schon an anderer Stelle gelesen hätten. Für die interessierte Öffentlichkeit ist dieses Buch jedoch sehr zu empfehlen, liefert der Autor doch eine gut geschriebene Einführung in die Komplexität internationaler Politik, welche mit holzschnittartigen Theorien immer seltener zu verstehen ist.

ALEXANDER WOLF

Müller-Brandeck-Bocquet,  
Gisela / Rüger, Carolin (Hrsg.):  
The High Representative for  
the EU Foreign and Security  
Policy – Review and Prospects.  
Baden-Baden: Nomos Verlag,  
2011, 303 Seiten, € 54,00.



Der von Gisela Müller-Brandeck-Bocquet und Carolin Rüger herausgegebene Sammelband ist sowohl eine umfassende Bilanz der inhaltlichen Arbeit von Javier Solana als Hoher Repräsentant für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik als auch eine detaillierte institutionelle Analyse dieses im Jahr 1999 geschaffenen und mit dem Lissabonner-Vertrag im Jahr 2009 in der neuen Position des „Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik“ aufgegangenen Amtes. Dabei beschränken sich die Beiträge nicht auf die Amtszeit von Javier Solana, sondern beleuchten auch die historischen Hintergründe, wodurch die besondere institutionelle Konstruktion erst verständlich wird. So wird in verschiedenen Beiträgen dargelegt, dass die Erfahrungen

des Kosovo-Krieges dazu führten, das ursprünglich administrativ angelegte Amt durch die Nominierung des damaligen NATO-Generalsekretärs Javier Solana politisch aufzuwerten. Zudem hoffte man, mit der Benennung Solanas britische Bedenken vor einer Relativierung der NATO durch die im Aufbau befindliche ESVP zu zerstreuen, was Claudia Major in ihrem Beitrag unterstreicht: „Solana was expected to reconcile the main positions, namely the Atlanticists ... and the Europeanists.“ (S. 182). Bedauerlich ist, dass dieser Befund nicht im Hinblick auf seine Implikationen für die Nach-Solana-Zeit reflektiert wird. Denn eine rein biographisch erklärte Fähigkeit zur Überbrückung unterschiedlicher Grundkonzeptionen kann langfristig keine Problemlösung darstellen.

Die besondere Persönlichkeit Solanas wird in allen Beiträgen auch immer wieder als Grund angeführt, warum es ihm gelungen ist, das Amt des „Mister GASP“ weit über dessen eigentliches Potenzial hinaus auszugestalten. Denn gemessen an seiner Stellung innerhalb des europäischen Institutionengefüges und den administrativen Ressourcen konnte Solana ein erstaunliches Maß an Außenwirkung und Gestaltungskraft entfalten. Damit leistet die Analyse aber auch einen wertvollen Beitrag zur Prägekraft von Einzelpersonen in neu geschaffenen Ämtern sowie zur Diskrepanz von Vertragstext und Vertragswirklichkeit bei der Bewertung institutioneller Arrangements.

Was die Einbindung des Hohen Repräsentanten in das Institutionengefüge der EU angeht, so diskutieren vor allem die Beiträge von Regelsberger, Duke, Dijkstra, Adebahr und Bengtsson / Allen die verschiedenen Problemfelder in-

nerhalb der Solana-Administration sowie zwischen dieser und den EU-Institutionen. Im Mittelpunkt stehen dabei die Beziehungen von Solana zur Kommission – und insbesondere zum Außenkommissar –, zum Europäischen Parlament sowie zu den Mitgliedstaaten bzw. dem Europäischen Rat; auch das Spannungsverhältnis von „Mister GASP“ und EU-Ratspräsidentschaft wird intensiv diskutiert. Trotz der unterschiedlichen Problemlagen kommen die Beiträge weitgehend übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass es Solanas Persönlichkeit war, die die institutionellen Spannungen zu überbrücken half. Vor allem bei den schwierigen Abstimmungs- und Koordinierungsprozessen zwischen den Mitgliedstaaten kamen ihm dabei seine Erfahrungen als spanischer Außenminister und NATO-Generalsekretär zugute. Die besondere Fähigkeit Solanas, trotz schwieriger institutioneller Rahmenbedingungen eine relativ erfolgreiche Bilanz vorlegen zu können, lenkt den Blick aber zugleich auch auf die grundlegenden Strukturprobleme der GASP, die auch mit den Neuerungen des Lissabonner-Vertrages bzw. dem „High Representative 2.0“ (wie Müller-Brandeck-Bocquet und Rüger es in ihrem Beitrag formulieren, S. 259) nicht vollständig überwunden werden konnten.

Neben den strukturellen Aspekten setzt sich der Sammelband in den Beiträgen von Gallach, Algieri, Stahl und Major auch intensiv mit den inhaltlichen Schwerpunkten und dem Politikstil Solanas auseinander, der selbst tief von einer „European Manner of conducting policy“ (Gallach, S. 13) überzeugt war. Diesem lag ein erweiterter Sicherheitsbegriff sowie Solanas Überzeugung zu Grunde, dass die EU, wie

Stahl in seinem Beitrag herausarbeitet, vor allem eine „normative or civilian power“ sei. „He strongly believes in institutions and conceives of a world characterized by negotiable conflicts“ (Stahl, S. 170 f.). Gerade hierin wird aber auch eine Schwäche von Solanas Außenpolitikverständnis deutlich, da ein solcher Ansatz immer eine entsprechende Resonanz auf der anderen Seite voraussetzt. Dies könnte erklären, warum Solanas Politik auf dem Balkan als durchaus erfolgreich angesehen werden kann, während er im Nahostkonflikt, dem zweiten inhaltlichen Schwerpunkt seiner zehnjährigen Arbeit, nur begrenzt Wirkung entfalten konnte.

Insgesamt handelt es sich bei dem Sammelband um ein lesenswertes Buch, das die Solana-Zeit und damit die erste Dekade einer wirklichen Europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik in all ihren Facetten darstellt. Besonders gewinnbringend ist, dass die Beiträge den schwierigen Spagat zwischen grundlegender Einführung in die Problematik einerseits und inhaltlich tiefgehender Analyse andererseits bewerkstelligen, so dass der Sammelband sowohl als Einführungswerk als auch als Grundlage für weitergehende Forschungsprojekte zu empfehlen ist.

DANIEL GÖLER

Nebe, Johannes Michael  
(Hrsg.): Herausforderung  
Afrika. Gesellschaft und  
Raum im Wandel. Baden-Ba-  
den: Nomos Verlag, 2011,  
432 Seiten, € 49,00.



Der Herausgeber von „Herausforderung Afrika“ lässt in 26 Beiträgen 33 Autoren zu Wort kommen, darunter sechs afrikanische, einschließlich des scharfsichtigen Karikaturisten GADO. Shikwati, der Liebling deutscher Entwicklungsveranstaltungen, ist zweimal vertreten. Fünf Artikel sind auf English. Das umfangreiche Buch von 432 Seiten gliedert sich in acht Kapitel mit Akzenten auf Medien, Entwicklungszusammenarbeit, Gesundheit und (Verkehrs-)Sicherheit, auf politischer und wirtschaftlicher Entwicklung, Migration und Bevölkerung, Umwelt und Verkehr, „Bildung“ sowie schließlich auf dem Diskurs über Entwicklungspolitik für Afrika. Die Aufsätze sind im Stil und Anspruch verschieden – kontemplativ wie Bitalas „Afrikabild in den Medien“, kritisch wie etwa Roths Analyse der Millenniums-Entwicklungsziele, mit Daten und Zahlen gespickt wie beispielsweise Bährs Darstellung der Bevölkerungsentwicklung und Armutsbekämpfung, aus praktischer Erfahrung und Arbeit berichtend wie jene Beiträge, die Slum-Aktivitäten darstellen, aber auch grundlegende Fragen aufwerfend wie etwa Huberts Gegenüberstellung der deutsch-südafrikanischen Technischen Zusammenarbeit und der Paris-Deklaration.

Naturgemäß werden nicht alle denkbaren Themen angesprochen, etwa übergreifende Afrika-Politik und -Wirtschaft oder aktuelle Konflikte. Der Tenor des Bandes liegt vielmehr auf Bereichen, wo etwas zur Entwicklung Afrikas beigetragen werden soll, womit also Politik und Wirtschaft gestärkt werden und Konfliktbereitschaft idealerweise gemindert wird. Zwei Themenbereiche seien stellvertretend etwas eingehender besprochen: Die Studien und die Arbeit von Studenten der Universität Trier in Slums von Nairobi sowie Fragestellungen zur Entwicklung Afrikas.

Der erste Themenkreis steht unter der Überschrift „Bildung und kreatives Lernen“. Es geht um Leben und Initiativen in Slums von Nairobi. Erstens um die Schulsituation (Erhardt): Zum einen erlaubt das Leben in extremer Armut nur etwa der Hälfte der Slum-Kinder einen Schulbesuch, zum anderen engagiert sich der Staat in den Slums nicht und überlässt NGOs und anderen privaten Initiativen einen Unterricht in einfachsten Verhältnissen. Der zweite Beitrag von Fallis / Öhmann / Tesfai ist ein studentischer Erfahrungsbericht über drei Projektstudien. Zwei Ansätze zeigen Verdienstmöglichkeiten für Jugendliche auf, eine weitere Studie befasst sich mit HIV / AIDS und zeigt, wie Armut die Bewältigung der Krankheit ganz besonders erschwert. Der dritte Bericht schließlich stellt „Lichtblick-Initiativen in den Slums von Nairobi“ vor (Groß / Nebe / Stemmler), nämlich die Kartographierung von Slums, Kommunikationsformen innerhalb der Slums, etwa mit Hilfe von lokalen Radiosendern, Frauen- und Mädchen-Förderung und eine Methode, Wasser durch Son-

nenlicht zu desinfizieren. Es geht in allen Berichten also um punktuelle, lokale Ansätze, wo Ausländer in Zusammenarbeit mit Slumbewohnern eine Verbesserung der Lebenssituation anregen.

Dies führt zu der Frage, die der Titel des gesamten Bandes – „Herausforderung Afrika“ – aufwirft: Herausforderung an wen? Das mag vorschnell zu der Antwort verleiten, es handle sich „natürlich“ um eine Herausforderung an Afrikaner. Aber ist das so? Spricht nicht die Mehrzahl der Beiträge – wenn auch in der Regel unausgesprochen – von einer Verantwortung des Westens? In seinem Beitrag „Warum die Entwicklungshilfe in Afrika gescheitert ist“ sagt Gerhard: „Mit Schwarzafrika ... muss etwas grundfalsch gelaufen sein, wenn sein weitaus größter Teil auch nach einem halben Jahrhundert massiver externer Hilfe ... nach wie vor an der Nabelschnur reicher Länder hängt. ... Die Menschen hüben wie drüben haben sich an diesen Zustand so sehr gewöhnt, dass er ihnen kaum noch als anormal auffällt“ (S. 364).

Lesen wir die einzelnen Beiträge zur Entwicklung Afrikas und der Entwicklungszusammenarbeit unter der Fragestellung, an wen sich denn die Herausforderung richtet, dann ergibt sich folgendes Bild: InWEnt (Paust) möchte europäisches Wissen nach Afrika transportieren, wir Europäer zeigen, was gemacht werden muss. Warnings Darstellung der Prämissen des Evangelischen Entwicklungsdienstes steht für einen idealistischen, westlichen Anspruch, was machbar sein soll. Die Millenniums-Entwicklungsziele (Roth) und die Paris-Deklaration (Hubert) orientieren sich ebenfalls an Zielen und Systemen des Nordens. Von

Braun schlägt vor, landwirtschaftliches Wachstum mit sozialem Schutz – sprich Versicherungen – zu verbinden.

Was Gerhard als „anormal“ bezeichnet, wird hier bestätigt. Die übliche Tendenz der westlichen Entwicklungspolitik lässt sich nicht leugnen; die „Macher“ kommen vom Westen. Nebe ermutigt deshalb, darüber nachzudenken, inwiefern dies einer Kurskorrektur bedarf (S. 17). Darum kommen Autoren zu Wort, die der eingefahrenen Entwicklungspolitik kritisch gegenüberstehen. Am radikalsten äußert sich der Kenianer Shikwati. In drastischen Bildern vergleicht er die Entwicklungshilfe mit der Technik der Wasserfolter (water boarding) oder mit nicht funktionierenden Überwachungskameras, die nie zeigen, was wirklich passiert, nämlich, dass die Geber das Versagen Afrikas verursachen, aber die Schuld Afrikanern zuschieben. Danner zeigt, dass die Sambierin Moyo mit ihrem Buch „Dead Aid“ auf einer ähnlichen Linie liegt. Auch sie sagt, Entwicklungshilfe helfe Afrika nicht nur nicht, sondern sei auch schuld an Afrikas schlechter wirtschaftlicher und politischer Situation. Moyo argumentiert allerdings wesentlich differenzierter als Shikwati. Die Schwäche ihrer Argumentation liegt jedoch unter anderem in dem einseitig ökonomischen Ansatz. Im Gegensatz zu Shikwati und Moyo versucht der Ugander Mwenda eine ausgewogenere Kritik: Die afrikanischen Regierungen seien inkompetent und korrupt. Doch während handlungsfähige Regierungen notwendig seien, um einen freien Markt zu stützen, habe die sozialistische Planung in Afrika die Wirtschaft zerstört. Schwache und korrupte Staaten seien mit Entwicklungshilfe am Leben erhalten worden.

Auch Gerhardt unterwirft die Entwicklungshilfe einer grundsätzlichen Kritik. Sie sei gescheitert. Einem sinnvollen Subsidiaritätsprinzip stehe eine destruktive Bemutterung gegenüber. Diese habe die Behinderung der afrikanischen Eigeninitiative und Selbstentmündigung zur Folge und damit Abhängigkeit und Untüchtigkeit. Sie sei letztlich eine Verletzung der Würde der Afrikaner und rassistisch.

Abschließend muss der allererste Beitrag erwähnt werden, nämlich Klaus Töpfers Grußwort. Dort wird nämlich im Sinne von Grundsätzen für eine Begegnung zwischen Afrika und dem Westen Richtungsweisendes gesagt: Entwicklung könne keine Stabilität erreichen, wenn die kulturelle Vielfalt und Prägung Afrikas dem wirtschaftlichen Fortschritt geopfert werde. Das abendländische Effizienz- und Rationalitätsverständnis dürfe nicht unbefragt Maßstab und Richtlinie für die Entwicklung Afrikas sein. Töpfer fordert eine ganzheitliche Sicht, „ein menschliches Verständnis, das nicht nur auf die ökonomischen Determinanten zurückgeführt werden kann, sondern die Menschen in dieser globalisierten Welt insgesamt zu verstehen bereit ist“ (S. 12). Mit anderen Worten: Gegenseitiges Verstehen muss die Voraussetzung jeder Begegnung von Afrika und dem Westen sein, eben auch für Entwicklungszusammenarbeit.

Der Band „Herausforderung Afrika“ ist ein Lesebuch zu Afrika mit vielen Beispielen von Entwicklungsanstrengungen, mit zahlreichen Daten und Fakten, auch mit Anregungen. Die kritischen Stimmen zum Diskurs über die Entwicklungszusammenarbeit erschüttern das quasi naive Selbstverständnis von Aktivitäten, Projekten und Programmen und beantworten die Frage,

an wen denn die Herausforderung gerichtet sei: letztlich an den Westen. Das Buch informiert nicht nur, es provoziert auch Nachdenklichkeit.

CHRISTIAN HEGEMER



Gärtner, Heinz (Hrsg.): *Obama and the Bomb. The Vision of a World Free of Nuclear Weapons*, Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag, 2011, 311 Seiten, € 39,00.

Seit Januar 2007 steht das Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt wieder ganz oben auf der Agenda der internationalen Politik. Damals verfassten vier ehemalige hochrangige US-Politiker, allesamt vormalige „Realpolitiker“, darunter Henry Kissinger, einen Artikel im Wall Street Journal, der dazu aufrief, ernsthafte und unumkehrbare Schritte zu einer Welt ohne Atomwaffen einzuleiten. Im April 2009 griff der neu ins Amt gekommene US-Präsident Barak Obama in seiner viel zitierten Rede in Prag den Gedanken auf und machte „Global Zero“ – also eine Welt ohne Atomwaffen – zu einem Pfeiler seiner außenpolitischen Leitlinien. Der Höhepunkt wurde schließlich mit der Vergabe des Friedensnobelpreises an Präsident Obama im Jahr 2009 erreicht. Er erhielt den Preis, weil er sich als Präsident für die Stärkung der internationalen Diplomatie und vor allem für eine Welt ohne Atomwaffen einsetzte. Durch diese Entwicklungen erhielt die seit Jahrzehnten existierende Bewegung zur Erlangung

einer atomwaffenfreien Welt erneuten Schub. Obwohl seitdem erste wichtige Schritte gemacht wurden wie z. B. durch das Inkrafttreten des START-Vertrags zwischen den USA und Russland, ist zwei Jahre später allgemeine Ernüchterung eingetreten. „Global Zero“ scheint nur noch ein Thema unter vielen auf der weltpolitischen Agenda zu sein. Die Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die politischen Umwälzungen in den arabischen Staaten am Mittelmeer sind in den Vordergrund gerückt und Obamas Initiative ist aus den Medien weitgehend verschwunden.

Vor diesem Hintergrund ist das vorliegende Buch zur Vision über eine Welt ohne Nuklearwaffen besonders interessant. Der englischsprachige Band, der von Heinz Gärtner, Professor am Österreichischen Institut für Internationale Politik (OIIP), herausgegeben wurde, umfasst 16 Beiträge, die in drei große Kapitel sowie eine Einleitung und einen Schluss unterteilt sind. Das Buch setzt sich das Ziel, den Zusammenhang zwischen Abrüstung und Nichtverbreitung aufzuzeigen und zu diskutieren, wie Nichtverbreitung und Abrüstung miteinander verbunden sind. Das erste große Kapitel beschäftigt sich mit der „globalen Vision“. Kapitel zwei behandelt das Thema „Nuclear Posture“, also den Komplex der Nuklearstrategie. Das dritte Kapitel wirft einen Blick auf die Rolle der multilateralen Institutionen. Erfreulich ist, dass neben österreichischen Autoren auch internationale Politikwissenschaftler und (ehemalige) Vertreter von Regierungsbehörden zu den Verfassern zählen – darunter etwa der frühere IAEA-Generaldirektor Mohamed ElBaradei.

Der Band bzw. die Beiträge verbinden Analyse mit Ratschlägen, wie weite-

re Schritte zur erfolgreichen Abrüstung auf dem Weg zur „globalen Null“ erreicht werden können. Das ist einerseits sehr interessant, andererseits aber nicht immer gewinnbringend, da die Handlungsvorschläge oftmals noch zu sehr an der Oberfläche bleiben bzw. bekannte Forderungen wiederholen. Die Beiträge liefern aber in erster Linie interessante Einblicke. Alexander Kmentt fragt, ob die Zeit für die Ratifizierung des Atomteststoppvertrags in den USA zwölf Jahre nach der Ablehnung im US-Senat gekommen ist. Sehr anschaulich stellt er dar, wie trotz technischer Fortschritte und dem durchaus vorhandenen politischen Willen konservative Kräfte sich gegen eine Unterzeichnung in Stellung bringen und das auch in der Vergangenheit mit großem Erfolg getan haben. Andere Beiträge fordern sogar bewährte Argumentationsmuster heraus, so etwa der von Hakan Akbulut zur türkischen Position in Bezug auf das vermutete iranische Atomwaffenprogramm. Der Autor argumentiert überzeugend, dass die allseits behauptete nukleare Aufrüstung der Türkei bei einer Atommacht Iran keineswegs sicher ist bzw. vieles dafür spricht, dass die Türkei diesen Schritt nicht gehen wird.

Durch die breite Anlage des Bandes werden viele Themen, die im Kontext der Nichtverbreitungspolitik bzw. der atomaren Abrüstung von Bedeutung sind, angesprochen und mit Beiträgen bedacht. Diese grundsätzliche Stärke wird aber da zur Schwäche, wo wichtige Themen ausgelassen werden. So fehlen leider Beiträge zu Nordkorea und Iran und deren Rolle in der aktuellen Abrüstungsdebatte – lediglich der Schlussartikel spricht diesen Themenkomplex in einem kurzen Kapitel an. Auch die anderen Nuklearmächte und deren Positi-

onen zur atomwaffenfreien Welt werden nicht oder nur stiefmütterlich behandelt. Haben (und wenn ja wie) die anderen Nuklearmächte ihre Nuklearstrategien im Zuge der amerikanischen Initiative verändert? Die Beantwortung dieser Fragen hätte man sich als Leser gewünscht. Schließlich lässt der Band auch den Leser am Ende etwas allein, wenn es darum geht, die an vielen Stellen angesprochenen und im Detail analysierten Zusammenhänge von Nichtverbreitungspolitik einerseits und nuklearer Abrüstung andererseits zusammenzufügen. Ein abschließender und zusammenfassender Beitrag wäre hier wünschenswert gewesen. Als Fazit kann festgehalten werden: Ein lesenswerter Band, einige Blindstellen trüben allerdings das Bild.

HERBERT MAIER

Wurster, Stefan: *Zukunftsvorsorge in Deutschland. Eine vergleichende Untersuchung der Bildungs-, Forschungs-, Umwelt- und Energiepolitik*, Baden-Baden: Nomos Verlag, 2010, 432 Seiten, € 64,00.



Die Frage, wie Deutschland „Zukunftsvorsorge“ betreibt, ist angesichts der gegenwärtigen Krisen in der Finanz, Wirtschafts- und Umweltpolitik von kaum zu überbietender Relevanz. Stefan Wurster wendet sich diesem Thema in seiner außerordentlich verdienstvollen Dissertation zu. In der methodisch durchdachten Studie legt der Autor zunächst dar, was unter „Zukunftsvorsorge“ zu verstehen ist – nämlich jene Maßnahmen, „die dem Ziel dienen, mithilfe von Risikovor-

sorge zur Existenzsicherung und zum Erhalt menschenwürdiger Lebensbedingungen beizutragen und die Gestaltungsfreiheiten und Zukunftschancen zukünftiger Generationen zu erhöhen“ (S. 58). Explizit untersucht Wurster die Frage, inwieweit die gegenwärtige Politik auch die Interessen zukünftiger Generationen berücksichtigt. Dabei bezieht er sich auf vier Politikfelder, die für die kommenden Generationen nicht von ausschließlicher, aber doch von besonderer Bedeutung sind – der Bildungs-, Forschungs-, Umwelt- und Energiepolitik. Etwas zu kurz kommt in dieser Studie allenfalls die Bedeutung der Staatsverschuldung, was jedoch möglicherweise eine eigene Untersuchung erfordert hätte. Im Kern fragt Wurster, ob die heutige Politik hinreichend dafür Sorge trägt, dass die natürlichen Ressourcen für zukünftige Generationen geschont, die Innovationsfähigkeit der Gesellschaft bewahrt und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft gesichert wird. Mit anderen Worten: Unternimmt die Politik genug, um den heutigen und zukünftigen Kindern und Jugendlichen ein ausreichendes Lebensniveau als Erwachsene zu ermöglichen?

Um einen Maßstab für die Beantwortung der Frage zu erlangen, vergleicht der Autor die Anstrengungen Deutschlands mit denen von 21 OECD-Mitgliedstaaten anhand von rund 30 unterschiedlichen Indikatoren pro Politikfeld. Hinsichtlich der Bildungspolitik bezieht er etwa die Bildungsausgaben, die Personalausstattung („output“), aber auch die tatsächlichen Ergebnisse bei den PISA- oder den weniger bekannten IGLU-Tests („outcome“) ein. Mit diesem aufwendigen empirischen Ansatz sondiert der Verfasser die Position Deutschlands im internationalen Vergleich und

kommt zu einem ernüchternden, aber doch differenzierten Ergebnis. Die Zukunftsvorsorge ist je nach Politikfeld von unterschiedlicher Qualität. Während in der Bildungspolitik die Defizite zum Vorschein kommen, fällt das Urteil in der Forschungs- und Umweltpolitik weit positiver aus. In der Energiepolitik erreicht Deutschland nur eine schwache „output“-Performanz, hinsichtlich einer der drei „outcome“-Dimensionen, nämlich im Umweltschutz, jedoch ein überdurchschnittliches Niveau.

Von großem Gewinn ist die Studie, weil der Autor die Performanz-Unterschiede systematisch anhand unterschiedlicher Ansätze der Staatstätigkeit zu erklären versucht. So spielt etwa eine Rolle, dass innerhalb der Politikfelder eine unterschiedliche institutionelle Struktur vorherrscht („Politikverflechtung“), die Verbände über unterschiedliches Gewicht verfügen, die Konfliktdensität zwischen den Parteien divergiert und letztlich auch soziokulturelle Veränderungen („Wertewandel“) auf eine unterschiedliche Art und Weise Einfluss nehmen. Gerade im Hinblick auf die Bildungs- und Umweltpolitik weist Wurster überzeugend nach, dass zentrale Reformimpulse von der internationalen Ebene kamen. Zu kritisieren wäre allenfalls, dass der Autor zu Beginn der Studie etwas abrupt mit den Fallbeispielen beginnt und eine systematische, theoretische Herleitung der günstigen oder ungünstigen Kontexte für nachhaltiges Handeln vermissen lässt. Dies wird jedoch insofern kompensiert, da er zum Abschluss unterschiedliche Hypothesen formuliert, die auf günstige Arrangements für zukunftssicherndes Handeln hindeuten. Wichtig erscheint, dass zukunftssicherndes Handeln eher dann gelingt, wenn die Verbände bei der Ent-

scheidungsfindung durchaus einbezogen werden, der Staat jedoch die Möglichkeit behält, einseitig zu agieren – wenn also im „Schatten der Hierarchie“ verhandelt wird. Kritisch merkt der Autor an, dass Deutschland auch deswegen teils so schlechte Performanz-Ergebnisse erzielt hätte, weil die „Anpassung an die Bedingungen einer fortgeschrittenen Wissensgesellschaft“ nicht hinreichend gelungen sei (S. 376). Zu lange habe Deutschland Strukturen gefördert, die auf die industriedominierte Wirtschaftstätigkeit ausgerichtet waren und zukunftsorientierte Ressourcen eher vernachlässigt. Insgesamt liegt eine fundierte, sorgsam ausgearbeitete und sehr schön lesbare Studie vor, die ganz sicher über die wissenschaftliche Debatte hinaus Aufmerksamkeit verdient. In welchen Kontexten sich nachhaltiges Handeln am ehesten entfaltet, bleibt eine der spannendsten Fragen der interdisziplinären Forschung. Stefan Wurster hat zu dieser Debatte einen ganz entscheidenden Beitrag aus politikwissenschaftlicher Perspektive geleistet.

HENRIK GAST



Schwarz, Gerhard / Wohlgemuth, Michael (Hrsg.): *Das Ringen um die Freiheit. „Die Verfassung der Freiheit“ nach 50 Jahren*, Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung, 2011, 220 Seiten, € 40,00.

Nach dem Fall des Sowjetimperiums hat sich der Kreis der Freiheitsfreunde, namentlich der intellektuellen, allem Anschein nach nicht vergrößert. Ein Ende



des „Ringens um die Freiheit“, wie der vorliegende Band betitelt ist, ist nicht abzusehen. Vor 50 Jahren ist die deutsche Ausgabe von Friedrich A. von Hayeks wohl bedeutendstem Werk erschienen: „Die Verfassung der Freiheit“. Und so haben sich 16 Autoren zusammengefunden, um auf die gerade heute besonders aktuellen Ideen Hayeks aufmerksam zu machen. Die Verfasser der Beiträge geben aber nicht nur Einblick in Hayeks Freiheitsverständnis, sondern sie erörtern auch die gegenwärtig ziemlich verworrene politisch-wirtschaftliche Lage und zeigen Lösungen auf.

Das in Hayeks „Verfassung“ gezeichnete Gesellschaftsbild hat nichts zu tun mit scheinbar idealen Sozialutopien. In seinem Werk entwickelt der Autor die Grundlagen einer freiheitlichen Ordnung. Hayek, der in der Tradition David Humes und Adam Smiths steht, ist es ein Anliegen, für das Zusammenleben verschiedenartiger Menschen Regeln zu finden, die es dem Einzelnen ermöglichen, seine individuellen Ziele zu verfolgen. Die von ihm beschriebene evolutionär entstandene „Großgesellschaft“ zeichnet sich dadurch aus, dass in ihr viel mehr „verstreutes“ Wissen genutzt wird, als die umsichtigste Planungsbehörde je nutzen könnte. Während in der „Kleingesellschaft“ das Prinzip der distributiven („sozialen“) Gerechtigkeit seinen Sinn hat, funktioniert die Großgesellschaft nur dann störungsfrei und das heißt effizient, wenn in ihr die Leistungsgerechtigkeit den Ton angibt. So wie wir die Kleingruppe zerstören, wenn wir auf sie die Regeln des Marktes anwenden, so beeinträchtigen wir die Ordnung der Wirtschaft, wenn wir versuchen, alle Menschen wie Familienangehörige oder Freunde zu behandeln. Dass es vielen Menschen schwer fällt, mit der

„Kälte“ des Marktes zurechtzukommen, ist indessen Wasser auf die Mühlen der Politiker, die der immer noch höchst virulenten sozialistischen Ideologie zuneigen. Auf vielfältige Weise missbilligen mehrere Verfasser der Beiträge den in emotionaler Beziehung zwar begreifbaren, aber in rationaler Hinsicht äußerst anmaßenden, zerstörerischen Versuch, die Großgesellschaft nach den Prinzipien einer zielgerichteten Organisation zu „konstruieren“. Einige Autoren kritisieren scharf, dass die Europäische Union nach und nach zu einer derartigen Organisation umgestaltet wird.

Eine Auswahl: In seinem einleitenden Beitrag legt Gerhard Schwarz dar, dass Hayeks „Verfassung“ alles andere ist als ein radikal-liberales Manifest. Sie zeigt realistische, gewachsene Strukturen berücksichtigende Lösungen auf. Hayek hält das Konzept der negativen Freiheit hoch: Willkürlicher Zwang durch andere sei abzulehnen; hinzunehmen wären natürliche Widrigkeiten und die Übel des Lebens. Bernd Kramer stellt hinsichtlich der Finanzmarktkrise fest, dass die Freiheit nur dann wertvoll ist, wenn von ihr selbstverantwortlich Handelnde Gebrauch machen. Bankiers gingen ungehemmt immer größere Risiken ein, weil es für sie „eine Art staatliche Einkommensgarantie“ gegeben hat. Dem von Hayek oft erörterten Zusammenhang von Freiheit und Ungleichheit spürt Karen Horn nach. Sorge bereitet ihr nicht der gegenwärtige Grad an Ungleichheit, sondern „die Apathie, die heute die Ungleichheit begleitet“. Emmanuel Garessus tritt dem Vorurteil entgegen, dass Hayek ein Laissez-faire-Liberaler sei. Hayek komme es vor allem auf die Art und nicht auf das Ausmaß der Staatsaktivitäten an. Die politische

Korrektheit attackiert Andreas Unterberger. Hayek würde sie „zweifelloso als neue ‚Knechtschaft‘ bezeichnen“. Michael Wohlgenuth fragt, ob Hayek ein klassisch-liberaler Paternalist ist. Nach Wohlgenuth ist er es auf paradoxe Art: In private Wahlakte dürfe sich der Staat nicht einmischen, bei kollektiven Entscheidungsfindungen könne aber ab und an ein „schonendster Paternalismus“ angebracht sein. Viktor J. Vanberg geht auf Erkenntnisse von Neurologen ein, denen zufolge es menschliche Willensfreiheit nicht gäbe, weil unser Verhalten neuronal determiniert sei. Aber es scheint hier ein Kategorienfehler vorzuliegen.

Der Neurowissenschaftler bietet eine rückblickende und somit zwangsläufig deterministische Perspektive, wohingegen der Ordnungsökonom vorausblickt und sich bemüht, durch geeignete Vorkehrungen zukünftiges Verhalten in eine gewünschte Richtung zu lenken. Dass es dabei Freiheit und Verantwortung gibt, liegt auf der Hand. Philip Plickert untersucht die Folgen der beiden Strömungen der Aufklärung, der rationalistischen französischen und der erfahrungsgeprägten englischen. Er befürchtet, dass das „Haus Europa“, immer mehr vom französischen Dirigismus beherrscht, seinen freiheitlichen Charakter verlieren könnte. Hayek, der sich nur am Rande mit Integrationsfragen befasste, war übrigens der Ansicht, dass in einer supranationalen Föderation, die sich gewöhnlich durch Interessenheterogenität auszeichnet, eher als in einem Nationalstaat wirtschaftliche Freiheit gedeihen könne. Die Geschichte der Europäischen Union scheint ihm leider nicht Recht zu geben. Stephan Balling geht es um ein stabiles Finanzsystem. Die Schöpfer des Euro hätten vor

seiner Einführung in Hayeks Schriften blicken sollen, dann hätten sie gewusst, dass eine Währungsunion ohne Fiskalunion auf Dauer nicht funktionieren kann.

Mit Hayeks Einsichten – so das Fazit – können die heutigen Probleme nicht nur klar erfasst werden, sondern sie sagen uns auch, was wir zu tun haben, wenn es um den Erhalt der stets, aber gerade heute besonders gefährdeten Verfassung der Freiheit geht. So sind dem Band viele Leser zu wünschen – einerlei, ob diese das Werk Hayeks kennen oder nicht.

FRANZ KROMKA



Hartmann, Jürgen: Staat und Regime im Orient und in Afrika. Regionenporträts und Länderstudien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2011, 506 Seiten, € 34,95.

Das subsaharische Afrika und der Orient teilen eine traurige Gemeinsamkeit. In der selektiven Wahrnehmung des grosso modo politisch stabileren, wirtschaftlich erfolgreicher und materiell besser situierten Westens dominieren Themen medialer „K-Berichterstattung“ wie Kriege, Krisen, Krankheiten und Katastrophen. Während die arabisch-muslimische Welt seit den Terroranschlägen von 9/11 unter pauschalem Extremismusverdacht steht und den Nahost-Konflikt, die Kriege in Afghanistan und im Irak, konfessionelle Rivalitäten innerhalb der Umma sowie jüngst die Eruptionen der „Arabellion“

zu bewältigen hat, ist der Problemerkatalog Afrikas nicht minder lang. Der Kontinent leidet massiv unter seiner kolonialgeschichtlichen Erblast, Armut, Dürre und Hunger, skrupellosen Diktatoren und ethnischen Feinden, die blutig eskalieren. Funktionierende Demokratien sind in beiden Weltgegenden die Ausnahme, autoritäre Egoismen der Standard.

Jürgen Hartmann formuliert im Einleitungskapitel seines konzeptionell (mit geringen Abstrichen bei der Gliederungssystematik), analytisch und sprachlich ausgezeichneten Überblickswerks das Ziel, nicht bei isolierten Länderfallstudien stehen zu bleiben, sondern vielmehr eine Summe zu ziehen. Hierfür sei die reine Gegenwartsperspektive untauglich, denn „vor dem Urteil kommt das Verstehen, und ein Verstehen ohne die Kenntnis historischer und kultureller Hintergründe ist ein Unding“. Der an der Hamburger Bundeswehr-Universität lehrende Professor stellt den beiden regionenspezifischen Abschnitten des Bandes daher sehr instruktive Ausführungen zu der kolonialen Vorgeschichte und den kulturellen Grundlagen des orientalischen / afrikanischen politischen Systems voran. Diese Passagen helfen, ein differenziertes Verständnis der Komplexität zu entwickeln, die den Herausforderungen in Staat und Gesellschaft der einzelnen Länder zugrunde liegt. Als Charakteristikum identifiziert Hartmann den sowohl im Orient als auch in Afrika präsenten Neopatrimonialismus, der als theoretisches Scharnier seiner Darstellung fungiert. Der Begriff bezeichnet autoritäre „Herrschaftsausübung ohne Regel- oder Zweckbindung“, die sich nicht auf Institutionen stützt, die im Rahmen von Recht, Bürokratie und Ver-

fassung agieren. Vielmehr entscheiden Despoten, die Staat und Regime als Mittel zum Zweck instrumentalisieren, über die politischen Geschicke. Diesen sind persönlicher Machterhalt, ein luxuriöser, konsumorientierter Lebensstil nach westlichem Muster und die Patronage loyaler Elitegruppen für gewöhnlich wichtiger als das Wohlergehen der Bevölkerung, demokratische Teilhabe oder gerechte Ressourcenverteilung. Ein schroffer Kontrast zwischen einer privilegierten Schicht weniger Reicher und der verarmten Masse ist die Folge und der Nährboden für soziale Proteste. Hartmanns Buch wurde vor der „Arabellion“ fertiggestellt und doch legt er präzise die Gründe frei, auf denen die inzwischen erfolgten epochalen Umwälzungen fußen. Freilich ist es unzulässig, markante Unterschiede zwischen den beiden Regionen zu nivellieren. Ist Politik im Orient stets von der religiösen Autorität des Islam als „Parameter aller sozialen Aktivität“ bestimmt, erkennt Hartmann für Subsahara-Afrika in der Ethnizität „das große gemeinsame Thema“, das auch sprachliche und religiöse Konfliktlinien impliziert.

Für die chronologisch angelegten, aufschlussreichen Detailstudien hat der Autor 12 orientalische und 19 subsaharische afrikanische Staaten nach verschiedenen Kriterien ausgewählt. So werden unter den primär religiös-kulturell verstandenen Orient-Begriff neben Ländern des Maghreb, Maschrek und der Golfregion auch der Iran und die Türkei subsumiert. Zwar gehören Letztere nicht zum arabischen Kulturkreis, doch repräsentieren der Iran das „Zusammengehen von Islam und moderner Staatlichkeit“ und die heutige Türkei die Verbindung von „Demokratie und Islam im Rahmen eines säkularen Staates“.

Das Afrika-Kapitel nimmt einerseits Länder wie Nigeria, Ghana, Kenia und Südafrika in den Fokus, die demographisch oder als afrikanische Demokratien herausragen. Zum anderen werden (schwache bzw. gescheiterte) Staaten wie Sierra Leone, Ruanda, die beiden Kongo, Simbabwe und der Tschad untersucht, deren Innenleben von Ereignissen in der Nachbarsphäre negativ beeinflusst wird. Gesondert widmet sich Hartmann dem kriegsgeplagten und hochfragmentierten Sudan, in dem die arabische Kultur auf die Traditionen der Sahelzone und Zentralafrikas trifft, was zu einer explosiven Mischung führt. Die kombinierte Betrachtung beider Regionen in einem Werk entfaltet dabei ein Panoptikum ähnlicher Probleme, schärft jedoch auch das Bewusstsein für Beispiele gelungener Modernisierung, die hoffentlich Nachahmer finden.

Im, leider zu kurzen, abschließenden Vergleich schält Hartmann das Überwiegen autoritärer Herrschaft als typologische Gemeinsamkeit heraus und verdeutlicht zugleich zentrale Gegensätze. So manifestiert sich staatlicher

Kontrollverlust in Afrika vornehmlich in der Horizontalen, wofür Warlords das deutlichste Indiz sind, wohingegen im Orient vor allem die Kontrolle der Sicherheitsapparate entscheidet und der Machtverlust in der Vertikalen (Militärputsch, Verschwörung) droht. Zudem ist hier der politische Diskurs hochgradig moralisch aufgeladen, der Antagonismus Macht / Geld versus Moralität / Gerechtigkeit ist wirkmächtig – in Afrika interessiert eher, wer sich den Zugang zu Macht und Geld sichert. Zwar sind freie Wahlen hier wahrscheinlicher, doch ändern sich danach oft nur die Namen der Regierenden, nicht aber die Verhältnisse. Mit Blick auf den Orient attestiert Hartmann dem Islam weiterhin ein enormes Potenzial für die Sozial- und Herrschaftskritik und äußert damit einen Gedanken, der angesichts der jüngsten Ereignisse der „Arabellion“ ebenso aktuell wie bedeutsam ist. Ein tabellarischer Anhang mit Datenprofilen zu den vorgestellten Ländern rundet den Band didaktisch sinnvoll ab.

ULRICH HEISTERKAMP

#### Erratum: „Stern“ statt „Stein“

In der Ausgabe Nr. 439 wurde der Name der Autorin des Beitrages „Vorgehens- und Funktionsweise von Wikileaks“, Kathrin Morgenstern, versehentlich als „Katrin Morgenstein“ gedruckt. Wir bedauern diesen Lapsus und entschuldigen uns bei der Autorin und unserer Leserschaft.

DIE REDAKTION

# JAHRESÜBERSICHT DER POLITISCHEN STUDIEN 2011

<b>Heft 435</b>	<b>Die neue NATO-Strategie auf dem Prüfstand</b>
<b>Heft 436</b>	<b>Klimawandel als sicherheitspolitische Herausforderung</b>
<b>Heft 437</b>	<b>Ernährung und Verbraucherschutz</b>
<b>Heft 438</b>	<b>Sackgasse Export?! Kann Erfolg Sünde sein?</b>
<b>Heft 439</b>	<b>Sicherheit und Freiheit in der vernetzten Welt</b>
<b>Heft 440</b>	<b>Der Euro im Stresstest</b>
<b>PS Sonderausgabe, Feb. 2011</b>	<b>Politische Partizipation und gesellschaftliches Engagement in Bayern aus Sicht unterschiedlicher Generationen und Regionen – Generationenstudie 2010</b>

<u>Autor</u>	<u>Titel</u>	<u>Heft</u>	<u>Seite</u>
Aigner, Ilse	Mehr Transparenz bei Lebensmitteln ist nötig	437	49
Balleis, Siegfried	Die Renaissance der kommunalen Selbstverwaltung	436	61
Bodensteiner, Paula	Gestalten und Erkennen	438	96
Böhr, Christoph	Intellektualität und Spiritualität	438	94

<u>Autor</u>	<u>Titel</u>	<u>Heft</u>	<u>Seite</u>
Bofinger, Peter	Kann Ausfuhrstärke Sünde sein?	438	48
Brandl, Reinhard	Die Freiheit des Einen die Gefahr des Anderen?	439	34
Cileli, Serap	Politische Studien-Zeitgespräch mit der Menschenrechtlerin: Ist Multi-Kulti gescheitert?	435	6
Dreblow, Miriam	Konsumkompetenz von Jugendlichen im Handlungsfeld Ernährung	437	39
Fahrenschon, Georg	Export beflügelt die deutsche und bayerische Wirtschaft	438	30
Fahrenschon, Georg	Der Euro in der Krise?	440	35
Franke, Silke	Einführung zum Thema: Wie wollen wir in Zukunft leben?	436	14
Franke, Silke	Einführung zum Thema: In aller Munde: Essen als Lebensstilfrage	437	16
Gallois, Louis	Neue Märkte erschließen – nationale Wurzeln stärken	438	39
Glück, Alois	Politische Studien-Zeitgespräch mit dem Politiker: Energiewende – Vom Konfliktthema zum Gemeinschaftsprojekt	439	6
Görke, Lucia	Vorgehens- und Funktionsweise von Wikileaks	439	16
Gottwald, Franz-Theo	„Du bist, was du isst“ – für eine Ethik des Essens	437	18
Hacke, Christian	Plädoyer für eine neue Iran-Politik	439	42
Hartig, Falk	China pflegt sein Image mit Konfuzius	435	44
Hasselfeldt, Gerda	Warum nun ausgerechnet eine Frau?	436	86

Autor	Titel	Heft	Seite	Autor	Titel	Heft	Seite
Hauff, Luba von	Internationale geopolitische Interessen in Zentralasien	437	69	Meier, Max Georg	Die zentralasiatische Republik Kirgisistan	439	60
Heckmann, Dirk	Politische Studien-Zeitgespräch mit dem Wissenschaftler und netzpolitischen Fachmann: Leben im Web 2.0 – Haben wir das Internet noch im Griff?	437	6	Meier-Walser, Reinhard	Editorial: Frischer Wind	435	3
Hegerer, Christian J.	Editorial: Die arabische Welt im Aufbruch	436	3	Meier-Walser, Reinhard	Einführung zum Thema: Kalter Krieg war gestern	435	13
Hegenbart, Christine	Einführung zum Thema: Leben in einer vernetzten Welt	439	14	Meier-Walser, Reinhard	Neukonzeption der Jahrbücher des Forschungsinstituts der DGAP	435	65
Heuer, Thorsten	Ernährungsverhalten und Ernährungskompetenz	437	27	Meier-Walser, Reinhard	Editorial: Frieden ist wichtiger als Schulden	440	3
Hirscher, Gerhard	Editorial: Neue Farbenlehre im Südwesten	437	3	Merten, Detlef	Staat und Gesetz bei „Michael Kohlhaas“ und „Prinz Friedrich von Homburg“	440	70
Höpfinger, Renate	Institut für Zeitgeschichte (IfZ) unter neuer Leitung	437	89	Morgenstern, Kathrin	Vorgehens- und Funktionsweise von Wikileaks	439	16
Hoffmann, Ingrid	Ernährungsverhalten und Ernährungskompetenz	437	27	Münch, Ursula	Politische Bildung	440	90
Jesse, Eckhard	Der Bau der Mauer 1961 und ihr Fall 1989	438	63	Müller, Stefan	Europa demokratisch kontrollieren	437	79
Kamp, Karl-Heinz	Afghanistan und die Langzeitfolgen für das atlantische Bündnis	435	24	Piller, Wolfgang	Einführung zum Thema: Germany – no points	438	26
Kindermann, Gottfried-Karl	Der Ferne Osten im Fokus politikwissenschaftlicher Analyse	436	79	Ratka, Edmund	Bilanz und Perspektiven des „Arabischen Frühlings“	440	58
Kleinschmidt, Jochen	Drogenkrieg in Mexiko – Staatszerfall oder Modernisierungskrise?	435	54	Rolofs, Oliver Joachim	Vernetzte Sicherheit – Verantwortung für den Bürger in Europa	438	100
Kürschner, Isabelle	Die Quote – Kulturrevolution in der Arbeitswelt?	436	68	Rubner, Jeanne	Was das Jahr 2010 die Welt klimapolitisch gelehrt hat	436	40
Larrabee, F. Stephen	Die USA, die ESVP und das Verhältnis von NATO und EU	435	35	Rühle, Michael	Die NATO im Zeitalter der Globalisierung	435	16
Luft, Stefan	Hemmschuh für eine rationale politische Debatte?	438	73	Schmid, Susanne	Migrationspotenzial zwischen kontrastierenden Räumen	439	48

Autor	Titel	Heft	Seite
Schmidt-Bleek, Friedrich	Politische Studien-Zeitgespräch mit dem Kern- und Physikochemiker: Ressourcenproduktivität gegen die Wirtschaftskrise?	436	6
Schoenheit, Ingo	Konsumkompetenz von Jugendlichen im Handlungsfeld Ernährung	437	39
Seehofer, Horst	Der Euro hat Zukunft – Das Casino nicht	440	19
Seidel, Christian	Hanns Seidel – Zeitzeugengespräch mit dem Sohn des ehemaligen Ministerpräsidenten Hanns Seidel	438	6
Seiler, Wolfgang	Der globale Klimawandel – Entwicklungen und Auswirkungen	436	16
Simon, Hermann	Wachstumstreiber Globalisierung	438	53
Sonnleitner, Gerd	Die gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nach 2013	437	58
Stamm, Barbara	Rede der Landtagspräsidentin	440	85
Stögmüller, Thomas	Sicherheit in digitalen Zeiten	439	26
Sucher, C. Bernd	Politische Studien-Zeitgespräch mit dem Theaterkritiker und Autor: Wieviel Kultur braucht eine Gesellschaft?	440	6
Tänzler, Dennis	Ein sicheres Klima? Perspektiven nach den Klimaverhandlungen von Cancún	436	30
Wagner, Gert G.	DIW unter neuer Leitung	436	84
Waigel, Theo	Bisherige Entwicklung und aktuelle Herausforderungen	440	30
Walter, Norbert	Die Zukunft der Gemeinschaftswährung	440	54
Weimer, Theodor	Mehr Mut zur Weiterentwicklung	440	44
Witterauf, Peter	Die internationale Währungsordnung in der Kritik	436	50

Autor	Titel	Heft	Seite
Witterauf, Peter	Editorial: Radikalreformen im Steuerrecht?	438	3
Wolf, Alexander	Einführung zum Thema: Kalter Krieg war gestern	435	13
Zehetmair, Hans	Editorial: Hanns Seidel zum 110. Geburtstag	439	3
Zehetmair, Hans	Einführung zum Thema: Europa im Stresstest?	440	16
Zehetmair, Hans	Eröffnung des Festkolloquiums zum 50. Todestag und 110. Geburtstag von Hanns Seidel	440	81
Zehnpfennig, Barbara	Die Immigrationsdebatte und die Herrschaft der Political Correctness	438	84

Folgende Neuerscheinungen aus unseren Publikationsreihen können bei der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München (Telefon: 089/1258-263) oder im Internet [www.hss.de/publikationen.html](http://www.hss.de/publikationen.html) bestellt werden:



**AKTUELLE ANALYSEN**

Nr. 58: Politik mit „Kind und Kegel“ – Zur Vereinbarkeit von Familie und Politik bei Bundestagsabgeordneten

**ARGUMENTE UND MATERIALIEN  
ZUM ZEITGESCHEHEN**

Nr. 77: Ist der Kommunismus wieder hoffähig? Anmerkungen zur Diskussion um Sozialismus und Kommunismus in Deutschland



Sonderausgabe 2/2011: Konrektorenstudie II – Vergleich der Ergebnisse der Befragungen 2002 und 2010

**BERICHTE UND STUDIEN**

Nr. 94: Es lebe die Jugend! Vom Grenzgänger zum Gestalter (im Erscheinen)

**STUDIES & COMMENTS**

The Future of Security

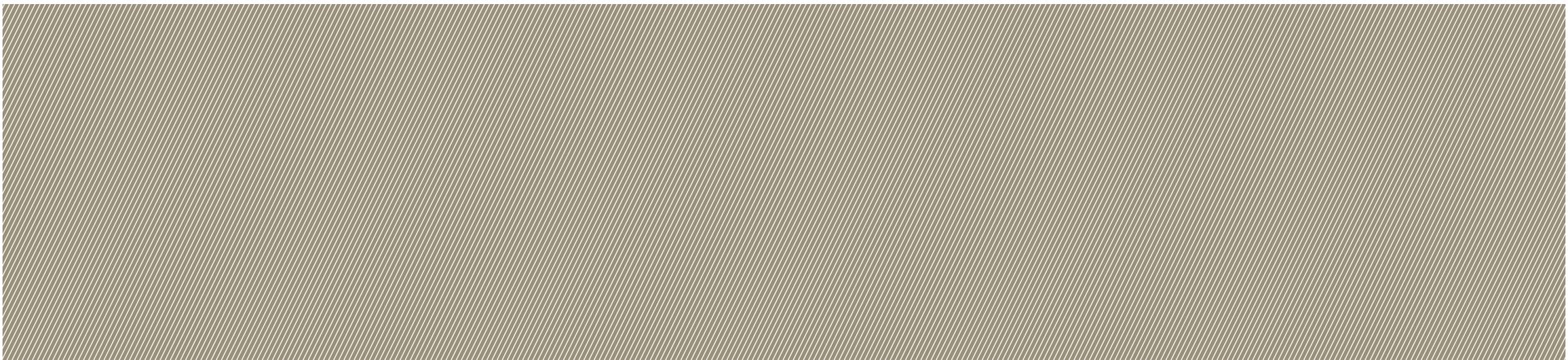


**WEITERE PUBLIKATIONEN**

Lamprecht, Fritz Lamprecht 1892-1945: Arzt und Maler



Stephan Deutinger / Renate Höpfinger:  
Hanns Seidel – Aufbruch in eine neue Zeit



**Herausgeber:**

© 2011, Hanns-Seidel-Stiftung e. V., München  
Lazarettstraße 33, 80636 München,  
Tel. +49 (0)89 1258-0, E-Mail: polstud@hss.de,  
Online: www.hss.de

Vorsitzender: Dr. h. c. mult. Hans Zehetmair,  
Staatsminister a. D., Senator E. h.  
Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf  
Leiter der Akademie für Politik und Zeit-  
geschehen: Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser  
Leiter PRÖ/Publikationen: Hubertus Klingsbögl

**Redaktion:**

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser  
(Chefredakteur, V. i. S. d. P.)  
Barbara Fürbeth M. A. (Redaktionsleiterin)  
Verena Hausner (Stv. Redaktionsleiterin)  
Susanne Berke, Dipl. Bibl. (Redakteurin)  
Claudia Magg-Frank, Dipl. sc. pol. (Redakteurin)  
Marion Steib (Redaktionsassistentin)

**Graphik:** Publishers Factory, München

**Druck:** Negele Druck, Augsburg

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer

Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.

Die Beiträge in diesem Heft geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder; die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

**Bezugspreis:**

Einzelhefte € 4,50

Jahresabonnement € 27,00

Schüler/Studenten-Jahresabonnement bei Vorlage einer gültigen Bescheinigung kostenlos. Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als Periodikum und Themenheft. Darüber hinaus erscheinende Sonderausgaben sind im Abonnement nicht enthalten. Abobestellungen und Einzelheftbestellungen über die Redaktion und den Buchhandel.

**Kündigungen** müssen der Redaktion schriftlich mindestens 8 Wochen vor Ablauf des Abonnements vorliegen, ansonsten verlängert sich der Bezug um weitere 12 Monate.

Bildnachweis für Titel: © MAST / Fotolia.com





Hanns  
Seidel  
Stiftung